

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Gesamtpreiser: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Gesamtpreiser: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interaktions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (einstündige) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montage.

## Ein anderer Kurs?

Aus Wien wird uns geschrieben:

Zwei markante Tatsachen der letzten Tage scheinen anzudeuten, daß der Kurs der österreichischen Politik einen Umschwung nach rechts zu nehmen beginnt. Auf der einen Seite ist es die Rekonstruktion der Regierung Wienert, die, trotzdem es in der Wirklichkeit nicht ganz so ausgefallen ist, als es beabsichtigt gewesen sein mag, dennoch ganz zweifellos von dem Gedanken einer Wiedergewinnung der Tschechen beherrscht war; auf der anderen Seite die auffällige Ernennung des Grafen Thun, des Führers des böhmischen Feudaladels, zum Statthalter in Böhmen, wo er berufen sein soll, den nationalen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen unter allen Umständen — vielleicht zum Schluß auch nach der bewährten Regel: „und gehst du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ — durchzuführen. Der Umschwung hängt zweifellos auch mit der äußeren Politik zusammen, die unerkennbar eine Annäherung nach Rußland sucht. Wenn die schrankenlose Intimität mit dem Deutschen Reich während der Annexionszeit zur Begründung des sogenannten deutschen Regimes Wienert geführt hat, so ist man jetzt, wo die Ausöhnung zwischen Berlin und Petersburg vollendet ist und Graf Aehrenthal sich bemüht, den Anschluß ja nicht zu versäumen, oben wieder geneigt, die Tschechen in Gnaden aufzunehmen und die abweisende Haltung, die sie von der Regierung ausschloß, fallen zu lassen. Man nennt das die Erweiterung der Arbeitsmajorität; aber wenigstens dieses Bestreben aus der unsicheren und knappen Lage der Regierung auch ganz gut zu begreifen ist, so ist der tiefere Grund der merklichen Wendung dennoch, daß die maßgebenden Kreise auf die Dauer die Isolierung der Tschechen und der Südslawen nicht wünschen, also das Bedürfnis haben, sie der Verbitterung, in die sie die zwei Jahre Wienert versetzt haben, zu entreißen. Der neue Kurs tritt vorläufig freilich nur sehr zaghaft auf; das gebietet schon die Vorsicht. Immerhin kann man aber sagen, daß das Experiment, gegen die Tschechen regieren zu wollen, am Ende seiner Tage steht. Der Regierungskurs, der zwei Jahre lang nach links gesteuert hat, sucht nun die „rechte Mitte“, und wird sie bald erreichen.

In dieser Hinsicht ist die Ernennung des Grafen Thun zum böhmischen Statthalter vielleicht noch bemerkenswerter als die Rekonstruktion des Kabinetts. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ernennung der Regierung aufgedrängt worden ist. In erster Linie von dem Grafen Thun selber, der wieder einmal den Herrn spielen möchte, in zweiter Linie aber vom Veldere, der Keißling des Thronfolgers, von wo die innerpolitischen Entscheidungen immer deutlicher ausgehen. Graf Thun ist in der österreichischen Politik schon zweimal aufgetreten: als Statthalter in Böhmen, wo er vor vierzehn Jahren von dem jetzt scheidenden Grafen Coudenhove abgelöst worden ist, und an der Spitze der Regierung, wo er die Reihen der feudalen Kabinette abschließt. Beide Male endete seine Regierung in einem wahren Zusammenbruch: als Statthalter endete er mit dem Belagerungszustand in Prag und mußte von Badeni geradezu zwangsweise entfernt werden; als Ministerpräsident wirtschafte er ausschließlich mit dem Verfassungsbruch und wurde, nachdem er die verwegene der Verfassungsverletzungen vollendet hatte — die Ostroierung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches — wie ein Bankrotteur schimpflich davon gejagt. Nun ist es wahr, daß sich Graf Thun seither in manchen Dingen geändert haben mag; so hat er im Herrenhause nach dem vergeblichen Versuche, die Wahlreform mit dem Pluralvotum zu verfälschen, schließlich für das allgemeine und gleiche Wahlrecht gestimmt, und hat sich im letzten Jahre um den nationalen Ausgleich bemüht. Aber es wäre doch in jedem Staate ausgeschlossen, daß nach solchen großen Mißerfolgen, wie sie dem Grafen Thun an jedem Punkte befohlen waren, eine Rückkehr in die praktische Politik eintritt und gar in den gepriesenen Formen erfolgt, in denen sich der neue Einzug des Grafen Thun in die böhmische Statthalterei vollzieht. Aber auch in Österreich ist es nur bei einem der hochmögenden Feudalen möglich, deren eingebildete Geltung auch das größte Pflaster nicht zu erschüttern vermag. Es ist aber nicht überraschend, daß der Weizen der Feudalen blüht; wenn sich das Bürgertum unfähig erweist, die nationalen Spaltungen zu überwinden und das Geschäft des Regierens selbst in die Hand zu nehmen, muß der Bürokratismus, muß das Herrschgeliß frisch aufleben. Daß aber der mächtige böhmische Grande, der in Prag als ein rechter Vizekönig einzieht, die ohnedies recht schwache Stellung der Regierung nicht festigen wird, liegt auf der Hand. Denn Graf Thun wird kein Untergebener des Ministerpräsidenten, er wird sein Rivale sein.

Gegenüber dem, was da werden soll, tritt die Umwandlung des Kabinetts naturgemäß in den Hintergrund. Es wird außerhalb der schwarz-gelben Pflähe auch nicht viel Interesse erregen, welche Beamten dieses oder jenes Ressort versehen sollen, sind diese Beamtenminister doch auch in Österreich bis zu ihrer Ernennung ziemlich unbekannt geblieben. Das neue Kabinett hat nur eine wirklich hervorragende Kraft gewonnen, den Finanzminister Robert Mayer, der bisher Präsident der Statistischen Zentral-Kommission war, ein hervorragender Gelehrter, und was das wichtigste ist, ein genauer Kenner der österreichischen Finanzen. Aber was nützt ihm diese Kenntnis, wenn drüben in den

Delegationen das Geld für die Dreadnoughts verpulvert wird? Die Konzession für die Tschechen besteht darin, daß ihnen statt des unbeträchtlichen Ackerbauministeriums die Deffentlichen Arbeiten zugewiesen worden sind, doch wurde für dieses Amt kein Parlamentarier, sondern ein tschechischer Beamter, der bisherige Sektionschef Marek bestellt. Von dem neuen Minister des Innern (Graf Widenburg) wird versichert, daß er kein Polizeiknopp ist und für die sozialpolitischen Notwendigkeiten ein gewisses Verständnis besitzt. Der Ackerbau wurde einem schlesischen Beamten (Baron Wiedemann) zugewiesen, der zwar ein Deutscher ist, aber den Tschechen wohlgefallen soll, weil er auch ihre Sprache beherrscht. (Das sind bei der Auswahl der Minister in Österreich so etwa die wichtigsten Fragen.) Die Eisenbahnen sind diesmal den Polen in die Hand gefallen, es hat das Portefeuille der bisherige Polenobmann Glombinski erstritten, der sich dessen aber wahrscheinlich nicht lange erfreuen wird. Alles übrige ist so ziemlich beim alten geblieben, insbesondere hat das neue Kabinett, das dritte des Namens Wienert, den liberalisierenden Grafen Stürgkt als Unterrichtsminister und den zweideutigen Christlich-sozialen Weiskirchner als Handelsminister wieder übernommen. Wie es der neuen Regierung Wienert ergehen wird? Wie der alten! Sie wird das eben Unertägliche unter Jammer und Rufen durchsetzen, eine schöpferische Tätigkeit wird ihr aber versagt sein. Die Dinge treiben in Österreich immer deutlicher zur Auflösung des Hauses hin, wenigstens wohl niemand sagen könnte, was durch Neuwahlen an den nationalen Schwierigkeiten eigentlich geändert und gebessert werden könnte.

## Wer war es!

Im Moabiter Schwurgerichtsprozeß gab am Montag Herr Oberstaatsanwalt Preuß die Erklärung ab, daß die Anklagebehörde sehr dankbar sein werde für Angaben, die sie in den Stand setzen würden, Polizeibeamte zu verfolgen, die sich während der Unruhen in Moabit strafbare Handlungen zu schulden kommen ließen. Die Anklagebehörde fiel in einer Erörterung, die sich an die Auslage des Zeugen Jordan über den erschütternden Fall Hermann anknüpfte, den ruchlosen Totschlag an dem friedlichen Arbeiter, der auf der Suche nach dem Sohne in ruhiger, menschenleerer Straße so furchtbare Schicksale erlitt, daß er an den Folgen starb. Der Verteidiger Jacobi fragte, ob die Staatsanwaltschaft wegen dieses Verbrechens eine Untersuchung eingeleitet habe. Herr Preuß bejahte die Frage und fügte die eben zitierte generelle Aufforderung hinzu. Ob sie Erfolg haben wird? Wir wünschen es lebhaft, aber wir können und nicht verhehlen, daß die Art und Weise, wie die Staatsanwaltschaft in dem Moabiter Prozeß die Verteidigungszeugen behandelt hat, die gegen die Polizei angeklagt haben, wie sie die Glaubwürdigkeit solcher Zeugen bemängelt, nicht gerade dazu angetan ist, in der Bevölkerung Bereitwilligkeit zum Zeugnis wider Polizeibeamte zu erwecken. Selbstverständlich dürfte sich dadurch niemand abhalten lassen, das seinige zur Aufdeckung polizeilicher Schandthaten beizutragen. Die Pflicht des Staatsbürgers, mitzuwirken an der Beseitigung eines verderblichen Systems, das Gefühl der Sicherheit, das der ergebende Schutzmantel heute in Preußen meist haben kann, zu zerstören, ist hier besonders dringlich. Aber dennoch haben wir leider wenig Hoffnung auf ein fruchtbares Ergebnis der oberstaatsanwaltlichen Aufforderung. Die Feststellung von Schutzelementen durch Bürger ist, namentlich wenn sie in solchen Scharen wie in Moabit auftreten, eine sehr schwierige Sache, weil die genaue Beobachtung, das Anschauen der Nummer auf der Mäntelklappe sehr erschwert und weil die Frage nach der Nummer unter solchen Umständen ein gefährliches Unternehmen ist. Ist es doch bei einer der Wahlrechtsdemonstrationen des Vorjahres vorgekommen, daß ein Genosse, der einen Schutzmantel unter Hinweis auf die ganz unmotivierten Mißhandlung eines alten Mannes nach der Nummer fragte, auf der Stelle festgenommen, zur Wache gebracht und mit einer Anklage belegt wurde, die allerdings mit Freispruch endete, aber doch an sich keine Annehmlichkeit war. Hat ein Bürger trotz der polizeilichen Maßregeln, die den Aufenthalt auf der Straße, dem Balkon und selbst am Fenster verbot, eine strafbare Handlung eines Polizeibeamten bemerkt, so wird er in den seltensten Fällen in der Lage sein, die Persönlichkeit der Täter anzugeben. Weibchen also im wesentlichen nur die Schutzelemente selbst als Zeugen. Die aber haben, wie die Moabiter Prozesse zeigen, Ausschreitungen von Kollegen nie gesehen. Oder können sich solcher Dinge, die sie offenbar ihrer Aufmerksamkeit nicht für wert hielten, nicht mehr erinnern. Herr Leutnant Holte weiß ja nicht einmal mehr, ob im Konzeratschen Lokal geschlagen wurde, obgleich erweisen ist, daß ein barbarisch zuschlagender Schutzmantel direkt neben ihm stand. Mit diesen Zeugen ist es also auch nichts. Aber vielleicht ist ein anderer Weg gangbar. Die Leitung der Polizei hat während des Strafammerprozesses mehrfach Beamte präsentiert, die die Angaben der Verteidigungszeugen über polizeiliche Ausschreitungen widerlegen sollten. Sie ist also in der Lage gewesen, sehr schnell festzustellen, welche Beamten zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten waren. Ort und Zeit der That, die an dem Arbeiter Hermann verübt wurde, ist durch die Aussagen vieler Augenzeugen bekannt. Sollte es da für das Polizeipräsidium nicht möglich sein, aus einer doch relativ beschränkten Zahl von Beamten die Täter ansindig zu machen? Es ist nicht einzusehen, weshalb das nicht gelingen sollte, weshalb es nicht schon längst gelungen ist! Aber freilich, vom Fall Vieswald in Breslau her wissen wir, daß in solchen Angelegenheiten der Spürsinn der Polizei elend verlagert — der Handhabbar ist heute noch nicht gefunden und die Beamten,

die den Tod Hermanns verschulden, sind bisher auch nicht entbedt. Im Strafammerprozeß hat Verteidiger Dr. Cohn sich bitter über den erschreckend geringen Eifer geäußert, den die Behörden nach Ausweis der Akten bei der Suche nach den Tätern entwickelt haben und in dieser Sitzung mußte der Verteidiger seine auf die Mitteilung des Oberstaatsanwalts, Versuche zur Feststellung der Schuldigen seien gemacht und würden weiter gemacht werden, konstatieren, daß die Akten über den Fall zu der Zeit, als er sie einlief, nichts über solche Maßnahmen enthielten. Die Staatsanwaltschaft scheint also erst ziemlich spät zu der Ansicht gekommen zu sein, die Herr Preuß kundgab und diese Verpätung begünstigt das Ermittlungsverfahren natürlich nicht.

Wer war es? — Diese Frage drängt sich auch gebieterisch auf bei der Betrachtung des am Montag verhandelten Falles des Angeklagten Cieslid. Der Atem stockte dem eintretenden Zuschauer bei den furchterlichen Schilderungen, die der bleich und elend aussehende junge Mensch von den Mißhandlungen gab, denen er nach seiner Verhaftung ausgesetzt war. Daß er auf dem Hofen von Schutzelementen und Streifbrechern geschlagen worden ist, das ist nach all den vielen Parallelfällen ohne weiteres zu glauben. Das furchterlichste, die Behandlung, die der Schwerverletzte, auf dem Fußboden liegende auf der Wache selbst erfahren haben will, mag ganz beiseite gelassen werden — seine Angaben sind besritten und man kann sie vorerst noch nicht als erweislich wahr behandeln. Aber der Stich, der mit ungeheurer Wucht geführte Stich, der dem Unglücklichen durch das Gefäß in die Bauchhöhle drang und den Darm verletzte, so daß ihm nur eine schwierige Bauchoperation das Leben rettete, dieser Stich eines Schutzmantels ist wieder eine furchtbare Anklage gegen die Polizei. Und wenn der Angeklagte wirklich Widerstand geleistet hat und wenn die ihn verhaftenden Kriminalbeamten aus einer Menschenmenge herausgehauen werden mußten, der Stich ist und bleibt ein Verbrechen, ein durch nichts gerechtfertigter, noch auch nur zu entschuldigender Ausfluß barbarischer Grausamkeit. Wer hat den Stich geführt? Niemand weiß es; kein Beamter hat einen Kollegen stehen sehen. Ebenso hat keiner die Mißhandlungen auf dem Hofen gesehen. Auch hier bleibt die Frage ungelöst: Wer war es?

## Der Klassenkampf in Portugal.

Die Geschichte wiederholt sich. Als am 14. Juli 1789 die Bastille erobert und der Sieg der bürgerlichen Revolution entschieden war, setzte sofort die soziale Bewegung der Arbeiter ein. Die Schneider, Schuhmacher, Bürdenmacher, die männlichen Bedienten und zahlreiche Gesellenkategorien forderten unter Streikdrohungen Lohnerböhrungen. Die städtischen Nachhaber lehnten zunächst jede Erhöhung ab. Bald aber mußten sie selbst die Reiter zur Nachgiebigkeit bewegen und die Arbeiter setzten die Verbesserung ihrer Lage durch. In den Kreisen der Pariser Handwerksmeister und Händler aber erregte diese Gärung unter den Gesellen eine Rückwärtsbewegung in das reaktionäre Lager.

Und wieder als 1848 die Februarrevolution geschlagen, die Arbeiter das Bürgertum gestürzt und die Republik erkämpft hatten und nun ihre eigenen Forderungen geltend machten, wiederholten sich dieselben Kämpfe. Nur daß entsprechend dem ungeheuren Fortschritt des Kapitalismus die sozialen Kämpfe weit grandiosere Formen annahmen. Nicht mehr um einzelne Lohnforderungen handelte es sich jetzt bei den Arbeitern, das soziale System selbst sollte geändert werden. Die „Organisation der Arbeit“ sollte verwirklicht, das „Recht auf Arbeit“ anerkannt werden. Einen Moment lang schien die neue und unsichere Staatsgewalt auf die Forderungen der Arbeiter eingehen zu müssen. Aber um so stürmischer erhob sich bald der Widerstand der Bourgeoisie. In der furchterlichen Junischlacht farbätschte Cavaignac die revolutionären Arbeiter nieder; die Bourgeoisie feierte einen blutigen Triumph und das konterrevolutionäre Frankreich ward bald zur Beute Napoleons III.

Und wieder und nochmals in großartigerem Maßstab wiederholte sich das Schauspiel nach dem Sturze des Abenteuerers, als das Pariser Proletariat zum erstenmal in der Kommune seine politische Diktatur aufzurichten vermochte, um der französischen Heeresmacht schließlich zu erliegen.

Demjenigen, der weiß, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, sehen diese Ereignisse nicht in Erstauen. Er weiß, daß in dem Kampfe um die Errichtung des bürgerlich-kapitalistischen Staates das noch unentwickelte Proletariat eine Zeitlang der Bundesgenosse des noch revolutionären Bürgertums ist. Er weiß aber auch, daß in dem Moment, wo die politische Freiheit erobert ist und die Arbeiterklasse sich ansieht, die erungene Bewegungsfreiheit zur Hebung ihrer Lage auszunutzen, sich die soziale Klust, die Bourgeoisie und Proletariat trennt, geltend macht und die eben noch revolutionäre Bourgeoisie sich gegen das Proletariat erhebt und nach der Staatsmacht ruft, die stark genug ist, um die Arbeiter niederzubalten.

Auf kleinerem Maßstab vollziehen sich jetzt in Portugal Ereignisse, die den großen Kämpfen der französischen revolutionären Epoche ähneln. Portugal ist ein kapitalistisch zurückgebliebenes Land, in dem Kleinbürgertum und Kleinbauern die Hauptmasse der Bevölkerung bilden. Das Proletariat ist noch schwach und Großgrundbesitz und industrielles Kapital bilden nur eine schmale Oberschicht der Gesellschaft. Das erklärt einerseits die revolutionäre Haltung

des Volkes gegenüber der verfallenen Monarchie — in den kapitalistischen Großstaaten hat die Bourgeoisie schon längst jede revolutionäre Haltung aus Furcht vor der Arbeiterklasse aufgegeben —, erklärt aber zugleich auch, daß die Arbeiterforderungen bei einem Teil der Bevölkerung selbst auf Widerstand stoßen. Zugleich beobachtet die gesamte deutsche und ausländische kapitalistische Presse diese Klassenkämpfe Portugals mit größter Aufmerksamkeit und mit Leidenschaft fällt sie ihr Verdammungsurteil über die Streikenden, die in diese schöne, musterhafte bürgerliche Revolution den Mißklang ihrer Lohnansprüche hineingetragen haben.

Die streikenden Eisenbahner haben in musterhafter Ordnung ihren Streik geführt. Keine einzige Gewalttat kann ihnen nachgesagt werden und sie haben sogar jeden Sympathiestreik abgelehnt. Daß es zu Zwischenfällen und Zusammenstößen gekommen ist, ist nicht ihre Schuld. Nicht sie waren es, sondern ihre Gegner, die an die Gewalt appelliert haben. Um so mehr zu begrüßen ist es, daß ihrer Festigkeit und Besonnenheit schließlich der Erfolg beschieden ist. Aber die sozialen Kämpfe dauern fort. Die Metallarbeiter streiken fort, der Gasarbeiterstreik scheint einen Teil der Bevölkerung noch mehr gegen die Streikenden aufgebracht zu haben und die Regierung wagt es zum Teil aus Furcht vor dem Ausland — das Kapital ist meistens in ausländischem Besitz — nicht, mit der nötigen Entschiedenheit für die bescheidenen Forderungen der Arbeiter einzutreten.

#### Der Kampf um den Bahnhof.

Lissabon, 14. Januar. Die Bevölkerung, erbittert über den Zustand der Eisenbahner, ist in den Hauptbahnhof am Acioplach eingedrungen, um das Abgehen von Zügen zu erzwingen. Die Ausständigen haben sich im Bahnhof verbarrikadiert.

Die Gasanstalten, deren Arbeiter sich im Ausstand befinden, werden von starken Kavallerie- und Infanterieabteilungen bewacht. Die Elektrizitätsarbeiter der öffentlichen Beleuchtungsanlagen sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Der Dienst der streikenden Gasarbeiter wird von Feuerwehrlenten versehen. Trupps von ausständigen Metallarbeitern machen vergebliche Versuche, die Weber zu sich herüberzuziehen.

#### Der Angriff abgeklungen.

Lissabon, 14. Januar. Die im Hauptbahnhof verbarrikadierten Eisenbahner haben ihre Gegner aus der Bevölkerung, die den Abgang der Züge erzwingen wollten, genötigt, sich zurückzuziehen, anscheinend, ohne daß jemand zu Schaden gekommen ist. Auch im Süden des Landes hat die Bevölkerung ihrem Unwillen über den Eisenbahnerausstand demonstrativ Ausdruck gegeben.

Von verschiedenen Körperschaften sind Rundgebungen in Bezug auf die Ausstandsbeziehung erfolgt. So haben die republikanischen Vereine das Volk aufgefordert, den Streik im Interesse der Republik nicht zu unterstützen. Zwischen den ausständigen Eisenbahnern ist es bei Versammlungen, die von ihnen abgehalten wurden, verschiedentlich zu kleinen Konflikten gekommen.

Der Zivilgouverneur fordert in einem Erlaß die Bevölkerung auf, den Gasverbrauch einzuschränken, da die streikenden Gasarbeiter einen Gasometer beschädigt hätten. Am Dienstag werde die Lage wieder normal sein.

#### Sieg der Eisenbahner.

Lissabon, 15. Januar. Der Vermittlung der Regierung ist es gelungen, die Gesellschaften zu Zugeständnissen zu bewegen, die von den Eisenbahnern akzeptiert wurden. Die Zugeständnisse sind folgende: Die niederen Lohnklassen erhalten eine tägliche Zulage von 100 Reis (0,45 M.); allen Angestellten wird ein jährlicher Urlaub von 30 Tagen gewährt, während dessen das volle Gehalt gezahlt wird; die Arbeitszeit in den Werkstätten wird auf neun Stunden festgesetzt; die Pensionsverhältnisse sollen neu geregelt werden; sämtlichen Angestellten werden jährliche Freizeiten gestiftet, und die Streikstage sollen als Urlaubstage angesehen und bezahlt werden.

Der Streik ist damit beendet. Die Züge verkehren zum größten Teil wieder normal.

#### Der Gasarbeiterstreik.

Lissabon, 15. Januar. Die ausständigen Gasarbeiter haben Gasometer und Gasleitungen beschädigt. Die Reparaturen werden bis Montag dauern. Die Truppen gingen teilweise mit dem Gewehrkolben gegen die Ausständigen vor. Etwas Verletzungen scheinen nicht vorgekommen zu sein.

Um 4 Uhr morgens wurde festgestellt, daß der Gasvorrat infolge Entweichens des Gases erschöpft war. Die Streikenden beschädigten 23 Defen in der Gasanstalt in Belem.

#### Die Truppen werden schwierig.

Paris, 15. Januar. Der „Agence Havas“ wird aus Madrid berichtet: „Imparcial“ meldet, in Portugal seien die Reservisten einberufen worden, sie weigerten sich aber, dem Befehlsbefehl Folge zu leisten. Die Behörden von Campo Major hätten dringend um Entsendung von zwei Bataillonen ersucht, zu welchem Zweck sei unbekannt; doch habe die Regierung dies abgelehnt mit dem Bemerkten, sie verfüge nicht über eine hinreichende Zahl von Truppen.

#### Für die Regierung.

Lissabon, 15. Januar. Heute zogen Freiwilligen-Bataillone, die sich nach der Proklamierung der Republik gebildet hatten, in Begleitung mehrerer tausend Personen und mit Musikkapellen vor die einzelnen Ministerien, um der provisorischen Regierung eine Sympathie Kundgebung darzubringen.

#### Ein Attentat?

Lissabon, 16. Januar. Der Eisenbahntunnel von Chella ist durch die Explosion einer Bombe beschädigt worden. Die Züge auf der Lissaboner Gürtelbahn müssen infolgedessen umgelenkt werden.

#### Eine Gasexplosion.

Lissabon, 16. Januar. Durch Sabotage der streikenden Gasarbeiter war Gas in die Kanalisationen gedrungen, wo es durch die Laternen dreier Männer, die Ratten fingen, unterhalb des Bahnhofs und des Hotels der Avenida da Liberdade zur Explosion gebracht wurde. Die drei Männer wurden schwer verbrannt, die Gebäude in der Nähe der Explosionsstelle beschädigt. Die starke Detonation hat im Mittelpunkt der Stadt eine lebhaft Panik hervorgerufen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar 1911.

### Wertzuwachssteuer.

Aus dem Reichstag, 16. Januar. Einer dreimaligen Lesung hat es bedurft, um das Reichswertzuwachssteuergesetz durch die Kommission zu bringen. Durch diese dreifache

Lesung hat es die maßgebende agrarische Mehrheit dem glücklich fertig gebracht, den Gesetzentwurf völlig im agrarischen Interesse umzumodeln. Wie die Fassung gegenwärtig lautet, würden fast nur die städtischen Interessenten von der Steuer erfasst werden, die Agrarier hätten die Gelegenheit, sich davon zu drücken. Dabei weist aber das Gesetz den Hauptteil der erwarteten Einnahmen aus der Besteuerung dem Reich und nicht den Gemeinden zu. Insgesamt könnte man also den Nutzeffekt dieser Maßregel hinstellen als eine Besteuerung der städtischen Bevölkerung zu Nutzen der Gesamtheit. Das ist, ganz allgemein gesprochen, das Bedenken, das gegen den Entwurf geltend gemacht werden könnte, wenn man die Vorlage ganz isoliert für sich betrachtet. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie nimmt sich das Bild aber noch anders aus. Um diese neue Steuerordnung durchzuführen, hat die Regierung die Veteranenfürsorge als Vorspann bemittelt. Sie behauptet, aus den laufenden Mitteln nicht die 5 Millionen Mark flüssig machen zu können, die für die Veteranen notwendig sind. Sie wirft deshalb den Räder aus: Bewilligt ihr dem Reich die Wertzuwachssteuer, so bekommen die Veteranen einen Broden ab. Um also den Veteranen vorübergehend 5 Millionen Mark gewähren zu können, sollen dauernd als stehende Einrichtung etwa viermal so viel bewilligt werden.

Daß überhaupt ein Bedürfnis zur Bewilligung neuer Geldmittel besteht, ist für die Regierung, aber auch für die bürgerlichen Parteien außer Frage. Ganz anders denkt darüber indes die Sozialdemokratie. Sie hält die jetzigen Gelbaufwendungen für militärische Zwecke schon für übermäßig hoch und verlangt deren Herabsetzung, um die bestehenden Steuern zu verringern. Auf neue Steuern, selbst wenn sie an sich steuerrechtlich unseren Grundfragen entsprechen, kann sich die Partei nur einlassen, wenn dafür alte drückende Steuern abgeschafft werden. In der gegenwärtigen Situation würde also die Partei bereit sein, eine zweimäßig gestaffelte Wertzuwachssteuer zu bewilligen, wenn deren Erträge, nachdem die berechtigten Ansprüche der Veteranen daraus befriedigt sind, zur Aufhebung der Zündholzsteuer verwendet werden.

Bei der Erörterung des § 1 der Vorlage wurde wie üblich heute über die Gesamtfrage ausführlich geredet. Der Staatssekretär Vermuth bemängelte die Abschwächung der Vorlage in der Kommission, deren Wert einen entschiedenen Verteidiger in dem konservativen Grafen Westarp fand. Mit dem üblichen Zentrums-Wern und Aber nahm Herr Marx aus Köln zu der Vorlage Stellung. Er glaubte dabei sich an der Sozialdemokratie reiben zu können, indem er ihr vorwarf, sie berücksichtige das Interesse der Arbeiter nicht, wenn sie Grundstücksbesitzer mit weniger als 2000 M. Jahreseinkommen von der Steuer nicht befreien wolle.

Mit großer Wärme und Entschiedenheit vertrat Genosse Böhre in seiner Reichstagsjungferrede den sozialdemokratischen Standpunkt, indem er gleichzeitig den Angriff des Herrn Marx mit dem Nachweis abwehrte, daß jene 2000 Mark-Bestimmung nur dem Zweck diene, den Grundgrundbesitzern, die es auf dem Lande vortrefflich verstehen, ihr Einkommen niedrig einzuschätzen, die Möglichkeit zu schaffen, sich der Wertzuwachssteuer zu entziehen. Er betonte scharf den agrarischen Charakter des Gesetzes und erläuterte die gesamte Argumentation der Agrarier als ein Eingeständnis, daß die Finanzreform von 1909 kläglich gescheitert ist. Gleich eingangs seiner Rede hob er hervor, daß der Gehalt einer Wertzuwachssteuer an sich und schon deshalb sympathisch sei, weil er einen konfiskatorischen Kern enthalte.

Das war natürlich wenig nach dem Geschmack des national-liberalen Herrn Weber, der über diese „Brandrede“ sich beschwerte und dann im Wettbewerb mit dem Zentrums-Marz dem Hause einen anmutigen Viertelstund zwischen Wern und Aber vorhäufte und dabei bald nach links, bald nach rechts eine Verbeugung machte.

Nach einer schwer verständlichen Rede des fortschrittlichen Herrn Cuno wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

### Die Regierung auf der Anklagebank.

Zu einer flammenden Anklage gestaltete sich die mehr als zweifelhafte Staatsrede, in der am Montag Genosse Ströbel der Regierung und den herrschenden Klassen ihr Sündenregister vor Augen hielt. Obwohl er erst in später Stunde zu Worte kam, gelang es ihm dennoch, die Aufmerksamkeit aller Parteien des Hauses zu fesseln. Auch die Minister lauschten gespannt seinen Worten. Nur der Hauptangeklagte Herr v. Westmann-Holstrog zog es vor, der Verhandlung fernzubleiben, wie er ja auch am ersten Tage der Staatsberatung, ohne sich zu entschuldigen, gefehlt hatte.

Wie es sich für einen sozialdemokratischen Staatsredner von selbst versteht, begann Ströbel seine Ausführungen mit einem scharfen Tadel der Thronrede, die kein Wort von einer Reform des Wahlrechts sagt. Treffend wies er in einem kurzen Rückblick auf die vorjährigen Wahlrechtsdebatten nach, wie Zentrum und konservative schmählichen Verrat am Volke geübt haben und wie bescheiden die Nationalliberalen trotz ihrer scheinbar oppositionellen Verhaltens im Grunde genommen doch seien, da sie sich mit dem geheimen und direkten Wahlrecht begnügen wollten. Daß die Wahlrechtsfrage nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, und daß die Sozialdemokraten nicht ruhen werden, bevor nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen errungen ist, unterliegt nach der erneuten Versicherung ihres Sprechers keinem Zweifel.

War den Reichsparteien schon bei diesen Ausführungen nicht gerade angenehm zumute, suchten sie, freilich erfolglos, durch allerhand Zwischenrufe unseren Redner aus der Fassung zu bringen, so bemächtigte sich ihrer erst recht eine große Unruhe, als Ströbel ihnen ihr innerstes Wesen vor Augen führte, wie er sie als Unterdrücker und Ausfänger des Volkes entlarvte, ihre kulturfeindlichen Bestrebungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens an das Tageslicht zog und die Regierung und die bürgerlichen Parteien schonungslos als das hinstellte, was sie in Wirklichkeit sind: die Geschäftsführer der agrarischen Junkertelle und der mit ihr verbündeten kapitalistischen prophanhaften Scharfmacherpartei. Den Höhepunkt seiner Darstellungen bildete der Rückblick, den er auf den Moabit-Prozess warf. Gestützt auf das Urteil der Wieder-Kammer konnte er den ganzen Schwindel der von der Regierung inspierten Presse enthüllen und zeigen, wo die wahrhaft Schuldigen seien. Mit der Ankündigung eines immer energischeren Kampfes gegen die Reaktion und dem Versprechen einer gründlichen Abrechnung bei den nächsten Reichstagswahlen schloß er seine treffliche Rede.

Vor ihm hatte der Pole Dr. v. Jazdzewski eine Reihe von nur allzu berechtigten Beschwerden der polnischen Witzbürger, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens und des Versammlungsrechts vorgelesen, und Abg. Dr. Biemer (fortschr. Wp.) mit einer Schärfe, wie man sie sonst bei den Freisinnsmännern nicht mehr gewohnt ist, das konservative Regiment in Preußen

gezeihelt und das allgemeine Wahlrecht gefordert. Es scheint, als ob der Freisinn durch eine scharfe Tonart die Zeiten der Modärrn vergessen machen will. Warten wir ab, ob er den Worten die Tat folgen läßt.

Selbst der Regierung griffen wieder nicht weniger als drei Vertreter in die Debatte ein: der Finanzminister Dr. Penke, um sich gegen eine Beseitigung der Steuerzuschläge vor einer Reform der Steuergesetze auszusprechen; der Kultusminister Trotz zu Solz, um seine neuesten Ausführungen über den Modernisierens zu ergänzen bezu. richtigzustellen, und endlich der Minister des Innern v. Dallwitz, um einige Angaben über die geplante Verwaltungsreform zu machen. Auf Beschwerden der Vorredner gingen die Herren nicht ein, das wollen sie sich bis zur zweiten Lesung aufsparen.

Zu Beginn der Sitzung konstituierte sich das Haus endlich. Diesmal ging es ohne Hindernisse ab. Herr v. Kröcher mußte eine Zettelwahl über sich ergehen lassen, während die Herren Dr. Vorsch und Krause durch Zufall gewählt wurden. Die Sozialdemokraten blieben dem Wahlakt fern, sie ließen sich an dem am Sonnabend abgegebenen Protest genügen.

Dienstag: Fortsetzung der Staatsberatung.

### Der Postetat und die Enttäuschungen.

Am Sonntag fand in Berlin eine von etwa 5000 unteren Post- und Telegraphenbeamten veranstaltete Versammlung statt, in der der Referent Nemmers über den Postetat und die Enttäuschungen sprach. Er führte lebhaft Klagen über die rückständigen Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten. Regierung und Reichstag müßten sich mit den Beamtenorganisationen in Verbindung setzen, um sich zu überzeugen, daß die Beamten keineswegs „unerfüllbar“ seien. Aber, meinte er, die Postbeamten hielten, ob man ihre Wünsche erfüllte oder nicht, treu zu Kaiser und Reich, trotz aller Versuchungen, die an sie herantraten.

In einer Resolution wurden Regierung, Verwaltung und Reichstag gebeten, „noch durch den zur Beratung stehenden Postetat 1911 geeignete Maßnahmen zu treffen, um der immer weiter um sich greifenden Mißstimmung und Unzufriedenheit der unteren Post- und Telegraphenbeamten durch Erfüllung ihrer dringendsten Wünsche zu steuern“.

### Polizeikultur.

Die Reaktionen vom Schlage der Heubrand, Oldenburg, Pappenheim u. Co. haben sich über das Moabit Urteil sehr geäußert, besonders über jenen Teil der Urteilsbegründung, in dem es heißt, das Gericht sei zu der Uebersetzung gekommen, es handle sich nicht um vereinzelte Mißhandlungen der Polizei, sondern um polizeiliche Mißgriffe in einer größeren Anzahl von Fällen. Und da der Ueberger gewöhnlich ein schlechter Berater ist, so glaubt die diesen Junkerführern nahestehende Presse die Wirkung der gerichtlichen Feststellungen dadurch abzuschwächen zu können, daß sie die Berliner Schulleute für Genies ersten Ranges erklärt und ihnen vaterländische Vorbeeren um die Dubersterne schießt. So schreibt z. B. die „Kreuzzeitung“ in ihrer gestrigen politischen Wochenübersicht:

„Die Polizeibeamten sind auch Menschen; der politische Hah, dem sie in ihrem Berufe freis ausgehört sind, wie man täglich auf den Berliner Straßen beobachten kann, verbittert ihr ganzes Leben. Sie sehen, wie man ebenfalls täglich bedachten kann, ihren Mannesholz dazwischen, auch den raffiniertesten Hänseleien gegenüber eine eiserne Ruhe zu bewahren. Aber selbstverständlich sind sie nicht alle Heiden und gefeit gegen politische Leidenschaften. Man kann sich deshalb beinahe wundern, daß bei den nächsten Straßenkämpfen in Moabit nicht noch mehr „Muschelkämpfer“ von Schulleuten vorgekommen sind, da sie doch hier oft genug ohne Rücksicht ihrer Vorgesetzten auf eigene Faust vorgehen mußten. Aber schon die von Jegen behaupteten Mißgriffe und grundlosen Verleumdungen sollten genügen, um die Vermehrung und Entlastung der Schutzmannschaft, die Verbesserung ihrer materiellen Existenz und ihrer sozialen Position in erste Erwägung ziehen zu lassen.“

Für Belohnung für die „Mißgriffe“ in einer größeren Anzahl von Fällen, deren sich nach gerichtlicher Feststellung die Berliner Polizei schuldig gemacht hat, muß also nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ die Schutzmannschaft vermehrt und ihre materielle Existenz verbessert, d. h. die Gehälter beträchtlich aufgebessert werden. Sondernbare Logik! Nach gewöhnlichem Menschenverstand sollte man meinen, das beste Mittel zur Verbesserung der Qualität der Berliner Polizei wäre, die bloßgestellten, zu Ausschreitungen und Brutalitäten geneigten Personen zu entlassen und bei Neueinstellungen nicht nur solche Bewerber zu berücksichtigen, die ihre höhere Befähigung für das Amt eines „Hüters der öffentlichen Ordnung“ lediglich durch ein acht- oder neunjähriges Drillen von Rekruten erbracht haben.

### Die Scharfmacher finden sich!

Die „Kreuz-Ztg.“ spendet dem Staatsredner der National-liberalen, Herrn Dr. Friedberg, folgendes Lob:

„In der Beurteilung des Moabit-Prozesses wich der Abg. Dr. Friedberg in erfreulicher Weise von den links-liberalen ab. Er meinte mit Recht, im großen und ganzen habe die Polizei ihre Pflicht getan, in weiten Kreisen aber sei man, wie wir auch wiederholt betont haben, der Uebersetzung, daß die Ursachen den beklagenswerten Umfang nicht angenommen haben würden, wenn man von Anfang an fest zugegriffen hätte. Ferner erklärte der nationalliberale Führer, daß seine politischen Freunde auf dem Standpunkte ständen, der Staat müsse unter allen Umständen das Recht der Arbeitswilligen wahren und den rückwärtsloseten Gebrauch von seiner Macht machen. Die Leute, die die Freiheit anderer nicht achten, sollen auch für sich keine Freiheit in Anspruch nehmen dürfen.“ Diese Auslassungen sind erfreulich und werden hoffentlich auch parteipolitische Konsequenzen haben. Die „Verfälschung“ einer Arbeitswilligenvorlage unter Wassermands Führung wird man also wohl nicht mehr besprechen müssen.“

So konpromittierend solches Lob aus solchem Munde ist — Herr Dr. Friedberg hat's redlich verdient!

### Der „innere Feind“ der Kirche.

Rom bietet der Welt in der letzten Zeit manche Ueberraschungen. Wüßer glaubte man immer, daß die Kirche ihre Hauptaufgabe darin erblicke, wider den Unglauben zu Felde zu ziehen, die Massen in christlicher Gesinnung zu erhalten und sie vor dem Abfall von der Kirche zu behüten. Diese Meinung war falsch. Die Sorgen der Kirche liegen auf einem ganz anderen Gebiete, wie uns ein Aufsatz in den Merikalen „Canisiusstimmen“ lehrt, der in der letzten Nummer des Berliner „Arbeiter“, des Hochabteilungsorgans wiedergegeben ist.

Schon die Ueberschrift des Artikels: „Pius X., der übernatürliche Papp, welchen die Weltkinder nicht verstehen“, läßt erkennen, daß es sich um außerweltliche Dinge handelt. Wir erfahren dort, daß Papp Pius, weil er ein „übernatürlicher“ Papp ist, dessen Erlasse ihren Grund in der „Uebernatur“, d. h. dem Heiligen Geiste, haben, nicht mit dem natürlichen Verstande, sondern nur dann zu verstehen ist, wenn man ihn mit dem „Wagen des Glaubens“ ansieht — was,

Wenn man gewisse Maßnahmen des Papstes aus der letzten Zeit betrachtet, seine Wichtigkeit haben mag.

Wir erfahren aus dem Artikel des genannten Blattes, daß das große, furchtbar tiefe Uebel unserer Zeit nicht der äußere Krieg gegen die Kirche ist, nicht einmal der Abfall der Massen, sondern die Abnahme des Glaubens und des christlichen Geistes bei den Gläubigen. Und das wesentliche Werk Pius' X., das notwendig ist zur Erneuerung der Gesellschaft, besteht darin, die Katholiken wieder recht katholisch zu machen. Wunder über Wunder! Nicht die Freidenker und Freimaurer, nicht die Monisten und andere Leute, deren Gott der Bauch ist, sind die wirklichen und schlimmsten Feinde der Kirche, sondern die Gläubigen sind es. Der Satz, daß die Sozialdemokratie die Kirchen zerstören und die Religion abschaffen will, er hat seine Schrecken verloren. Die äußeren Feinde der Kirche, sie kommen erst in zweiter oder dritter Linie, der innere Feind bedroht das Glaubensgebäude auf dem Petrusfelsen: die Katholiken, die nicht mehr den richtigen katholischen Geist haben, sie gilt es zu bekämpfen!

Daher der Feldzug des Papstes gegen den Modernismus im Alerus, in der sozialen Betätigung der Katholiken, in der Wissenschaft, in der Literatur. Der Papst weiß, wie tief das Uebel, das er heilen will, schon gedungen ist, und gerade deswegen muß er um so energischer und beharrlicher diesem Uebel steuern. Er zieht eine kleine Zahl Katholiken, die in der Lehre fest sind, einer Menge Katholiken vor, welche zwar das Credo herfagen, aber dessen Kraft nicht mehr kennen.

Papst Pius X., der „Ueberraturliche“, will, daß seine Gläubigen immer mehr von übernatürlichem Geiste durchdrungen werden, und er will weiter, daß alle katholischen Organisationen sich auf übernatürlicher Grundlage bilden, denn „nicht die laum noch praktizierenden (d. h. ihre kirchlichen Pflichten erfüllenden) und knapp noch gläubigen Katholiken werden die Gesellschaft retten, sondern nur jene Männer, die fest in der Lehre sind, ein musterhaftes Beispiel geben und öfters kommunizieren“.

Die werden uns auf die „Ganistushimmen“ berufen, wenn dennächst die Zentrumsagitatoren aus M. Glodbach, die christlichen Gewerkschaftsleute und andere nach dem Zeugnis des Kardinals Stopp modernistisch „verseuchte“ Elemente mit den Waffen des Glaubens gegen uns zu Felde ziehen. Wir werden sie an das Wort erinnern, daß der Feind der Kirche nicht draußen, sondern drinnen zu suchen ist, daß der Papst nicht in den abgefallenen Massen, nicht in den ausgesprochenen Bekämpfern der Kirche, sondern in den „knapp noch Gläubigen“ von M. Glodbacher Art die größere Gefahr für seine heilige Kirche sieht.

### Der „Simplicissimus“ vor dem Reichsgericht.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Gulbranson vom „Simplicissimus“, der am 8. April 1910 vom Landgericht Stuttgart wegen Verleumdung des Bischofs von Rottenburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Nach Ansicht des Reichsgerichts lag keine Verleumdung der Verteidigung vor, auch die Zuständigkeit des Gerichts sei nicht zu beanstanden.

Ein neues Mitgliedsverzeichnis ist im Reichstage ausgegeben worden. Die augenblickliche Stärke der Parteien ist danach folgende: Zentrum 104, Konservative 58, Sozialdemokratie 52, Nationalliberale 49, Fortschrittliche Volkspartei 49, Polen 20, Reichspartei 25, Wirtschaftliche Vereinigung 17, Deutsche Reformpartei 8, fraktionslos sind 17. Erledigt sind drei Mandate, nämlich: 9. Königsberg, durch den Tod des Abg. Dieckhoff (3.); 6. Schwaben, durch den Tod des Abg. Schmid (Nannstadt) (3.); 4. Hessen, durch den Tod des Abg. Köhler (Ref. 3.).

### Frankreich.

#### Jaurès über die internationale Politik.

Paris, 13. Januar. (Eig. Ver.) Die Kammerdebatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten hat gestern eine Beschwichtigungstunde Pichons gebracht. Die Potsdamer Entree und das deutsch-russische Abkommen hatten die verdrießliche Stimmung, die sich angesichts der weltpolitischen Unternehmungen des Jaurès allmählich der bourgeoisen Versammlung der Allianz bemächtigt hat und in neuerer Zeit besonders auch durch die Verminderung der an der russischen Westgrenze konzentrierten Heeresmacht verstärkt worden ist, noch gesteigert. Ihr entgegenzuwirken war die hauptsächlichste Aufgabe des Ministers des Aeußeren. Er hat sich ihrer mit der glatten, zwischen Entschiedenheiten und Schwierigkeiten hindurchschlüpfenden Geschicklichkeit angenommen, die man vielfach noch immer als die eigentliche Kunst der Diplomatie ansieht. Ihr stellte heute Jaurès in einer grohzügigen, einen großen Teil der Vormittags- und Nachmittags-sitzung ausfüllenden Rede, die wiederholt einen großen Teil der Kammer zu stürmischem Beifall hinriß, die Forderungen einer demokratischen Außenpolitik entgegen, die unangenehme Tatsachen nicht in den Salons der Staatskanzlei verbergen und hinwegwischen will. Im einzelnen mag man gegen Jaurès demokratische Teleologie, die alles im Gang der Geschichte zum besten wenden sieht, manches einzuwenden haben, aber namentlich die Ausführungen, die die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Rußland behandeln, waren eine meisterhafte Verächtigung der ministeriellen Schönfärbung. Jaurès wies nach, daß die Analogie des deutsch-russischen Abkommens über Persien mit dem deutsch-französischen über Marokko nicht existiere. In Marokko war die Frage durch den Akt von Algeciras begrenzt, in Persien besteht nichts dergleichen. Das persische Abkommen richtet sich gegen die Unabhängigkeit Persiens und, durch den Deutschland vorgeschriebenen Verzicht auf den Ausbau der Anaholischen Bahn, gegen die Befähigung der Türkei an der russischen Grenze. Kleinliche Interessen sehen sich der Neueröffnung der alten Kulturländer Asiens für die Zivilisation entgegen. Jaurès zwang Pichon zum indirekten Eingeständnis, daß Rußland Frankreich so wenig wie England von seinen Absichten in bezug auf die Bagdadbahn vorher in Kenntnis gesetzt hat. Frankreich hat jahrelang die Bagdadbahn mit wenig Wohlwollen betrachtet, aus Rücksicht auf Rußland. Und nun bringt Rußland Frankreich in die Situation, sich mit der Bagdadbahn einfach abzufinden. Jaurès sprach dann über die russisch-deutschen Beziehungen. Trotz aller Gegenstände hat es seit dem siebenjährigen Krieg keinen bewaffneten Konflikt mehr zwischen Deutschland und Rußland gegeben. Warum? Weil sie Polen gemeinsam zu besetzen haben. Sie müssen gemeinsam Polen stehen an der Pforte der Ost, worin sie die polnische Nation aus Angst vor einer plötzlichen Auferstehung begraben, und sie fürchten den Krieg, der ihr Gelegenheit geben könnte, sich blutend, aber unsterblich zu erheben. Vielleicht bietet auch die Vielfältigkeit der Konflikte zwischen der Weichsel und dem persischen Golf selbst die Mittel, Aussprüche zu finden. Endlich kommt die Solidarität der zwei Regierungen gegenüber den revolutionären Elementen hinzu. Unter diesen Umständen war es ein kindischer Traum, sich einzubilden, daß sich Rußland französischen Interessen zuliebe zu einem Konflikt mit Deutschland treiben lassen würde.

Jaurès schloß mit einer Aufforderung, Frankreich die Initiative in der Frage der Abrüstung und des Schiedsgerichts ergreifen zu lassen. Die Zeit der dynastischen wie der Revolutionskriege ist vorbei. Die Gewalttaten von ehemals sind nicht mehr mit Gewalt wieder gutzumachen. Aber die Lebenskraft unterjochter Völker ist auch nicht mehr zu unterdrücken. Der Zufall einer Niederlage hat das französische Volk nicht kleiner gemacht. Es gebührt ihm mehr als einem anderen, sich durch einen Ruf zum allgemeinen Frieden zu ehren.

### Die Debatte über die auswärtige Politik.

Paris, 16. Januar. Deputiertenkammer. Bei der Fortsetzung der allgemeinen Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußeren wies Delaforce auf die Folgen hin, welche sich aus der Ausführung des Planes, Blißingen zu befestigen, ergeben würden und erklärte, Deutschland hätte das größte Interesse an der Verwirklichung des Planes, der von großer strategischer Werte sei, aber eine Verletzung der Neutralität Belgiens darstellen würde. Redner ist dafür, daß man hierüber mit Holland und den Mächten, die die Neutralität Belgiens garantieren, in Besprechungen eintrete. Minister Pichon erklärte, der Plan, der vom Jahre 1903 datiere, habe bei mehreren Ländern, insbesondere bei Belgien, Proteste hervorgerufen; er sei ebenfalls der Ansicht, daß, wenn die Ausführung des Planes ernstlich in Frage käme, es geboten wäre, mit den interessierten Mächten in Besprechungen einzutreten.

Der Minister erklärte weiter, Frankreich habe sich befleißigt, den Stoff für politische Streitigkeiten, die sich zwischen den verschiedenen Ländern erheben könnten, zu beilegen. Diefelbe Politik habe Frankreich in Persien befolgt, wo das englisch-russische Uebereinkommen niemals einen anderen Zweck gehabt habe als die Entwicklung Persiens; ebenso sei es in bezug auf die Türkei. Der Minister bemerkte noch, er habe sich gegenüber der Erhebung der orientalischen Völker nicht teilnahmslos verhalten. Frankreich habe die Umwälzungen in der Türkei und in Persien zuerst begrüßt.

Auf eine Anfrage des Deputierten Charles Benoist, warum Pichon einem deutschen Gause die Veröffentlichung der Dokumente über die dem Kriege von 1870/71 vorausgehenden Verhandlungen überlassen habe, erwiderte dieser: Ich habe mich in der Budgetkommission darüber ausgesprochen. (Zuruf: Verzeuge! Niemand! Lebhaftige Bewegung.) Pichon hält daran fest, daß er Erklärungen abgegeben habe. Desdanel bemerkt: Der Minister hat sich nicht genügend erklärt (Bewegung). Emile Constant brachte darauf einen Antrag ein, in dem die Umstände der Veröffentlichung bedauert werden. Nunmehr erklärte Ministerpräsident Briand unter Stellung der Vertrauensfrage, daß die Regierung den Antrag solidarisch ablehne. Briand und Pichon bemerkten jedoch, es sei bedauerlich, daß die Dienststellen vor der Veröffentlichung keine genauere Erkundigungen eingebracht hätten. Uebrigens sei der Herausgeber, so fügte Pichon hinzu, kein Deutscher, sondern naturalisierter Franzose. Sodann wurde mit 346 gegen 157 Stimmen eine einfache Tagesordnung angenommen, der die Regierung zustimmte. Die Generaldiskussion wurde hierauf geschlossen und die Sitzung aufgehoben.

### Portugal.

#### Ein neues Wahlgesetz.

London, 16. Januar. Nach einer Meldung der „Times“ aus Lissabon hat der Minister des Innern in der letzten Nacht dem Ministerrat ein neues Wahlgesetz unterbreitet. Nach demselben sind alle Bürger über 21 Jahre, die lesen und schreiben können oder überhaupt einer Familie sind, wahlberechtigt. Die Kandidaten zur Deputiertenkammer müssen ein Examen in Elementarjahren abgelegt haben.

### Die Privatbeamtenversicherung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in der Nr. 13 vom 16. Januar den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Der Entwurf umfaßt in 9 Abschnitten 376 Paragraphen. Aus dem Entwurf sei folgendes mitgeteilt:

Der Entwurf bestimmt zunächst den Umfang der Versicherung. Danach werden Angestellte für den Fall der Berufsunfähigkeit, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen versichert. Die Versicherungspflicht tritt mit dem 16. Lebensjahr ein und erstreckt sich auf Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister und Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Apothekergehilfen und Lehrlinge, Wägen- und Orchestermitarbeiter, ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, Lehrer und Erzieher, Kapitäne und Offiziere des See- und Maschinenwesens, Verwalter und Verwaltungsassistenten aus den Schiffsbetriebsbetrieben.

Nicht versichert sind Staats- und Kommunalbeamte und Lehrer, soweit ihnen ein gesetzlicher Anspruch auf Unterstützungen zusteht, der mindestens den Leistungen der Klasse I dieser Versicherungsgesetzgebung gleichkommt. Freiwillige Versicherung ist zulässig, wenn 60 Monatsbeiträge geleistet sind oder wenn nach 120 Monatsbeiträgen und Zahlung einer Anerkennungsgeld die Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen gesichert ist.

Der Entwurf sieht 9 Gehaltsklassen, die bis zu 5000 M. anliegen, vor. Gegenstand der Versicherung sind Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten. Das Ruhegeld wird gezahlt beim Alter von 65 Jahren ohne Nachweis einer Beeinträchtigung der Berufsunfähigkeit und wenn infolge körperlicher oder geistiger Schwäche Berufsunfähigkeit dergestalt eintritt, daß der Verdienst unter die Hälfte des Gehalts eines Angestellten mit normalem Einkommen gesunken ist. Ruhegeld wird auch gezahlt, wenn nicht dauernde Berufsunfähigkeit eingetreten ist, die Berufsunfähigkeit aber länger als 26 Wochen anhält für die weitere Dauer derselben. Hinterbliebenenrenten erhalten beim Todesfall die Witwe und die Kinder unter 15 Jahren.

Der Entwurf sieht ferner die Zulässigkeit des Heilverfahrens vor, das ähnlich geregelt ist, wie in der Arbeiterversicherung. Die Wartezeit beträgt für Ruhegeld und Hinterbliebenenrente 120 Beitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Beitragsmonate. Während der drei ersten Jahre der Geltung des Gesetzes kann einzelnen Kranken und Angestellten gestattet werden, die Wartezeit durch Einzahlung der entsprechenden Prämienreserve abzulösen. In den ersten zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beträgt die Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten 60 Beitragsmonate. Für den Bezug von Ruhegeld tritt keine Abkürzung der Wartezeit ein.

Die Anwartschaft erlischt nach § 60, wenn während eines Kalenderjahres innerhalb der Wartezeit von 120 Beitragsmonaten weniger als 8 und nach dieser Zeit weniger als 4 Monatsbeiträge entrichtet worden sind; sie lebt wieder auf, wenn der Versicherte die rückständigen Beiträge nachzahlt.

Die Höhe der Leistungen sehen die Paragraphen 59—60 fest. Danach beträgt das Ruhegeld nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten  $\frac{1}{4}$  des Wertes der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und  $\frac{1}{2}$  des Wertes der übrigen Beiträge. Tritt bei weiblichen Versicherten der Versicherungsfall nach Ablauf von 60 Beitragsmonaten und vor Vollendung von 120 Monaten ein, so beträgt das Ruhegeld  $\frac{1}{4}$  des Wertes der in den ersten 60 Monaten entrichteten Beiträge. Die Witwen- und Hinterbliebenenrente beträgt  $\frac{1}{2}$  des Ruhegelds, das der Ernährer zuletzt seines Todes bezog, oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Waisen erhalten je  $\frac{1}{4}$  Doppelwaisen je  $\frac{1}{2}$  der Hinterbliebenenrente.

Die Hinterbliebenenrente fällt bei Wiederverheiratung fort. Ebenso das Ruhegeld, wenn die nicht anderweitige Berufsunfähigkeit aufgehoben ist.

Träger der Versicherung ist eine Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Organe der Versicherungsanstalt sind das Direktorium, der Verwaltungsrat, der Verwaltungsausschuss, die Rentenausschüsse und die Vertrauensmänner. Der Verwaltungsrat setzt sich je zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und der Angestellten zusammen. Verwaltungsausschussmitglieder, Rentenausschussmitglieder und Vertrauensmänner werden nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Ueber die Ansprüche der Angestellten entscheiden ein Schiedsgericht und ein Oberschiedsgericht.

Die Arbeiter und die Unternehmer bringen die Mittel für die Versicherung auf. Jeder Teil hat die Hälfte zu tragen. Die Höhe der Beiträge ist durch § 175 wie folgt festgesetzt: Der Monatsbeitrag beträgt in Gehaltsklasse a) 1,00 M., b) 3,20 M., c) 4,50 M., d) 6,80 M., e) 9,00 M., f) 13,20 M., g) 16,20 M., h) 20,— M., und in Gehaltsklasse i) 26,00 M.

Anträge auf Leistungen sind unter Beifügung von Beitragsstücken an den Rentenausschuss zu richten. Die mündliche Verhandlung ist öffentlich, die Entscheidung erfolgt nach Stimmenmehrheit. Bildet sich bei der Abstimmung über die Höhe von Beiträgen keine Mehrheit, so werden die für den größeren Betrag abgegebenen Stimmen für den zunächst geringeren angegebenen solange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

Gegen die Bescheide des Rentenausschusses ist das Rechtsmittel der Berufung an das Schiedsgericht zulässig. Die Revision ist ausgeschlossen, wenn es sich um Höhe, Beginn und Ende von Ruhegeld oder Leibrente, Hinterbliebenenrente, Abfindung oder Erstattung, oder um die Kosten des Verfahrens handelt. Die Paragraphen 297—309 regeln die Wiederaufnahme des Verfahrens entsprechend den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.

Die Auszahlung der Leistungen erledigt die Reichsversicherungsanstalt auf Anweisung des Rentenausschusses durch die Post. Die Bestimmungen über Nachhilfe, Fristen, Zustellungen, Gebühren und Stempel, Verbote und Strafen entsprechen den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

### Aus der Partei.

#### Von der objektivsten Behörde.

Die Anklagen gegen sozialdemokratische Redakteure zustande gekommen, wurde am Donnerstag vor der Breslauer Strafkammer in einer Verhandlung gegen den Genossen Wolff von der Breslauer „Volkswacht“ erwiefen. Genosse Wolff war angeklagt wegen Verleumdung des Landrates des Kreises Rottenburg, über den er eine falsche Behauptung im Blatt gab, die aber später berichtigt wurde. Wegen der „erheblichen“ Vorstrafen des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt 300 M. Geldstrafe.

In seinem Plädoyer ging der Verteidiger Rechtsanwalt Wandmann auf die „vielen“ Vorstrafen des Angeklagten näher ein. Er habe sich schon immer gemundet, daß gerade die „Volkswacht“ häufig von solchen Leuten verklagt werde, die gar nicht einmal die „Volkswacht“ lesen und an deren Wohnort überhaupt keine „Volkswacht“ gelesen wird. Den Schlüssel hierzu habe er in den Akten gefunden. Er stelle fest, daß in den Akten steht, daß sich der Landrat von Rottenburg beim Breslauer Staatsanwalt für die freundliche Uebersendung der „Volkswacht“ bedanke. Auf diese Weise würden Anklagen künstlich geschäftet.

Auch Genosse Wolff beleuchtete in seinem Schlusswort die Objektivität der Staatsanwaltschaft. Es sei schon dagesessen, daß von der „Volkswacht“ aus der Breslauer bürgerlichen Presse übernommene Notizen der „Volkswacht“ eine Verteilung gebracht hätten; gegen die bürgerlichen Blätter sei aber nicht einmal eine Anklage erhoben worden. Wenn die Staatsanwaltschaft ihre Objektivität so auffasse, dann könne er sich nicht von dem Gedanken frei machen, daß die sozialdemokratischen Redakteure anders behandelt würden, als die Redakteure bürgerlicher Blätter.

Das Gericht erkannte nach halbständiger Beratung auf 200 M. Geldstrafe, wobei in der Urteilsbegründung hervorgehoben wurde, daß es lange überlegt habe, ob nicht auf Gefängnisstrafe zu erkennen sei.

### Aus Industrie und Handel.

#### Fleischpreise.

Wie die Fleischnot die Preise hinaufgetrieben hat, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Sie gibt die Durchschnittspreise nach amtlichen Erhebungen in 60 preussischen Markorten. Es kostete ein Kilogramm in Pfennig:

	im IV. Quartal
1909	1910
Hammelfleisch	165,8 173,0
Schweinefleisch	170,7 161,5
Rindfleisch	176,7 187,1
Milchfleisch	166,6 168,6
Im Gesamtdurchschnitt für alle Fleischsorten	167,8 172,5

Trotz des Rückganges der Schweinefleischpreise ergibt sich für den Quartalsdurchschnitt eine Steigerung von 5,2 Pf.

Vergleicht man die Dezemberpreise der Jahre 1910 und 1909 miteinander, so zeigt sich, daß am Ende des verfloffenen Jahres die Preise für Rindfleisch rund um 11, für Kalbfleisch um 10, für Hammelfleisch um 8, für Rohfleisch um 2 Pfennig teurer, die Schweinefleischpreise dagegen um 9 Pfennig billiger waren als in der gleichen Zeit des Jahres 1909.

Im einzelnen stellten sich im letzten Vierteljahre die Einzelpreise am höchsten für Rindfleisch in Halle mit 188 bis 185 Pf., für Kalbfleisch mit 230 bis 232 Pf. und für Rohfleisch mit 130 Pf. in Altona, für Hammelfleisch im Oktober in Potsdam mit 200 Pf., im November in Koblenz mit 196 Pf., im Dezember in Breslau, Magdeburg, Altona und Hensburg mit je 192 Pf., für Schweinefleisch in Frankfurt a. M. mit 204 Pf., am niedrigsten für Rindfleisch mit 184 bis 187 Pf. und für Schweinefleisch mit 119 bis 124 Pf. in Memel, für Kalbfleisch ebenfalls in Memel mit 132 bis 148 Pf., sodann in Allenstein im November und Dezember mit 144 bis 146 Pf., für Hammelfleisch in Emden mit 192 Pf. und für Rohfleisch in Königsberg i. Pr. mit 90 Pf.

#### Wie der Staat das Fleisch verteuert.

Eine interessante Rechnung macht die „Deutsche Fleischzeitung“ auf. Sie stellt die Aufkosten zusammen, welche die Einfuhr eines lebenden Kindes aus Dänemark infolge des Jollies und der Grenzschikane verursacht: Quarantäne 16 M., Einpflanzung 1,50 M., drei Tage Futtergeld 3 M., Versicherung gegen Reaktion 10 M., Fracht und Nachnahme 29,65 M., Joll 40,80 M., Kommission 3 M., Schreibgeld, Diverfes 8,60 M., Markt- und Tringeld 1,50 M., Versicherung gegen Tuberkulose 4 M., Biagegeld 20 Pf., Porto und Agio 50 Pf. Zusammen 118,85 M.

Bei einer solchen Verteuerung ist die Einfuhr fast unmöglich. Und das ist ja auch der Zweck der Uebung.

Sieheinsicht. Nach der vom „Dresdner Journal“ veröffentlichten ministeriellen Verordnung über die Einfuhr von Schladtrindern aus Frankreich nach Sachsen dürfen wöchentlicher eingeführt werden in den Schlachthof zu Dresden bis zu 500 Rindern, nach Leipzig bis zu 500, nach Chemnitz bis zu 300, nach Zwickau bis zu 200 und nach Plauen bis zu 200 Rindern.

Ein Rekord. Nach amtlicher Schätzung betrug, wie aus New York gemeldet wird, der Wert der Baumwolle im Jahre 1910 630 000 000 Dollar. Das bedeutet eine Rekordziffer. Die Quantität der zur Ausfuhr gekommenen Baumwollmenge wird dagegen mit nur 8 641 000 Pfund angegeben.

# Gewerkschaftliches.

## In den Fußstapfen Buechs.

Der heisere Schrei des Scharfmachers Buets nach Vernichtung der Gewerkschaften hat auch beim Verband Sächsischer Industrieller (Sich Dresden) die gebührende Beachtung gefunden. Der Verband hält es für geboten, daß seine Mitglieder viel schärfer als bisher gegen die in „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ organisierten Arbeiter vorgehen und sich mehr der Schutze der „Nicht-organisierten“ widmen, besonders aber auch „möglichst umfangreiches Material“ sammeln, das dann den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden soll. Er hat an seine Mitglieder nachstehendes, der „Leipziger Volkszeitung“ zugegangenes Rundschreiben gerichtet:

Verband Sächsischer Industrieller, Sich Dresden.  
Dresden, im Januar 1911.  
Christianstraße 1.

### An unsere Mitglieder!

Die in neuerer Zeit häufigen Fälle von Terrorismus sozialdemokratischer organisierter Arbeiter gegen die Angehörigen anderer Organisationen sowie gegen unorganisierte Arbeiter veranlassen uns, an unsere Mitglieder mit der Bitte heranzutreten, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es sind uns gerade in letzter Zeit eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wonach die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften sich geweigert haben, mit auf nationalem Boden stehenden Arbeitern zusammen zu arbeiten, daß sie, um diese Absicht durchzuführen, auch nicht davor zurückzusehen, Streiks zu inszenieren oder die ihnen nicht zu Willen gehenden Firmen zu boykottieren, wie dies beispielsweise die Brauerei zum Plauenischen Lagerkeller in Dresden in der letzten Zeit erfahren hat.

Inseres Erachtens ist eines der wirksamsten Mittel, den kämpfenden Sozialdemokraten zu begegnen, darin zu suchen, daß die nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter gegenüber dem Terrorismus und dem Boykott ihrer Genossen (!) den Schutz der betreffenden Firmen genießen. Denn es liegt auf der Hand, daß der sozialdemokratische Terror wie überhaupt die Organisation der Sozialdemokratie in dem Maße fortschreiten muß, wie die Nichtorganisierten erkennen müssen, daß die durch Streiks und Boykott ausgeübte Macht größer ist, als der Schutz, den die Arbeiter in solchen Fällen den Arbeitswilligen und Nichtorganisierten gewähren.

Wir richten daher hierdurch im Interesse der auf nationalem Boden stehenden Arbeiter an unsere Mitglieder die Bitte, nach Möglichkeit, bei Weigerung sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, mit Nichtorganisierten oder Angehörigen der auf nationalem Boden stehenden Organisationen zusammen zu arbeiten, den Bestrebungen der Sozialdemokraten Widerstand zu leisten. Insbesondere bitten wir ferner, keine Vereinbarungen mit den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften zu treffen, Kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragsschließenden Industriellen ausgeschlossen werden, die Arbeitgeber gezwungen werden, Arbeitskräfte lediglich von einem bestimmten Arbeitsnachweis zu beziehen, wodurch eine Vorkommnis der auf nationalem Boden organisierten oder nicht organisierten Arbeiter bezweckt und erreicht wird.

Des Weiteren bitten wir, uns möglichst umfangreiches Material über alle Ihnen bekannt gewordenen Fälle von Boykott oder Ausschreitung bei Streiks einzusenden, namentlich über Ausschreitungen von Streikposten, Terrorismus nicht organisierter Arbeiter und ähnliche Uebergriffe der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Wir sind der Meinung, daß diese Fälle der breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen, daß namentlich auch in den gesetzgebenden Körperschaften über diese Ausschreitungen berichtet werden muß, denn nur auf diese Weise ist es möglich, derartigen Uebergriffen wirksam zu begegnen und die Behörde zu veranlassen, gegen die zweifellos in dieser Richtung vorhandenen Mißbräuche auf Grund bestehender Gesetzesbestimmungen einzuschreiten.

Wir hoffen, daß Sie uns in der weiteren Behandlung dieser, die gesamte Industrie lebhaft interessierenden Frage mit dem Ihnen zu Gebote stehenden Material unterstützen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Verband Sächsischer Industrieller.  
Kommerzienrat L. A. Lehmann, Vorsitzender.  
Dr. Gustav Stresemann, Syndikus.

Schutz der Selben und Streikbrecher, der Lebius- und der Singegarde, das ist also auch die Parole der sächsischen Industriellen, und um diese edle Tätigkeit mit Nachdruck ausüben zu können, braucht man „möglichst umfangreiches Material“, das man dann den gesetzgebenden Körperschaften und den Behörden, d. h. der Justiz, zum „Einschreiten“ unterbreiten kann. Wie solches „Material“, das auch dem Reichsverband nützlich sein soll, aussieht, weiß man ja.

### Berlin und Umgegend.

#### Zum Streik der Fensterputzer bei der Glaserinnung.

Nachdem man innerhalb der Fensterreinigungsgenossenschaft der Glaserinnung erkannt hat, daß es unmöglich ist, den Betrieb mit Arbeitswilligen auch nur einigermaßen aufrechtzuerhalten, die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag abnimmt und die Kundenschaft es ablehnt, diese Leute putzen zu lassen, scheint man nun geneigt zu sein, mit dem Transportarbeiterverband Frieden zu schließen. Heute, Dienstagabend, sollen Verhandlungen stattfinden, und es ist wohl zu erwarten, daß es zu einer Einigung kommt.

Uebrigens haben gestern mit dem Arbeitgeberverband der Fensterreinigungsbranche Verhandlungen über den Abschluß eines Generaltarifs stattgefunden, die zwar noch nicht zum Ziele führten, aber in der nächsten Woche fortgeführt werden sollen. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen darf man annehmen, daß demnächst eine allgemeine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fensterreinigungsbranche zustande kommt, während bisher nur die mit den einzelnen Firmen abgeschlossenen Tarife bestanden.

Die Maschinisten und Heizer in den Warenhäusern kamen am Sonntagvormittag zu einer Besprechung in den „Arminhallen“ zusammen. Sie halten eine bessere Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für geboten und werden versuchen, einheitliche Abmachungen durch den Zentralverband der Maschinisten und Heizer treffen zu lassen. Gegenwärtig sind die Verhältnisse ungeordnet und in vieler Beziehung reformbedürftig. Bei der Firma Lied, Leipziger Straße, werden zum Beispiel 34 M. Wochenlohn bezahlt, während bei derselben Firma am Alexanderplatz 30 M. Lohn bezahlt werden. In Bezug auf die Ueberstunden bestehen in den Warenhäusern verschiedene Regeln. Obgleich der Achtstundenschluß besteht, wird gewöhnlich die Ueberzeit erst von 8 1/2 Uhr ab berechnet. Bei der Inventur wurde die Bezahlung von Ueberstunden verweigert, dagegen wurde sie den Mitgliedern von „gelben Klubs“ bewilligt. Sehr geringe Löhne erhält das Beleuchtungspersonal; die dem werden 22, 24 und 26 M. pro Woche bezahlt. Zuweilen werden Leute nur unter einem Arbeitsvertrag mit den schlechtesten Bedingungen eingestellt. — Schwittka vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer wies darauf hin, daß bessere Verhältnisse nur dann geschaffen werden könnten, wenn die Orga-

nisation unter dem Maschinenpersonal besser wird. Die Warenhausbesitzer haben eine gute Organisation, an deren Spitze Tisch steht. Wollen die Arbeiter mit dieser Organisation Verträge abschließen, so müssen sie geschlossen auftreten, ihre Bedingungen stellen und sich stark genug fühlen, sie durchzusetzen. Schwittka forderte zu regerer Agitation auf und verlangte, daß dem System der Vertrauensmänner mehr Beachtung gewidmet werde.

Achtung, Töpfer! Wegen Tarifdifferenzen verhängen wir über die Firma Krause u. Neusche, Pantow, Brehmestraße 7, die Sperre. In Betracht kommt der Pau Sildende, Potsdamer Straße. Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

#### Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

In den 20 Städten, in denen die Tarifverträge zum 12. Februar d. J. gekündigt sind, haben nunmehr die Holzarbeiter die zu stellenden Forderungen beschlossen und den Arbeitgebern übermittelt. Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern mitgeteilt, daß die Arbeiter zu örtlichen Verhandlungen bereit seien.

Eine in Berlin abgehaltene Konferenz von Vertretern der in Frage kommenden Orte beschloß sich mit dem Vertragsmuster, das von den beiderseitigen Zentralvorständen unter Assistenz einer Kommission als Grundlage für die Verträge ausgearbeitet wurde. Wenn auch gegen eine Anzahl Bestimmungen des Musters Bedenken laut wurden, fand es schließlich doch die Zustimmung der Städtevertreter, nachdem der Vorstand des Holzarbeiterverbandes wiederholt erklärt hatte, daß die Bestimmungen nicht unter allen Umständen für alle Städte bindend sein sollen, sondern daß für die einzelnen Orte abweichende Vereinbarungen zulässig sind.

In den Orten Elberfeld, Elbing, Herford, Jena, Kaldheim, Osnabrück und Posen kommt neben dem Deutschen Holzarbeiterverband auch der christliche Verband resp. der Hirsch-Dundersche Gewerksverein als Vertragskontrahent mit in Frage. Diese Organisationen haben in den auch für sie in Frage kommenden Orten die Forderungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband gemeinsam eingereicht und werden auch die Verhandlungen gemeinsam geführt werden. Als Vertragskontrahent auf Arbeitgeberseite kommt der „Arbeitgeberverband für das Deutsche Holzgewerbe“ in allen Städten, mit Ausnahme von Hamburg, in Frage, außerdem haben auch einige Innungen die bisherigen Verträge mit unterzeichnet.

Die Verhandlungen dürften nunmehr in den meisten Städten in den nächsten Tagen beginnen. Ueber die Frage der Arbeitszeit soll, wenn darüber an den einzelnen Orten eine Verständigung nicht möglich ist, eine Zentralkommission weiter verhandeln, und sollen die feineren Punkte zwischen den Verbandsvorständen vereinbarten „Regeln zur Staffelung der Arbeitszeit in den deutschen Städten“ hierbei als Richtschnur dienen.

Der heißeste Punkt bei den ganzen Verhandlungen dürfte die Vertragsdauer sein. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes muß auf Grund eines Verbandsratsbeschlusses unter allen Umständen an der vierjährigen Vertragsdauer festhalten, während der Arbeitgeberverband nur auf drei Jahre abschließen will, mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch einen einheitlichen Ablauftermin für alle Verträge schneller zu erreichen.

Wenn der Arbeitgeberverband an dreijährigen Verträgen festhält, wird aus dem Vertragsabschluß überhaupt nichts werden und dürfte dann ein Kampf in greifbarer Nähe gerückt sein.

Gegenwärtig sind beide Parteien eifrig an der Arbeit, ihre Organisation noch weiter auszubauen. Der „Schutzverband“ hält in diesen Orten Propagandaversammlungen ab, in denen die Herren Kahardt, Fobbe und Mitsch ihre Programmreden halten.

Die Hamburger Arbeitgeber, die dem Kahardtischen Schutzverband nicht mehr angehören, denen aber auch der Vertrag vom Holzarbeiterverband gekündigt wurde, machen schon jetzt gehörig scharf. Eine solche Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die Arbeitgeber erklären, unter gewissen Voraussetzungen ein neues Vertragsverhältnis eingehen zu wollen. Sollte dieses jedoch nicht zustande kommen, auch ohne Vertrag arbeiten zu wollen. Sofern im letzteren Falle der Versuch gemacht werden sollte, Arbeitgeber durch Sperren der Betriebsstätten oder sonstige Maßnahmen zur Lohnerrhöhung oder Arbeitszeitverlängerung zu nötigen, so haben sämtliche Arbeitgeber der Holzindustrie durch Schließung ihrer Betriebe für die Angegriffenen einzutreten und bis zur Schaffung von Garantien geschlossen zu halten. Im übrigen erwidern die Versammelten in der Aufrechterhaltung und Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises während einer vertragslosen Zeit keine Vorteile für das Gewerbe; sie verpflichten sich daher, nach Ablauf des Vertrages und bis zur Schaffung eines neuen Vertragsverhältnisses den paritätischen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen.“

Die Annahme dieser Resolution bedeutet Sturm!

Einen Boykott des paritätischen Arbeitsnachweises werden sich die Hamburger Holzarbeiter unter keinen Umständen gefallen lassen. Schon heute wird ein großer Teil der in Hamburg benötigten Tischlerarbeiten auswärts angefertigt — der vor wenigen Monaten von den Arbeitgebern heraufbeschworene Arbeitsnachweiskampf hat diesen Zustand erheblich verschlimmert. Wenn nun die Arbeitgeber einen neuen Kampf provozieren, werden die auswärtigen Firmen noch mehr Hamburger Kundenschaft an sich reihen und die leidtragenden Hamburger Tischlermeister werden zum Teil dann ihre Betriebe gar nicht mehr öffnen brauchen, weil die Arbeit außerhalb angefertigt wird!

Die Tischlermeister haben weiter beschlossen, „für die nächsten vier Wochen durch Umlage von allen Holzgewerbetreibenden in Hamburg wöchentlich für jeden beschäftigten Arbeiter eine Mark zu erheben. Der so geschaffene Streikwehrfonds, dessen Verwaltung in den Händen des Vorsitzenden des Schutzverbandes und denen der Obermeister der Innungen liegt, soll dazu dienen, im Falle eines Lohnkampfes hilfsbedürftige Holzgewerbetreibende mit Geldmitteln zu unterstützen.“

Die Holzarbeiter lassen sich, weder in Hamburg noch sonstwo, durch solche Beschlüsse ins Vordere jagen. Sie verfolgen ihren Weg ruhig weiter. — Sie sind gerüstet!

### Ausland.

#### Der Bergarbeiterstreik im Lütticher Kohlenrevier.

Brüssel, 13. Januar. (Fig. Ver.) Auch der heutige Tag zeigt eine Zunahme der Zahl der Streikenden in Lüttich und auf dem Plateau Herbe um circa 1000 Personen, so daß die Gesamtzahl der Streikenden nun eine Ziffer von rund 24 800 Personen umfaßt.

Die getriggert von der sozialistischen Partei veranstaltete Manifestation in Lüttich zählt zu den großartigsten der letzten Jahre. Im Zuge, der sich durch die Stadt bewegte, gingen circa 30 000 Personen, darunter gut 2000 Frauen mit ihren Kindern. Viele Hunderte rote Fahnen wurden im Zuge getragen und eine Unzahl von Schleißen und Standarten, auf denen die Forderungen der streikenden Bergleute zu lesen waren; fast eine Stunde währte das Defilé. Der Manifestation folgte ein Massenmeeting unter freiem Himmel vor dem sozialistischen Genossenschaftshause. Es sprachen die Bergarbeiterführer und die Deputierten Troclet und Dejardin. Die Polizei zeigte wieder ihre Ueberflüssigkeit und hatte nichts zu tun — als sich ruhig zu verhalten. Ein nettes Detail übrigens zum Kapitel Polizei. Die eben im Gange befindliche Volkszählung mußte unterbrochen werden, weil die mit der Bewachung der Kohlengruben und des Streiks

lagers so stark beschäftigten Polizisten nicht die Zeit haben, die Volkszählungsbogen abzuholen. Die Bewachung von Streikenden ist den Behörden natürlich ungleich wichtiger wie die Volkszählung! Auch die Arbeiten für die Wählerlisten der Gewerbegerichtsämter mußten unterbrochen werden, weil für dieselben keine Zeit mehr ist.

Auch beim Leichenbegängnis des beim Gendarmenzusammenstoß in Seraing gefallenen Opfers, der ihren Wunden erlegenen Frau Gobin, bewährten die Arbeiter ihre Zurückhaltung und Disziplin. Das Leichenbegängnis, das zu erregtem Empfinden gewiß genugsam Anlaß gab, ebenso wie diese Massenaufzüge, die ohne jede Störung verlaufen, obgleich der Streik schließlich jetzt seinen Höhepunkt der Erwartung und Erregung hat, zeigen vielleicht doch noch allen Verantwortlichen, wo immer die Angreifer und Friedensstörer bei Streiks zu suchen sind. Daß übrigens auch ein Teil der Bourgeoisie gegen das gewissenlose Dreinschießen in streikende Massen protestiert, zeigt die Zuschrift eines „Bürgers“ an ein fortschrittliches Blatt, in der in treffenden Worten die blindwütige Verteilung beleidigter Gendarmenautorität geißelt wird. Selbst nach dem Strafgesetze, meint der Mann, sei die in Belgien übrigens de facto gar nicht mehr geübte Todesstrafe für eine Gendarmenbeleidigung nicht zulässig. Ob sich freilich, wie die Zuschrift verlangt, das öffentliche Gewissen angesichts dieses Falles so revoltieren wird, daß sich derlei Schieberereien nicht mehr ereignen, ist bei der heute üblichen Einschätzung von Unternehmerrache und Arbeiterblut zweifelhaft.

#### Zum Bericht über die Gemeindevorstandskonferenz.

Berichtigung. In den Ausführungen von Conrad Ribhorst liest: „Wenn die meisten Gemeinden noch nicht (statt: auch) über ihre Stellung zum Verkehrsverband sich entschieden haben usw.“

## Letzte Nachrichten.

### Die Bagdadbahn in der Deputiertenkammer.

Paris, 16. Januar. (W. L. A.) Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer fragte Emile Comstant an, ob die Ansichten der Regierung über die Emfission der für den Bau der Bagdadbahn erforderlichen Kapitalien dieselben seien wie im vorigen Jahre. Minister Pichon antwortete, die französische Regierung werde nur dann ihre Zustimmung zu einer Beteiligung geben, wenn sie dieselben Vorteile wie das meistbegünstigte Land erhalte. Man habe ihn kürzlich nach der Tragweite der Potsdamer Begegnung befragt und es sich dabei um Persien gehandelt habe, wo Rußland Eisenbahnen zu bauen beabsichtige, von denen die eine Linie nach der türkischen Grenze gehen sollte. Das sei ja gerade der Hauptgegenstand der Potsdamer Besprechung gewesen, und es sei möglich, daß im Verlauf dieser Besprechung und, ohne daß Rußland Frankreich davon hätte unterrichten müssen, die Erörterung sich auch auf einen etwaigen Anschluß, wenn es zum Bau käme, erstreckt habe, und daß Deutschland die Forderung gestellt habe, daß man ihm bezüglich dieses Anschlusses keine Schwierigkeiten mache. Warum solle Frankreich in dieser Angelegenheit opponieren?

Bei der weiteren Erörterung des Budgets des Ministeriums des Inneren brachten Jaurès und seine Freunde einen Antrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, der Anregung der Regierung der Vereinigten Staaten, mit allen Ländern allgemeine Schiedsgerichtsverträge zu schließen, Folge zu geben. Minister Pichon erwiderte, er könne diesem Antrag nicht zustimmen, da er gegenwärtig eine allgemeine schiedsgerichtliche Entscheidung von Fragen, die Frankreichs Lebensinteressen oder seine nationale berühren, nicht annehmen könne. (Beifall.) Die französische Regierung habe in der Frage der Schiedsgerichte die Führung, er erinnere an die Abkommen, welche auf die letzte Haager Friedenskonferenz gefolgt seien und an denen sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz nicht beteiligt hätten. Jaurès betonte in seiner Erwidmung, es genüge nicht, daß eine Nation stark sei, sie müsse auch tätigen Anteil an dem Kampfe für ein höheres Ideal der Gerechtigkeit nehmen. Schließlich verlangte er, daß sein Antrag der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen werde. Pichon stimmte schließlich dieser Ueberweisung zu.

Bei Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ergänzungskredite für die militärischen Operationen in Karolko im Jahre 1910 stellte Jaurès fest, daß die Beschaffung jährlich acht Millionen erfordere, und fragte, wie lange sie noch dauern werde. Die Vorschläge der Truppen seien verjagt, dort auf Abenteuer auszugehen. Das bewiesen die Operationen des Generals Moynier, dessen Rückberufung die Regierung ernstlich erwogen habe. Frankreich sei der Freund Spaniens, aber man müsse diese Freundschaft nicht zu oft auf die Probe stellen.

Pichon antwortete, er könne einen genauen Termin für die Zurückziehung der Truppen nicht angeben. Eine unbedingte Zurückziehung komme aber nicht in Frage. Darauf nahm die Kammer mit 484 gegen 88 Stimmen die Ergänzungskredite in Höhe von 8 855 970 Francs und schließlich auch die letzten Kapitel des Budgets des Aeußeren an.

### Der Bergarbeiterausstand in Belgien.

Brüssel, 16. Januar. (W. L. A.) Die Bergarbeiter des Bezirks Lüttich beschloßen die Fortsetzung des Ausstandes, da einige Grubenbesitzer die Annahme der Bedingungen verweigern. Die Einigungsverhandlungen dauern fort.

### Unfälle beim Wintersport.

Witten, 16. Januar. (W. L. A.) Als gestern Abend das Automobil eines Bochumer Kaufmanns auf der Chauffee nach Weiter fuhr, kam auf dem Fußsteig ein mit Kindern besetzter Rodelschlitten in schnellem Tempo herab. Es erfolgte ein Zusammenstoß, wobei ein 11jähriges Mädchen getötet wurde.

Kaasen, 16. Januar. (W. L. A.) Beim Rodeln auf einer in höchst gelegenen Bahn fuhr ein Rodeler auf einen zugefrorenen Wassertümpel. Einer der Lehrlinge erstickte im Schlamm, der andere konnte nur mit großer Mühe gerettet werden.

Ilfenburg, 16. Januar. (W. L. A.) Beim Rodeln fuhr der Sohn des Gastwirts Stünkel aus dem Edergrund, ein 16jähriger Gymnasiast, so unglücklich gegen einen Baum, daß er sofort getötet wurde.

### Folgeschwerer Gerüstesturz in Barcelona.

Barcelona, 16. Januar. (W. L. A.) In der Markthalle ist ein zum Anstreichen an der Decke beschäftigtes Gerüst gebrochen. Fünf Arbeiter stießen an großer Höhe auf die Leute in der Halle herab. Einer ist tot, die anderen sind sämtlich schwer verletzt.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Groß, a Konto seiner 8 Wahlkreise 15 000 M., darunter: Kassenkassier bei Hausch 3,25, Dr. Schulz 10,—, H. W. 20,—, von den Parteigenossen der Heilstätte Buch durch Stolzenheim 2,—, Sechserklasse von P. F. Lüdke 15,—, von der Waffertante durch Reinherdt 20,—, Schöbel 1,—, Kollegen der Firma Wiles u. Kemmann 10,—, Ueberich durch Bergmann der 30. Abt., 4. Kreis 6,70, Höpner für November 2,—, Warnst. Baumert 50,—, Gefangenenverein Humanität 10,—, Ueberich des 585. Bezirks 17,90, Großkassier der Abt. Schapow A.G. 5,—, A. D. Wister 1,—, zum großen Schraus der Reichstagswahl 66,—, Höpner für Dezember 2,—, Rundharmonika-Verein Vorwärts 5,—, Heferat durch Hildebrandt, Rixdorf 3,—, Ueberich durch Sechserklasse von den Arbeitern der Firma Franz Spengler 10,—, Anna Matzke 3,—, Gutenberg 32,90, Buchdruckerei Möller u. Sorell 5,—, Hennig Argentinien 5,—, Berlin, diverse Beiträge: Aus der Vierklasse der A. G. D. Omnibus-Gesellschaft, Depot 7 28,—, Oskar Becker 40,—, Knabe 3,—, Logisweiber von Wendt u. Medlich 4,50; Nachetes 5,—; W. Jagnon 7,30; Dr. A. für Dezember 100,—; Arb. d. Möbelfabr. Wasserer 4,30; Die Kontobucharb. v. Bedding 5,—; C. A. durch A. Du. für Kisten des „Vorwärts“ 4,95; Ueberich, d. Vierklasse d. Wöllnerschen Schriftgießerei 50,—; 5 Gutmacher, Königsstr. 28: 12,—; E. E. W., Kautionszinsen von 100 M. 1910, Lindenstr. 3, 8,—; Dr. E. W. 15,—; Mar 6,—; Hochzeit bei Wohl, Pastor v. Benedig d. Gaudes 2,05; Knabe 3,—; W. Spandau 3,—; R. S. 10,—; Graue 1,—; R. W. 2,—; A. H. 50,—; P. S. 10,—; Deutzen, Agitationsbezirk Oberschlesien, 3. Qu. 1910, Wahlkreise: Deutzen-Tarnowitz 85,47; Rattowitz-Jabrze 67,74; Ratibor 18,42; Lublitz-Gleitwitz 13,88; Pleß-Nybnitz 8,70; Döppeln 6,06; Arensburg 4,02; Cosel 3,90; Leobischitz 2,28; Sa. 209,97; Bern 50,—; Bochum-Gelsenkirchen, 3. Qu. 10 1044,23; Cöln a. Rh., Reg. B. 20,—; Calw, 7. württ. R.-B.-Str., 3. Qu. 10 182,20; Döhlen, 6. sächs. R.-B.-Str., a Konto 3000,—; Dortmund-Görde, 1. 8. bis 31. 10. 1910 1109,95, Delmenhorst, 3. old. R.-B.-Str., 3. Qu. 10: Lemwerder 18,80, Gandersee 37,40, Sa. 51,20; Fallenberg-Oberschlesien A. 2. 4,—; Grafensteden-Jätkirch, 3. Qu. 10 19,28; Hamburg, 1. R.-B.-Str. 4000,—; Hamburg, 3. R.-B.-Str. 12 000; Husum, 4. sächs. R.-B.-Str., 3. Qu. 10 36,12; Rattowitz, Beitrag der P. S., 3. Quart. 10: 253,34 (darunter: Rattowitz-Jabrze 93,87; Deutzen-Tarnowitz 71,93); Leipzig, 13. sächs. R.-B.-Str., a Konto 6000,—; Lempe-Memelsheid-Mettmann, 3. Quart. 10 668,48; Meiningen I, a Konto 13,95; Mecklenburg-Strelitz, 3. Quart. 10 68,62; Moers-Nees, 1. Aug. bis 31. Oktbr. 10 62,85; Mülhausen i. E., 4. Quart. 10 139,80; Neustadt i. S., 3. Quart. 10 97,28; Nürnberg, Gau Nordbayern, 3. Quart. 10: Wahlkreise: Nürnberg 3040,79; Regensburg 111,48; Reustadt a. B. 48,60; Erlangen-Fürth 806,46; Würzburg 248,64; Lohr 27,42; Bamberg 30,60; Bayreuth 358,50; Eichstätt 22,56; Kitzingen 21,84; Regensburg 14,76; Schweinfurt 169,88; Hof 280,59; Röttingen 21,78; Neuburg 15,66; Forchheim-Rulmbach 73,20; Dinkelsbühl 39,30; Kronach-Lichtenfels 98,98; Ansbach-Schwabach 223,56; Bamberg 108,51; Regensburg a. S. 39,39; Alschaffenburg 111,50. Sa. 5973,50. Cittenen-Pinneberg, a Konto 3. Quart. 10 800,—, Porschim-Ludwigsburg, 3. medl. R.-B.-Str. 3. Quart. 10 50,60. Neutlingen-Tübingen, 3. Quart. 10 71,47. Stuttgart, G. B. 3,—, Söbba, Kreis Lud 30,—, Salzwedel-Garbelgen, 3. Quart. 10 88,29. Stettin, Agit.-Bez. Pommern, 3. Quart. 10, Wahlkreise: Stettin 819,80; Randow-Greifenhagen 512,07; Greifswald-Grümmen 84,48; Stralsund-Nügen 176,92; Anklam-Deemitz 17,82; Kolberg-Rödin 71,04; Stolp-Pauenburg 17,10; Rausgard-Regenwald 13,42; Wpritz-Saatzig 4,02; Greifenberg-Rammeln 13,80; Reusfeld 7,50; Dramburg-Schivelbein 7,50; Wütow-Rummelsburg 7,50; Sa. 1252,97. Schramberg, 8. württ. R.-B.-Str., 3. Qu. 10 46,39; Ulm, 14. württ. R.-B.-Str., 3. Qu. 10 162,54; Weßpreignitz, 3. Qu. 10 42,58.

In der Quittung für November 1910 ist beim Agitationsbezirk Oberlangenberg der Wahlkreis: Reichenbach-Neurode mit 262,12 M. verhehentlich nicht aufgeführt worden. Die Gesamtsumme war richtig angegeben.

Berlin, den 14. Januar 1911.

Für den Parteivorstand: J. A. Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

Reichstag.

108. Sitzung. Montag, den 16. Januar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung eines Zuwachsteuergesetzes.

Die Diskussion über die Paragraphen 1, 1a, 1b und 1c wird verbunden; § 1 führt allgemein die Zuwachsteuer ein, will jedoch bebauten Objekte von nicht mehr als 20 000 M., unbebauten von nicht mehr als 5000 M. von der Steuer freilassen, wenn der Veräußerer nicht mehr als 2000 M. Einkommen hatte; § 1a unterstellt auch Veräußerungen, für welche die auf Grundstücke sich beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts gelten, mit Ausnahme unbeweglicher Vermögensgegenstände dem Gesetz; § 1b unterstellt dem Gesetz auch den Übergang von Rechten an dem Vermögen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung usw., wenn die Vereinigung sich mit der Verwertung von Grundstücken befaßt, oder wenn sie geschaffen ist, um die Zuwachsteuer zu ersparen.

Abg. Graf Westarp (L.): Meine Freunde stimmen nicht nur dem Grundgedanken des Gesetzes ein, sondern halten auch die Fassung, die er in der Kommission erhalten hat, für zweckentsprechend. Vor allem sind finanzpolitische Erwägungen für uns maßgebend; wir halten die Zuwachsteuer für einen neuen und fruchtbareren Gedanken für unser Reichsteuersystem. Die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben, deshalb muß der Besitz für das Reich auf einem anderen Wege steuerpflichtig gemacht werden. Betroffen soll aber nicht der Verkäufer werden, der durch eigene Arbeit, kulturelle Tätigkeit und Sparsamkeit die Wertvermehrung geschaffen hat; deshalb hat die Kommission im § 1 zum „Wertzuwachs“ den Zusatz gemacht, „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“. — Den erhöhten Umlagestempel wollen wir neben der Wertzuwachssteuer noch bis zum 1. Juli 1914 bestehen lassen; dieser Zeitpunkt ist deshalb zum Aufheben des erhöhten Stempels geeignet, weil die Finanzen infolge der Finanzreform dann stabil geworden sein werden. (Zustimmung rechts.)

Es sind folgende Abänderungsanträge eingegangen:

Abg. Guno (Sp.) will im § 1 die Worte „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“ streichen.

Abg. Arndt (Sp.) will im § 1 die bebauten Grundstücke bis zum Wert von 30 000 M., die unbebauten bis zum Wert von 8000 M. von der Steuer freilassen, wenn der Veräußerer ein Einkommen bis zu 3000 M. hatte.

Abg. Pauls-Cosch (B.) will wie die Kommission die Grundstücke bis zu 20 000 M. resp. 5000 M. steuerfrei lassen, falls das Einkommen des Veräußerers weniger als 3000 Mark betrug. Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen die Streichung sämtlicher Ausnahmen im § 1 und die Zusammenfassung der §§ 1, 1a, 1b, 1c zu einem einheitlichen Paragraphen.

Reichschatzsekretär Wermuth: Die Entscheidung, die hier gefällt wird, wird nicht nur eine Entscheidung über die Reichwertzuwachssteuer sein, sondern über die Wertzuwachsteuern überhaupt, auch für die Gemeinden. Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1909 verlangt. Aber die Vorlage und weit mehr noch die Fassung der Kommission gehen weit hinter das zurück, was der Reichstag 1909 gelovt hat. Und trotzdem sind noch weitere Abschwächungen im Werke. Es gibt aber auch eine Abschwächung, die eine Vereitelung der Wirksamkeit der Steuer ist. Ich bitte daher, nicht auch im Plenum, wie es in der Kommission geschehen ist, unausgesetzt Abschwächungsanträge zu stellen; wir können nicht ein Steuergesetz machen, das einen großen Apparat in Bewegung setzt, wenn es durch fortgesetztes defizillieren unwirksam geworden ist. Der Bundesrat wird übrigens — das kann ich aus Bestimmtheit versichern — durch die Einführungsbestimmungen dafür sorgen, daß Gärten vermieden werden. Wir werden auch bestimmt mitwirken, daß der Zuschlag zur Umlagesteuer nach Ablauf der gegenwärtigen Finanzperiode in Wegfall kommt; aber bis dahin ist er unentbehrlich. Wenn unsere Finanzen nicht wieder festen bleiben sollen, müssen unsere Staatsgrundlagen aufrecht erhalten bleiben, für wirklichen Bedarf müssen auch die Mittel gewährt werden, hier gibt es kein Wanken und Weichen.

Abg. Marx (B.): Meine politischen Freunde stehen dem Gedanken der Besteuerung des unverdienenden Wertzuwachses freundlich gegenüber und wir wollen auch, daß das Gesetz wirksam wird. Aber der Rechnungsführer allein darf nicht entscheiden, sondern die Mäßigkeit darf nicht ausgeschlossen werden, sonst werden gerade konservative

Grundsätze ins Wanken gebracht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bedenklich ist uns die Maßbeziehung auf das Jahr 1885 und bedenklich ist uns namentlich die rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1910, die dem Gesetz gegeben werden soll. Gegen die Maßbeziehung spricht die Erfahrung, daß dadurch der alte Familienbesitz unbillig belastet und gefährdet wird. Manche solide Bürgerfamilie in Kleinstädten hat ihre Spargelder in Grundstücken angelegt und dies Verfahren kann doch unmöglich mit großstädtischer Grundstückspekulation auf eine Stufe gestellt werden. Durch diese Maßbeziehung wird auch ein großer Teil der im Entwurf vorgesehenen Vergünstigungen illusorisch. — Es dürfte sich empfehlen, für die Jahre vor 1910 einen größeren, etwa einen doppelten Abzug zu gestatten, als für die Jahre nach 1910. — Es geht nicht an, den Gemeinden innerhalb des Rahmens des Gesetzes einen allzu weiten Spielraum zu gestatten, wenn auch eine gewisse Elastizität sich empfiehlt. Wir beantragen, daß die Gemeinden einen Zuschlag von 100 Proz., aber nicht darüber hinaus, zu dem ihnen überwieherten Anteil von 40 Proz. des Gesamtertrags erheben dürfen. Bedenklich haben wir gegen die im Gesetz gegebene Definition des „Gesamtgrundstücks“, die z. B. dem rheinischen Parzellenwesen nicht gerecht wird. Hier beantragen wir daher eine andere redaktionelle Fassung. — Wir beantragen ferner eine Erhöhung der Maximalgrenze der Steuerfreiheit, um die den Arbeitern zugehörigen Vergünstigungen auch dem kleinen Mittelstande zugute kommen zu lassen. (Dravol im Zentrum.)

Reichschatzsekretär Wermuth: Ich gestehe ein, daß es mir angeht, der zahlreichen, meist auf Abschwächung herauslaufenden Anträge zweifelhaft wird, ob etwas für unsere Veteranen herauskommen wird. (Lebhaftes Hört! Hört!)

Abg. Göhre (Soz.):

Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen unserer Fraktion abgeben. Wir Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes, weil wir die Einführung der Besteuerung des Wertzuwachses in das Steuersystem des Reiches prinzipiell wünschen, weil wir in einer solchen Besteuerung den Anfang einer geschehlichen Expropriation sehen. Wir haben daher schon 1902 bei den Kämpfen um den Polltax eine Besteuerung des Wertzuwachses gefordert. Was uns jetzt geboten wird, sieht freilich unserm Ideale wenig ähnlich.

Unser Wunsch war stets, daß in erster Linie die Gemeinden in der Höhe der Wertzuwachssteuer einbezogen werden sollten, daß das Reich sich im wesentlichen auf eine obligatorische Einführung der Steuer in allen Gemeinden und eine gewisse Oberaufsicht über die Steuer beschränken müsse. Nach unserer Auffassung sind es die Gemeinden, die einen möglichst großen Spielraum in der detaillierten Ausgestaltung der Steuer haben sollten, denen auch der größte Prozentsatz an dem Ertrage anheimfallen sollte. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind überzeugt, daß das Reich sich sehr wohl mit einem weit geringeren Prozentsatz des Ertrages begnügen könnte und trotzdem ein weit besseres Geschäft machen würde — vorausgesetzt freilich, daß die Wertzuwachssteuer in wirksamer Weise ausgebaut wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichschatzsekretär steht in dem Reiche den Hauptfaktor, dem der Wertzuwachs geschuldet werde. Die Auffassung zeigt von einem bei einem Finanzmann sehr verwunderlichen Mangel an ökonomischer Erkenntnis. Nicht sowohl der Staat ist es, als vielmehr die Gesellschaft, der der Wertzuwachs verdankt wird, und zwar in erster Linie die Werte schaffende Tätigkeit des arbeitenden Volkes, des Proletariats. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In den Gemeinden, dort wo die Arbeit der Gesellschaft sich vollzieht, tritt der durch die Arbeit geschaffene Wertzuwachs am unmittelbarsten zutage, und das ist der Grund, warum die Gemeinden in allererster Linie Anspruch auf die Wertzuwachssteuer haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ein weiterer Grund ist der, daß die Steuer nur in der Gemeinde so gestaltet werden kann, daß sie fruchtbringend ist, ohne Gärten mit sich zu bringen, denn nur in den Gemeinden kann individualisiert werden. Und schließlich kommt hinzu das historische Recht der Gemeinden, welche diese Steuer geschaffen haben, ihre Pioniere gewesen sind.

Kann ist ein Zuwachsteuergesetz in der von mir skizzierten Weise nicht zu erhalten. Wir ziehen uns daher auf etwas Bescheideneres zurück, und das ist der vor einem Jahre vorgelegte Regierungsentwurf; denn gegenüber dem Kommissionentwurf ist er durchgreifender, er kennt viel weniger Ausnahmsbestimmungen, ist klarer und bringt mehr ein. Wir haben daher im § 1 beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und werden ähnliche Anträge auch weiterhin stellen. Der § 1 der Regierungsvorlage steht turmhoch über der komplizierten

Kleines feuilleton.

Ratten. ... Dem Artikel des Kollegen St. über Hauptmanns „Ratten“, der so vollkommen richtig darlegte, warum das Stück keinen Erfolg hatte, brauchte nichts hinzugefügt zu werden. Weil aber doch hier und dort die „Frage“ aufgeworfen wurde, warum diese Tragikomödie eigentlich „Ratten“ heißt, da von Ratten in dem Stück selbst wenig oder gar nichts zu sehen ist, will ich anzudeuten versuchen, wo die Ratten dieses Abends waren. Ich kann es mir nicht erklären, warum die Kunstkritiker jetzt so tragisch verneinen, daß bei der Hauptmann-Premiere wirkliche Ratten zugegen waren. Um gleich damit anzufangen: der Saal war voll davon. Die Ratten sahen im Saal. Es war ein Premierenpublikum von Ratten mit Grad und weisem Schlipf, von deflorierten Rattenweibchen, von Ratten der Finanzwelt, von politischen Ratten, von Kunstkräften, von inoffiziellen Ratten, von deflorierten Ratten, von Ratten mit Titeln, von bummelnden, verlebten, ästhetischen, Exzeptions- und anderen Ratten. Es waren Ratten mit langen Schnurrbärten dort, junge Ratten, ergraute Ratten, Ratten, die einander fast alle kannten, Ratten aus demselben Nest. Diese Ratten betrachteten ein Stück „Ratten“ und fragten sich, wo die Ratten wären. Als aber der Dichter der „Ratten“ sich zum Schluß des Stückes zeigte, juchzten die Ratten außergeräuschlich, und besonders die inoffiziellen Ratten machten einen gewaltigen Lärm, um den „Ratten“-Dichter nochmal und noch einmal wieder vor der Rampe erscheinen zu sehen. Gleich mit einem Lächeln, selbst nicht ahnend, wie die Ratten im Saal, die Ratten, vor denen er sich verneigen gelernt hat, die Ratten, wofür er nach den „Webern“ weiter gebüdet, die Ratten, die ihm zu Tantiemen verholfen, die Ratten des mondainen Lebens, die Ratten des Ruhms und der Ehre, wie die nichts schonenden, alles unterwürfenden Ratten ihm die Kleidung von Körper und Seele gefressen, wie sie ihn mit dem Drohen ihrer Zähne langsam gezwungen, selbst eine Ratte unter den Ratten zu werden. Denn wenn der „Ratten“-Dichter so groß hätte aufhauen lernen, um das aufkommende Proletariat zu begreifen, wenn er mit seinem ursprünglichen Talent zu unterseiden gewußt hätte, wo er die neue Kunst bringen muß, dann würden seine „Ratten“ die Ratten der Gesellschaft, der heutigen Gesellschaft, die auf den Wechselläden freibühnenden Ratten, die parasitischen Ratten, die raubenden und freibühnenden Ratten, die an gesunden Menschenleben nagenden Ratten, die Ratten der Autorität, der Tradition derartig gegetzelt und gepeitscht haben, daß die „Ratten“ nie zur Aufführung gekommen wären. Jetzt war die einzige kleine Ratte auf der Bühne die Figur des „Griech Spitta, Kandidat der Theologie“, eine zahme weiße, im Käfig geborene, aus der Hand freigelassene, kleine Ratte, die einige dreißig, vierzig Jahre alte „revolutionäre“ Wrasen wiederholt und etwas mit dem Sozialismus zu tun haben will, weil dieser Spitta

eine Nacht auf einer Bank im Tiergarten schläft. ... Wie hätte Hauptmann die wirklichen Ratten angreifen können! Aber die Ratten haben Hauptmann zu Dreivierteln vernichtet. Die Ratten haben die Theaterdirektoren vernichtet. Die Ratten sind die Herren der Situation. Kurzum die Ratten haben immer noch den Tageserfolg. ... Heinz Sperber.

Theater.

Modernes Theater: „Das glückliche Gesicht“. Schauspiel von Ernst Gellke. Der Verfasser des „glücklichen Gesicht“, der zurzeit Direktor des Modernen Theaters ist, verfügt über einen Reichtum an langjähriger praktischer Erfahrung im Schauspiel — ein Kaleidoskop, in dem bei einigem Schütteln die bunten Glasstücke zu allen möglichen Variationen immer von neuem wieder zusammenfließen. Auch die Inzenerierung des Erfolges bei der Premiere zeigte Erfahrung. Der Welsch domierte nur so nach den Tischläschen und brach, wenn irgendwo eine beiseidene Pointe aufstach, auch mitten im Spiele los. Er war unwiderstehlich — wie das „glückliche Gesicht“. Als dessen Inhaber danktrotz macht, stehen ein paar reiche Kaufleute schon auf der Lauer, begierig, bei dieser günstigen Konjunktur den jungen Menschen als Schwiegerohn für sich zu lapern. Die Damen reihen sich um ihn. Indem er aus Versehen aber sich gleich mit Zweien verlobt, entgeht er den Gefahren einer Geldheirat und kriegt die netteste der Verehrerinnen, eine Quackhallerin, die er für Bettelarm hält, die aber hinter seinem Rücken rechtzeitig noch einen schönen Bagen erbt, zur Frau. Die Rolle wurde von Fräulein Reihner munter liebenswürdig gespielt. Herr Reuh, zugleich Regisseur, führte die Figur eines alten, betrautenden Junggesellen, eine Mischung von Jynifer und Gemütsmenschen, in dröcklich charakteristischer durch; mit den wunderlichen Kaufmannsläusen fanden sich die Herren Garrison und Pfanz geschickt ab.

Musik.

Vor 20 und mehr Jahren ging es in der Literatur hoch her mit dem Bestreben nach möglichst natürlicher Darlegung der Wirklichkeit, mit dem sogenannten Naturalismus. Auch die Oper bog um diese Ecke, und es kamen besonders die „neutralen“, „Verismen“, wie z. B. 1890 Mascagnis „Cavalleria rusticana“. Bald aber schlug Entgegengesetztes durch; man wurde phantastisch und kindlich. Im Jahre 1898 siegten die lieblichen Kindermelodien in „Hänsel und Gretel“ von Engelbert Humperdinck; und 1908 freuten oder ärgerten sich die Literaten über Hauptmanns „Verlurzene Glocke“.

Der Erfolg der „Verlurzenen“ hatte ersichtlich einen Anteil an der Entstehung und Verbreitung des „Musikmärchens“ von Ernst Rosmer: „Die Königskinder“, das 1897 zu München erfolgreich herauskam. Wenn prägte sich nicht schon das an Hauptmanns Lautendelein erinnernde erste glückliche Dasein der Gänse-

magd im Walde des Hellagebirges ein! Und dann kommt der Königskind mit seiner Krone, will die Magd mit sich nehmen, muß aber allein weiter; und die Hellabrunnen wollen eine Krone vergeblich und lassen sich prophezeien von dem, der zuerst durchs Tor kommen wird; und das ist die Gänsemagd. Aber die Hellabrunnen erkennen weder sie noch den zum Schweinehirt gewordenen Prinzen als die wirklichen Königskinder; und die müssen nun wandern, bis sie im Walde verhungern und erfrühen; und die Kinder Hellabrunns holen sie zum königlichen Begräbnis.

Humperdinck hatte zu den lyrischen Stellen des Dramas eine nur eben melodramatische Wurst geschrieben, die den „Sprechgesang“ möglichst genau bestimmen sollte. Später komponierte er den Text schlichter als Oper. Eben wurde die Neuheit in New York aufgeführt. Und jetzt erziehen sie auch am Sonnabend im königlichen Opernhaus.

Der Erfolg war „sehr freundlich“ und er wird aller Voraussicht nach sehr anhaltend sein.

Den billigen Wit, die Dichtung so zu „analysieren“, daß die undramatischen Stellen fliegen, erspart man sich lieber. Besser erinnert man sich des Dichtwortes von dem modernen Komponisten, der keinen C-dur-Dreiklang mehr hören kann, wenn nicht mindestens ein Fis dabei ist. Humperdinck „erlöst“ uns davon. Mit einem Dreiklangsmotiv von nahezu genialer Einfachheit zeichnet er die Königskinder-Stimmung, läßt das Orchester, das kaum über die ältere Zusammenfassung hinausgeht, in bald hellen und bald gedämpften Klangfarben um das Motiv herumspielen, bringt dazwischen entzückende „freistimmige“ Akkordwechsel, führt die Stimmung ohne viel Steigerung weiter, beim Schluß mit ein bißchen Moll-Dreiklang; und wäre sein Schaffen nicht so meisterhaft vornehm, so würde man den überflüssigen Schmuck, der einem im Munde bleibt, nicht so leicht überwinden können.

Wenn einmal die Sangeskräfte unserer Oper an der richtigen Stelle stehen, dann ist es allerdings eine Freude, die alte und die neue Garde beisammen zu sehen und ihrem künstlerisch vollendeten Gesangsandruck zu lauschen. Als die beiden Königskinder zeigten Herr Reichhoff und Fräulein Artôt de Padilla (die wir von der „Romischen“ her kennen), daß sie neben Älteren, wie besonders Frau Goeye, mit allen Ehren bestehen. So guten Gesang und so treffliches Spiel sollte man wahrlich auch weiteren Kreisen des Publikums gönnen.

Notizen.

— Ueber die Zukunft der verbesserten Frauenkleidung spricht Dienstag, den 17., abends 8 Uhr, im Bürgerkaas des Berliner Rathhauses Frau Schulte-Brand. Der Verein für Verbesserung der Frauenkleidung heißt Gäste dazu willkommen.

— Karl Schönherr, der Verfasser des in Wien und auch in anderen Städten mit Erfolg aufgeführten Dramas „Glaube und Heimat“, erhielt den Grillparzerpreis im Betrage von 5000 Kronen.

**Fassung der Kommission.** Der Kollege Marx wunderte sich, daß unter Antrag auch die kleinen Leute treffen soll, die nur 2000 M. Einkommen haben und die der Kommissionentwurf freilassen will. Der Kommissionentwurf zeigt aber deutlich den agrarischen Charakter. In agrarischen Kreisen ist es ja Mode, das Einkommen niedrig einzuschätzen, und sehr reiche Agrarier verstehen es, sich so einzuschätzen, daß sie unter der Einkommengrenze von 2000 M. bleiben, und noch mehr würden die Agrarier steuerfrei bleiben, wenn die Anträge angenommen werden, die Einkommengrenze für die Steuerfreiheit auf 3000 M. zu erhöhen. Die wirklich kleinen Leute bleiben schon nach der Bestimmung des § 20 steuerfrei, wonach Beträge bis zu 20 M. nicht erhoben werden, und wenn ein kleiner Mann durch besondere Umstände, einen Schulbau und dergleichen, einmal einen besonders großen Gewinn macht, so wird er die Steuer auch gern zahlen, ganz im Gegensatz zu den steuerreichen Agrariern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Auch die Ausnahmestimmung für die unbeweglichen Bergwerksanteile ist unzulässig, das Vergegenwärtigen darf nicht anders behandelt werden wie das andere Grundeigentum.

**Die agrarische Durchrechnung dieser Steuer enthält wieder das Spiel des schwarzblassen Blods.**

(Lärm rechts und im Zentrum, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dabei würde die Steuer sehr inkonsequent werden, wenn sie auch die Agrarier erfaßt. Seit 1903 ist der ländliche Grundbesitz infolge der Postgesetzgebung um nicht weniger als 33 Proz. im Werte gestiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsfinanzsekretär führte hier Beispiele an, wonach der Kommissionentwurf keine Steuer verlangt in Fällen, wo die Regierungsvorlage eine solche von 6000 M. erhebt. Neben den Agrariern werden auch die Terrainspekulanten vor den Mauern der großen Städte geschont. Belastet werden hauptsächlich die kleinen und mittleren Haus- und Villenbesitzer, die gar nicht daran denken, Spekulationsgeschäfte zu machen. Ganz ungehörlich zurückgesetzt erscheinen die Städte, statt 40 Proz. müßten sie mindestens 50 Proz., wenn nicht 60 Proz. des Ertrages erhalten.

Bedenken haben wir dagegen, daß der erhöhte Umsatzstempel noch drei Jahre aufrechterhalten werden soll; gedacht und versprochen war die Steuer ja als eine Erlaßsteuer für diesen Umsatzstempel. Daß Sie ihn jetzt aufrechterhalten wollen, beweist deutlich, daß Ihr Triumphgeschrei über die Erfolge der Reichsfinanzreform nur Schein und leerer Wahnsinn sind, es beweist, daß schon jetzt die

**Reichsfinanzreform banterott gemacht hat.** (Lebhafte Zustimmung links, Lachen rechts und im Zentrum.) Sie haben die Zuwachssteuer nötig, um den Etat zu balanzieren. Sie ist geradezu der Eckstein des Etats. Und dabei ist es noch fraglich, ob das Versprechen, den erhöhten Umsatzstempel nach drei Jahren aufzuheben, erfüllt werden wird. Es ist schon mandes versprochen, was nicht gehalten wurde. (Widerpruch rechts.) Ich erinnere nur an die Witwen- und Waisenversicherung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner wollen Sie den Ertrag der Steuer für die neue Heeresvorlage verwenden, und was etwa übrig bleibt, den armen Veteranen gewähren. Auch dagegen haben wir ernste Bedenken. Wie werden wir einwilligen, die Erträge der Steuer für die Heeresvorlage zu verwenden, auch nicht indirekt werden wir nur einen Pfennig bewilligen

**für den Militarismus, der das Unglück des deutschen Volkes, das Unglück aller Kulturvölker ist.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen Verschärfung der Veteranen im weitesten Umfange; die Männer, die heute als Veteranen herumlaufen und nitleiden, waren es ja, die 1870 in Frankreich mitgeholfen haben, die Grundlage zu schaffen, auf welcher der große Wertzuwachs entstehen konnte, darum haben Sie in erster Reihe einen Anspruch auf die Erträge aus dieser Steuer. Deshalb muß dem Entwurf ein Paragraph eingefügt werden, der deutlich bestimmt, daß das Geld in erster Linie den Veteranen gehört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und was etwa übrig bleibt, muß vermehrt werden, eine der indirekten Steuern zu beseitigen, die heute so schwer auf dem Volke lasten. Die Nationalliberalen wollten ja die Hundholzsteuer gern beseitigen, wenn sie Ertrag dafür hätten; hier zeigen wir Ihnen den Ertrag. Diese Verwendung des Geldes ist dringender als für eine Heeresvorlage, die keineswegs so notwendig erscheint.

Wir sind also überzeugte Anhänger einer gesunden, alle Schichten der Bevölkerung, vor allem die besitzenden Schichten, auch die besitzenden agrarischen Schichten fest ansparenden Zuwachssteuer. Machen Sie eine solche mit uns, so wird das Volk Sie auch einmal segnen. Wahrscheinlich werden Sie es ja nicht tun, aber wir werden alles daran setzen, es zu erreichen, und das Volk wird uns dafür seine Zustimmung geben. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Dr. Weber (natl.):** Der Herr Kollege Böhrer möchte die Reichwertzuwachssteuer einerseits zur Unterstützung der Veteranen, andererseits zur Beseitigung der Hundholzsteuer benutzen. Aber um beide Zwecke zu erfüllen, dazu reichen die Erträge der Wertzuwachssteuer nicht aus. Die Abschaffung der Hundholzsteuer auf Rechnung der Wertzuwachssteuer würde bedeuten, daß die Veteranen keinen Pfennig erhalten. — Wir sind prinzipiell für die Reichwertzuwachssteuer, verprechen uns aber von ihr nicht solche Wunderwirkungen wie die Bodenreformer. Der Reichsfinanzsekretär betrachtet die Vorlage unter dem — natürlich sehr berechtigten — Gesichtswinkel, daß sie ihm höhere Einnahmen verschaffen soll; wir haben daneben aber auch noch andere Gesichtspunkte ins Auge zu fassen. Durch die Wertzuwachssteuer werden bedeutsame Interessen in schwerwiegender Weise tangiert. Die kleinen Vergünstigungen, wie sie von der Kommission beschlossen worden sind, sollte Herr Böhrer dem Mittelstand doch gönnen. Wenn Graf Westarp ausdrücklich den Wunsch hegt, den Wertzuwachs gleichmäßig zur Steuerleistung für das Reich heranzuziehen, so mag er mit uns dem Gedanken einer Reichsvermögenssteuer näher treten. (Sehr wahr! links.) Der Reichsfinanzsekretär bedauert die Abschwächungsanträge. Aber man täusche sich nicht darüber: je drakonischer die Bestimmungen sind, desto lebhafter wird der Wunsch der Betroffenen sein, sich der Steuer zu entziehen; desto größer wird die Zahl der Scherereien, Kladderellen, Prozesse usw. sein. — Warum die Bundesstaaten von der Wertzuwachssteuer befreit sein sollen, ist wirklich nicht abzusehen. Wir begrüßen den Kommissionensbeschluss, der diese Befreiung beseitigt hat. — Den Anträgen, die eine weitere Differenzierung zugunsten der Bauunternehmer, der kleinen Landwirte, überhaupt des Mittelstandes bezwecken, stehen wir sympathisch gegenüber. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab, weil er nicht nur den unbedienten, sondern auch den verdienten Wertzuwachs treffen soll. Dem Mittelstand ist die Kommission genügend entgegen gekommen mit der Wertgrenze von 20 000 resp. 5000 M. und der Einkommensgrenze von 2000 M. für die Steuerfreiheit; wir halten daher die Anträge, die Grenzen auf 30 000, 10 000 und 3000 M. zu erhöhen, für überflüssig, wenn ihre Annahme uns auch nicht viel Kopfzerbrechen machen würde. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Guss (Sp.):** Den Satz im § 1, „der ohne Zutun des Eigentümers entfallen ist“ beantragen wir, so freilich, weil das keine klare Begriffsbestimmung für ein Steuergesetz ist. — Wie die Wertzuwachssteuer auf eine Verbilligung der Werten hinwirken soll, wie die Bodenreformer ständig behaupten, ist mir unerfindlich. Ob die Steuer abwählbar ist, hängt von den lokalen Verhältnissen ab, von Angebot und Nachfrage; am allerersten wird die Steuer von den Milchkühen abgewälzt werden, also gerade diese, die man treffen will, werden nicht getroffen. Die Terraingesellschaften freilich werden die Steuer nicht leicht abwälzen können; werden sie aber stark getroffen, so leidet die Bauwirtschaft, was keineswegs wünschenswert ist. Daher könnte ich als Kommunalpolitiker die Steuer nur annehmen, wenn der Etat nicht anders zu balanzieren wäre. Deswegen können wir auch nicht dafür

stimmen, daß der erhöhte Umsatzstempel neben der Zuwachssteuer weiter erhoben wird, die Kosten für die Heeresvermehrung werden sich auch anders aufbringen lassen. Ein weiteres Bedenken gegen das Gesetz ist, daß es sehr stark in die Autonomie der Gemeinden eingreift. Weiter stellt es eine erhebliche Mehrbelastung des Grundbesitzes dar. Fraglich erscheint uns, ob es nach der Verfassung überhaupt zulässig ist, daß das Reich Steuern vom Grundbesitz erhebt, nicht für seinen eigenen Bedarf, sondern um sie den Gemeinden zu überweisen, auch denen, welche diese Steuer gar nicht haben wollen. Die Konsequenz wäre, daß wir von Reich wegen überhaupt die Gemeindefinanzgebarung regeln. Die Gemeinden sind es, die auf diesem Gebiete experimentiert haben; jetzt soll ihnen die Möglichkeit genommen werden, durch weiteres Experimentieren die beste Form dieser Steuer festzustellen. Weiter ist die Steuer jetzt so gestaltet, daß der ländliche Grundbesitz geschont, der städtische belastet wird. Eine so ungerechte Verteilung der Lasten werden wir zu beseitigen suchen. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.  
Schluß 7/7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom Montag, den 10. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenke, v. Dallwig, v. Trotz zu Solz, Weseler, v. Schorlemer, Sydow.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten.

Die Wahl des Präsidenten erfolgt per Stimmzettel. — Es werden abgegeben 308 Stimmen, davon 301 für den Abgeordneten v. Kröcher (Bravo rechts), 3 Stimmzettel sind unbeschrieben, je eine Stimme entfiel auf den Abgeordneten Schwabach (natl.) (Heiterkeit) und auf den Abgeordneten Hoffmann (Soz.) (erneute Heiterkeit). Zum ersten Vizepräsidenten wird der Abgeordnete Dr. Forst (Sp.) zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Krause (natl.) durch Zuruf wiedergewählt. Ebenso werden die bisherigen Schriftführer durch Zuruf wiedergewählt. Hierauf wird die

### erste Lesung des Etats

fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Lenke: Herr Dr. Friedberg meinte, die Einstellung zur Einkommensteuer sei zu optimistisch gefärbt. Ich glaube ihn darin beruhigen zu können, daß diese Einstellung nach den bisherigen Steuerergebnissen aufgestellt ist. Wenn gesagt worden ist, unsere Finanzverhältnisse seien so günstig, daß die anfänglich der Beamtenbeförderungserhöhungen erfolgten Steuerzuschläge wieder rückgängig gemacht werden können, so möchte ich dem ernstlich entgegenreten. Wir haben noch immer 20 Millionen Fehlbetrag, und diese Zuschläge machen 60 Millionen Mark aus. Diese Steuerzuschläge sind auch nicht als vorübergehende anzusehen, sondern als dauernde. (Oh! links.) Nach meiner Erfahrung werden wir sie angeht die der immer wachsenden Aufgaben des Staates, vor allem auch der Kulturaufgaben, nicht mehr entbehren können.

**Abg. v. Jagdzewski (Vole):** Die Beschwerden des Herrn Abg. Dr. Friedberg über das Bestehen einer Parteiregierung in Preußen können wir Polen nur unterschreiben. Ein unhaltbarer Zustand ist es, daß der Bischofsstuhl in Breslau noch immer unbesetzt ist. Nebenher führt der weitere Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes gegenüber den Polen.

**Abg. Dr. Wiemer (Sp.):** Am bemerkenswertesten war bisher die Haltung des Zentrumredners. Der hat ein Friedenslied erklingen lassen: Seid umschlungen Konfessionen, diesen Ruh der ganzen Welt. (Heiterkeit.) Eine Ausschaltung der politischen Gegensätze, wie er sie auch wünschte, würde zu einem Aufgeben der eigenen Überzeugung führen. Wir sind doch hierhergekommen, die bestehenden politischen Gegensätze anzutreffen. Im übrigen bin ich mißtrauisch gegenüber den Friedensbetreibungen des Zentrums, denn sie pflegen von einseitig konfessionellen Ausfällen begleitet zu sein. Wie war es im Reichstag? Der erste Zentrumredner war auch sehr friedlich. Der zweite war grob und der dritte war Gröber. (Heiterkeit.) Wir denken nicht an einen neuen Kulturkampf, aber wir müssen den Staat und seine Einrichtungen schützen gegen Übergriffe der Kirche. Die Erfahrungen können uns nur bestärken in der Forderung nach Ersetzung der geistlichen Schulinspektoren durch staatliche. Wirklicher Frieden zwischen Staat und Kirche wird erst herbeigeführt werden können, wenn Staat und Kirche sich vollständig überworfen haben. (Sehr gut! links, Lachen im Zentrum.) Die Schule gehört nicht der Kirche, sondern dem Staate. (Bravo! links.) Die Volksschule leidet nicht, wie Herr Prashma meinte, an einem Mangel, sondern an Überflut von Religionsunterricht. (Sehr wahr! links.) Die Verdienste des Herrn v. Rheinbaben um die preussischen Finanzen erkennen auch wir an, schließlich hat er nach unserer Ansicht nicht gewirkt. Das Defizit von 20 Millionen ist nur ein formales Konstrukt. In Wirklichkeit schließt der Etat ohne Defizit ab. Die Ansicht des Herrn Finanzministers, daß die letzten Steuerzuschläge auf die Dauer bewilligt seien, teilen wir durchaus nicht. Sie sind nur bewilligt bis zu der geplanten organischen Neugestaltung der Steuern. (Sehr wahr! links.) Wir halten es für das richtigste, daß die Quote der Einkommensteuer nach dem Staatsbedarf alljährlich festgelegt wird. (Sehr richtig! links.) Der Aufforderung des Herrn v. Rappenstein, in die steuerlichen Verhältnisse überall mit allem Ernste hinein zu leuchten, wird die Regierung hoffentlich nachkommen. Die Landräte sollten von den Steuergeheimnissen befreit und durch technische Kräfte ersetzt werden. Das wird zur Herbeiführung einer gleichmäßig gerechten Steuereinschätzung in Stadt und Land beitragen. (Sehr richtig! links.) Für neue Orden werden einmal wieder 30 000 Mark gefordert. (Hört! hört! links.) Die Senatoren des neuen Kaiser-Wilhelm-Forschungsinstituts sollen goldgestickte Uniformen erhalten. (Heiterkeit links.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist die Hauptsache! All das beweist, wie bei uns Kennerlichkeiten überschätzt werden. Auf der anderen Seite empfiehlt man den Veteranen mehr Spartanesein, und diese Mahnung kommt noch dazu aus Kreisen, die sich Millionen an Liebesgaben bewilligen lassen. (Sehr gut! links.) Die Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter ist gewiß zu begrüßen, aber vielfach bleiben doch diese Löhne noch immer hinter den ortsüblichen Tagelöhnen zurück. (Hört! hört! links.) Die Forderung der inneren Kolonisation können auch wir nur wünschen; dazu gehört aber auch der Verkauf und die Anstellung von Staatsdomänen. (Sehr richtig! links.) Auch die Fideikomisse sind noch viel zu umfangreich, sie umfassen ein Fünftel des preussischen Landesbesitzes. (Hört! hört! links.) Die geplante Jugendpflege sollte sich auch auf die weibliche Jugend erstrecken, von jeder konfessionellen Sonderung muß dabei Abstand genommen werden. (Sehr richtig! links.) Ob der Gesetzesentwurf über die Feuerbestattung noch in dieser Session kommt, hat Herr v. Dallwig nicht gesagt. Die Regierung scheint auch in dieser Frage vor den reaktionären Strömungen zurückweichen zu wollen. — Was man bisher von der geplanten Verwaltungsreform hört, erfüllt uns mit schwerer Sorge. Sie scheint darauf hinauszuweisen, die Machtphäre der Landräte noch zu erweitern. Dagegen müßten wir entschiedensten Protest einlegen. (Bravo! links.) In Bezug auf die Abschrift und Einsichtnahme der Wählerlisten sollte der Minister den Landräten klare Anweisungen geben. Wie notwendig das ist, haben wieder die Erfahrungen in Labiau-Wehau bewiesen. Bei dieser Wahl sind auch wieder konservative Flugblätter durch das Kreisblatt verbreitet worden. Am unerträglichsten war der Überdrückungsversuch des Landrats bei Anderräumung des Stichwahltermins. (Sehr wahr! links.) Auf den noch schwebenden Wader-Prezess wird ich, wie der

Minister, nicht des längeren eingehen. Hätte Herr v. Wehmann Sollweg im Moabiter Prozeß ebenso gehandelt, hätte er sich die Desavouierung durch das Urteil erpart. (Sehr gut! links.) Der Prozeß Wader ist ein unerfreuliches Kulturbild. Wenn Wader sich auch zu einigen scharfen Worten hat hinreichend lassen, so hat er sich doch als Ehrenmann erwiesen. (Schallendes Gelächter rechts.) Sie sollten doch auch Verständnis haben dafür, wenn jemand mutig für seine Überzeugung eintritt. (Bravo! links.) Die Tatsache, daß wir eine konservative Parteiregierung haben, kann Herr v. Dallwig nicht bestreiten. Das hat das Schicksal der Wahlrechtsvorlage wieder klar bewiesen; über diese wichtige Aufgabe geht die Thronrede mit eisigen Schweigen hinweg. Wenn wir auf die Beseitigung der Gegensätze auf diesem Gebiete warten wollen, wird die Reform auf den St. Rimmerleinstag verschoben. Gerade in der Wahlrechtsfrage, die eine Nachtfrage ist, werden sich die Gegensätze eher verschärfen. (Sehr wahr! links.) Preußen ist die Vormacht im Reiche und soll es bleiben. Das wird aber nur gelingen, wenn es nicht verklümmert unter dem Druck reaktionärer Zustände, sondern wenn es fortschreitet, wenn es vorangeht auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit. (Lebhafte Bravo! links.)

Kultusminister v. Trotz zu Solz ergänzt seine Ausführungen vom Sonnabend über den Modernitätensind und die Stellung der Regierung zu den katholischen Fakultäten.

Minister des Innern v. Dallwig geht zunächst des näheren auf die geplante Verwaltungsreform ein. Auf die Beschwerden des Herrn Wiemer über die Vorgänge bei der Wahl in Labiau-Wehau werde er bei der Interpellation über den Wader-Prozess eingehen.

**Abg. Strödel (Soz.):**

Auch ich muß meinem äußersten Bekannten darüber Ausdruck geben, daß in der Thronrede kein Wort von der preussischen Wahlreform

enthalten ist, die doch im Jahre 1900 von der Thronrede als wichtigste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet wurde. Man will offenbar zunächst das Ergebnis der Reichstagswahlen abwarten und den Eindruck, den dies auf die Spitze einzelner Parteien ausüben wird. Das steht so aus, als ob die Regierung, wenn die Reichstagswahlen den oppositionellen Parteien einen starken Erfolg bringen, dann das Wahlrecht entsprechend demokratisch gestalten wolle. Aber das anzunehmen, wäre sehr naiv. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hofft vielmehr darauf, daß der Ausfall der Reichstagswahlen gewisse Kreise, die sich liberal nennen, aber es nicht sind, geneigt machen wird, zusammen mit der Rechten anstatt einer wirklichen Wahlreform eine armselige Scheinreform wie die zuletzt vorgelegte, anzunehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den Eliaß-Verhörern gibt man das allgemeine und geheime Wahlrecht. Was den Reichslandern recht ist, sollte aber den Preußen längst billig sein. Das preussische Volk verlangt nicht nur das geheime und gleiche Wahlrecht, es verlangt vor allem auch eine Neueinteilung der Wahlkreise. Die heutige Einteilung ist geradezu ein Skandal. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung die ernste Absicht hätte, eine Wahlreform durchzuführen, so hätte sie den Landtag auflösen sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn unter der Parole der Wahlreform die Rewahlen aufgeschrieben wären, und wenn dann die landräuliche Wahlbeeinflussung ausgeschaltet wäre, so wären wahrscheinlich die Landtagswahlen trotz des Dreiklassenwahlrechts etwas anders ausgefallen als bisher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Parteien mit Ausnahme der freisinnigen Volkspartei haben der Regierung ihre volksfeindliche Haltung in dieser Frage außerordentlich leicht gemacht.

Herr Friedberg hat kein Wort von einer Neueinteilung der Wahlkreise gesprochen, hat nicht einmal eine Abschwächung des Dreiklassenwahlrechts gefordert, sondern nur das direkte Wahlrecht, das die Regierung selbst angeboten hat, und das geheim, für das sogar die Konservativen zu haben sind. Ueberhaupt war die Rede des Herrn Friedberg typisch nationalliberal. Am schärfsten war er in der Kritik des Falles der galizischen Dienstadt, die, wie er genau wußte, bei der Regierung kein Mißfallen erregen würde. Bei der Kritik des Falles Wader wurde er schon viel vorsichtiger und bei der Kritik des Moabiter Prozesses hat er seinen gewohnten Scharfmacherton wieder gefunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen würden ja so gern mit der Rechten teufelsmächlich, wenn es das Zentrum nicht schon täte. Aber sie sind demnach bescheiden, daß sie sich schließlich wohl auch mit einer Triole begnügen werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Immerhin erwähnte Herr Friedberg wenigstens die Wahlrechtsvorlage, aber der Redner des Zentrums sprach von dem Wahlrecht auch nicht mit einer einzigen Silbe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wundert uns von dem Grafen Prashma persönlich nicht, wir wissen ja, daß er zu den Mitgliedern des Zentrums gehört, die seinerzeit den Wahlrechtsantrag nicht unterzeichnen wollten. Es ist aber bezeichnend, daß das Zentrum gerade diesen Herrn zu seinem Fraktionsredner gemacht hat. Er hat aus seinem reaktionären Scharfmachertönen keine Würdegrube gemacht. Die Wahlrechtsfrage ist für das Zentrum eben keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage, die es unter dem Gesichtspunkt betrachtet, was eine solche Reform dem Zentrum nützen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen hat das Zentrum betänlichlich gegen die direkte Wahl gestimmt und auch gegen die geheime Wahl der Wahlmänner und gegen eine Wahlrechtsveränderung, wie sie sogar von den Nationalliberalen beantragt wurde. Das Zentrum wollte den Konservativen damit einen Liebesdienst leisten.

Die agrarische Volksverdummung liegt dem Zentrum ebenso wie den Konservativen am Herzen. Es will ja nicht nur die Volksschule unter die Vormherrschaft der Kirche stellen, sondern auch die Fortbildungsschule. Es gibt überhaupt nichts Wandelbarer als die Grundfälle des Zentrums, abgesehen von seinen reaktionären Grundfällen. Bezeichnend dafür ist, daß Herr Martin Spahn, der sich gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen hat, trotzdem in die Zentrumsfraktion aufgenommen worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Jagd auf die polnischen Kaninchen ist Herr Martin Spahn ganz im Gegenlag der sonstigen Haltung des Zentrums bereit, mitzumachen. Ueber Luther urteilt er zum Beispiel: „Unbeschreiblicher Jubel durchbrauste bei der Kunde seiner Mähnen Tat das ganze Land.“ Wenn Herr Martin Spahn trotzdem in die Zentrumsfraktion aufgenommen wurde, so eben nur aus dem Grunde, weil das Zentrum, wie er, reaktionär bis auf die Knochen ist.

Wenn auch nicht von der Wahlreform, so ist doch in der Thronrede von der

### Förderung der Jugendpflege

die Rede. Worauf das abzielt, wissen wir. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um die geistige Anebelung der proletarischen Jugend. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sprechen von Wohlfahrts- und Bildungsbeförderungen und in Wirklichkeit sind Sie die ärgsten Feinde der wirklichen Bildung. Die Volksschule in allen katholischen Ländern ist in ihrem verwahrlohten Zustande ein Beweis dafür. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Junkerparole ist für Sie bei Ihrer sogenannten Jugendfürsorge maßgebend. Es soll der Jugend Kloppele vor der hohen Obrigkeit beigegeben werden. Glauben Sie denn wirklich damit Erfolg zu haben? (Zuruf rechts: Abwarten!) Was haben nicht schon die bestehenden katholischen und protestantischen Jugendorganisationen versucht, und deren Zahl ist Legion, aber bedauerlicherweise für Sie, erfreulicherweise für uns sind diese Organisationen nicht inslande gewesen, den Zustrom der Jugend zur Sozialdemokratie zu hindern und deshalb soll jetzt der Staat eingreifen. Weil die idealen, materiellen und geistigen Mittel nicht anreichern, weil Sie bankrott geworden sind, deshalb soll der Staat jetzt einreten für Sie, für die Vantrotteure. (Sehr richtig! bei den

Sozialdemokraten.) In einer Schrift des Ultramontanen Dr. Biper über Jugendfürsorge wird unter anderem direkt verlangt, daß die Jugend durch die

#### Lehrherren und Jungensbestimmungen

zum Besuche des konfessionellen Jugendvereins verpflichtet werden sollen. Das ist der moralische Zwang, den Sie ausüben sollen, aber Sie versuchen es auch mit unmoralischem. Die preussischen Staatsbehörden, die ja immer gleich bereit sind, alles Reaktionsäre zu unterstützen, haben sich nicht bitten lassen, den konfessionellen Jugendzweig zu unterstützen. 1901 erging eine Regierungsverordnung, 1906 erließ der Kultusminister Stadt eine Verfügung an die königlichen Regierungen, worin es hieß, daß die Jugend in den Fortbildungsschulen für ihre Bestimmung in der bürgerlichen Gesellschaft zu erziehen sei — das heißt, daß sie die Rechtlosigkeit als Staatsbürger und die Ausbeutung durch die Unternehmer bereitwillig ertragen. 1909 kam ein neuer Erlass der Regierung heraus, worin gesagt ist, daß die Fortbildungsschule besteht sein müßte, auch außerhalb der Schulstunden die Jugend in dieser Weise zu beeinflussen. Es versteht sich von selbst, daß wir gegen diese Summe stimmen werden, wir erheben aber auch den allerhöchsten Protest gegen einen solchen

#### Mißbrauch von Staatsgeldern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie es übrigens an den konfessionellen Jugendzweig, der jetzt von Staatswegen unterstützt werden soll, gefehlt ist, beweist die vor kurzem veröffentlichte Liste von Theaterstücken, die von rheinischen, katholischen Jugendvereinen aufgeführt worden sind. Redner verliest eine Liste unsäglich alberne Schwänze. — Abg. Hoffmann (Soz.): Diese Dramen gehören in die Ausstellung für Schundliteratur! — Der Redner verliest ein ordinäres Gedicht, das in einer ultramontanen Jugendorganisation zu Köln girkuliert. — Das wird von der Jugendorganisation des Zentrums der Jugend beigebracht, und für diese „Vollbildung“ sollen wir eine Million bewilligen. Es ist ein Zeichen des schlechten Gewissens, wenn Sie nun auf Staatskosten solche Bildung ins Volk pflanzen wollen. Gerade Sie auf der Rechten, die von dem sozialdemokratischen Jugendzustand sprechen, Sie wollen durch diese Organisation

#### einen Jugendzustand

einrichten. Der junge Mann, der aus der Schule kommt, soll gleich in diese Organisation hineingesteckt werden, wo die Jugend ihren Klasseninteressen entfremdet werden soll, selbst ihren Eltern und nächsten Angehörigen! (Lachen rechts.) Sie werden doch ohne weiteres zugeben, daß die Eltern der jungen Arbeiter, daß die weiteme große Mehrheit des deutschen und preussischen Volkes der Sozialdemokratie angehört! (Lachen und Widerspruch rechts.) Wir lehnen diesen Posten ab, er wird ja wahrscheinlich doch angenommen werden. (Sehr richtig! rechts.) Konserbativen und Zentrum haben sich alle befreit dafür ausgesprochen, und der Embryo dafür war ja auch schon vorhanden in der Zentralkasse für Volkswohlfahrt, die von dem Freiherrn v. Reddy so sehr geliebt und dadurch auch schon als reaktionäre Gründung gekennzeichnet worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf.) Ich weiß nicht, ob man die Nationalliberalen rechnen soll zu den Amphibien oder zu einer anderen Spezies. Sie schnappen bisweilen in liberaler Luft, aber sie fühlen sich auch in dem reaktionären Morast wohl. (Weiterkeit.)

Präsident v. Arndt: Ich bitte, von Mitgliedern dieses Hauses nicht in dieser Weise zu sprechen. (Erneute Weiterkeit.)

Abg. Strödel (fortfahrend): Versuchen Sie es ruhig mit der Zwangsverziehung, mit der Anhebung der Arbeiterklasse. Fahren Sie nur so fort! Die Jugend wird trotz alledem zur Sozialdemokratie kommen! (Widerspruch rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Thronrede fehlte völlig der Hinweis auf die Reform der direkten Steuern. Auch wir verlangen natürlich diese Reform, die Zuschläge sind ja nur ein Provisorium. Wir verlangen, daß die Zuschläge für niedere Einkommen vollständig beseitigt werden. Als die Zuschläge eingeführt wurden, hatte ja sogar die Regierung gefordert, daß die Zuschläge erst bei 300 M. beginnen sollen, aber die Mehrheit hat das Gesetz so gefasst, daß die Zuschläge schon bei 1200 M. beginnen. Wenn wir für die Aufhebung der Unterbeamten eingetreten sind, blieb es immer — es fehlt und ja die Deduktion. Man sieht die Absicht, weshalb keine Steuerreform gemacht wird. So relativ günstig momentan die preussischen Finanzen sind, so teile ich nicht die Auffassung des Abgeordneten Dr. Friedberg, daß Steuererhöhungen überflüssig sein werden. Es kann sehr wohl ein Zeitpunkt kommen, wo das Reich höhere Ansprüche an Preußen stellt. Die Reichsfinanzen bieten auch nur dank außerordentlicher geschickter Freierhaltung ein günstiges Bild, in Wirklichkeit besteht ein Defizit im Reich von 220 Millionen und noch Abzug des Währungsregulatives von 100 Millionen. Man wollte verdecken, daß nächsten wieder neue Steuern notwendig sein werden, daß man wiederum eine neue Volkswirtschaft durch indirekte Steuern plant. Freilich wagt es niemand schon jetzt, in dieser Zeit der ungeheuerlichen Teuerung abermals mit Konsumsteuern hervorzutreten; obgleich die Fleischnot außerst empfindlich ist, tut auch das Zentrum nichts, damit das Volk billiges Fleisch erhält. Das Zentrum hat sich ja den Agrariern mit Haut und Haar verschrieben. Es ist bewiesen, daß die Vorteile des durch die Hölle ermöglichten Fleischwanders hauptsächlich den Großgrundbesitzern zugute kommen. Die Preissteigerung der Güter ist eine enorme, am stärksten aber ist sie bei den Gütern über hundert Hektar, also beim Großgrundbesitz. Es ist gar nicht wahr, wie behauptet wird, daß die Agrarölle den Landproletariern zugute kommen. Gerade innerhalb der Landbevölkerung hat sich dieselbe Entwicklung gezeigt, wie innerhalb der Industrie. Die Zahl der ländlichen Bevölkerung ist von 1895 bis 1907 zurückgegangen von 18,5 auf 17,7 Millionen, gleichzeitig ist aber auch die Zahl der Unselbständigen stark gestiegen. Dies beweist sogar die gewiß unverdächtige, weil von der Zentralkasse für Volkswohlfahrt herausgegebene Schrift eines Arztes Dr. Kaup. Außerdem hat sich nach dieser Schrift das militärische Tauglichkeitsverhältnis auf dem Lande vermindert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich doch, daß die Kriegsgewinne des agrarischen Fleisches und Vrotwanders nicht Vorteile für die Massen der landwirtschaftlichen Bevölkerung bringen wie Sie immer behaupten, sondern daß es den Landproletariern schlecht geht, daß sie keinen Vorteil von diesen Hölle haben. (Widerspruch rechts.) Daß es den Landproletariern schlecht geht, das wissen Sie ja selbst, sonst würden Sie ihnen ja das Koalitionsrecht einräumen. (Sehr laut! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie fürchten eben, daß die Landarbeiter Gebrauch davon machen würden, um sich eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen. Sogar die Zuschläge eines Landarbeiters an die landwirtschaftliche Beilage der ultramontanen „Augsburger Postzeitung“ schildert eindrucksvoll das Elend der Dienstboten, es heißt dort: „Der Verdienst beträgt wöchentlich 6—7 M. und noch weniger. Der Dienstbote wird heute nur als notwendiges Uebel betrachtet und als Maschine.“ So schreibt ein katholischer Arbeiter in einem katholischen Blatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie erst durch durch den Fleischwucher das häßliche und industrielle Proletariat geschädigt wird, das werden Sie ja gewiß nicht bestreiten können. Die Enquete des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1909, die sich nur auf qualifizierte, also besser restierte Arbeiter, mit einem Einkommen von 1800 bis 2000 Mark bezog, hat einen

#### Fleischverbrauch von 60 bis 80 Gramm

pro Tag ergeben, obgleich doch ein tägliches Fleischquantum von 180 Gramm wissenschaftlich als richtig und nötig erachtet wird. So lange die Arbeiterbevölkerung gar nicht in der Lage ist, mehr als 60 oder 80 Gramm Fleisch konsumieren zu können, so lange muß die ultramontane und konservative Befürchtung, als ob sich die Arbeiter einem zu großen Fleischkonsum hingeben könnten, und die Rückschlüsse von dieser Seite, doch andere als Fleischmangel zu ge-

niesen, von den Arbeitern als Verhöhnung empfunden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern ferner energisch eine durchgreifende Aufbesserung der Löhne der Staatsarbeiter. Gewiß, es hört sich großartig an, wenn man sagt, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter um 7 Millionen Mark erhöht worden seien. Aber das verteilt sich doch auf weit über 300 000 Arbeiter! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Berliner Universitätsfeier ist Mitteilung gemacht worden, von dem neuen Fonds zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsinstitute. Ich halte eine solche Fondsbildung von Kammergnaden für überaus gefährlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Wissenschaft ist heute leider schon allzu sehr dem Kaiser Mammon unterworfen. Ein Staat, der Anspruch darauf erhebt, ein Kulturstaat zu sein, muß solche Mittel aufbringen können. Sonst ist er eben kein Kulturstaat. Ich kann die Tatsache, daß solche Institute von privater Seite ausgehalten werden müssen, nur als einen

#### Schandfleck für die deutsche Kultur

bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Die „Köln. Volkszeitung“ schrieb kürzlich, daß die amerikanischen Multimillionäre gierige und hartnäckige Ausbeuter seien, daß sie mit ihren Schenkungen selbstsüchtige Zwecke verknüpften und daß eine größere anonyme Schenkung zwischen New York und San Francisco nicht vorkomme. Das sagt ein Zentrumblatt vom amerikanischen Kapitalismus und dessen durchsichtigen Schenkungen. — Wir protestieren dagegen, daß ein solches System der Korruption in Preußen einbürgerung finde. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zum Becker-Prozess. Er beweist, was sich ein königlich preussischer Landrat alles herausnimmt. Es ist bewiesen, daß er das liberale Blatt ein Schweineblatt genannt hat und daß Gastwirte, die ihr Lokal für liberale Versammlungen zur Verfügung stellten, systematisch boykottiert worden sind. Das tollste, was sich bei diesem Prozess ergeben hat, ist bis jetzt noch nicht erwähnt worden, nämlich daß zwei Mitglieder des Kreis-ausschusses folgendes erklärt haben: bei der Konfessionsverteilung werde selbstverständlich nach der politischen Gesinnung des Gastwirts nicht gefragt, sondern man halte sich streng an die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Eine Ausnahme würde nur gemacht bei Sozialdemokraten. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Diese Leute halten es also für ganz in der Ordnung, daß gegenüber Sozialdemokraten das Gesetz mit Füßen getreten wird. Von einem Lokal behauptete der Landrat des Kreises Grimmen, es verkehre dort nur mindertwertiges Publikum, Maurer, Zimmerer und Schiffer. Also christliche deutsche Arbeiter werden von einem königlich preussischen Landrat für minderwertig erklärt, nur weil sie Arbeiter sind, und es darf in dem Lokal, in dem dieses minderwertige Publikum verkehrt, keine Militärkapelle spielen. (Hört! hört! links.) Es muß denn doch gesagt werden: der preussische Staat würde nicht leiden, wenn alle Landräte aus ihm verschwinden würden. Aber es würde schlimm um den preussischen Staat, wenn es diese minderwertigen Zimmerer, Maurer und Schiffer nicht gäbe. (Sehr richtig! links.) Von einem anderen Landrat haben wir ja dieser Tage eine höchst interessante Rede gehört. Er sprach von der gräßlichen Bewegung, die alles umfließen wolle, und lobte das stramme Regiment des Kaisers. Die Königsberger Rede nannte er großartig und rationeller über die jungen Leute und die unverschämten und lämmelhaften Bengels. Bengel scheint ja ein Lieblingsausdruck der Herren auf der Rechten zu sein. Wir wollen, daß dem selbstherrlichen Regiment von der Gottähnlichkeit der preussischen Landräte ein Ende gemacht werde. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme zum Moabiter Prozess. (Abg. Rufe rechts.) Die Moabiter Vorgänge waren ja ein gesundes Fressen für die Scharfmacherpresse. Sie hat in jenen Tagen gelogen, daß sich die Balken bogen, unterstützt von der polizeiförmigen Verichterhaltung. Es ist bedauerlich, daß den Beamten nicht gestattet worden ist, darüber auszusagen, wie weit sich die Polizei an der Verdichterhaltung beteiligt hat. Vielleicht erforschen wir das bei dem Prozess gegen den „Vorwärts“. Was wurde gelogen über den Sturm auf die Reformationskirche und die Verwundung des Alars. Alles Schwindel. Nur ein paar Fenster scheiben sind zerbrochen worden. Solchen Schwindel der Konserbativen sind wir ja gewöhnt. Das ist dieselbe konservative Ehrlichkeit, die ein Flugblatt lagen ließ: Freisinnige und Sozialdemokraten sind daran schuld, daß die Streichhölzer und der Kaffee teurer geworden sind. Das ist auch konservative Wahrheitsliebe! Ist sie bei den Steuerdeklarationen ebenso groß? Auch das Mitglied dieses Hauses, Herr v. Richterhofen, ist ja der Steuerhinterziehung beschuldigt worden. Ich enthalte mich jedes Urteils darüber, ob die Anklage berechtigt ist und erwarte nur, daß Herr v. Richterhofen durch ein öffentliches Gerichtsverfahren vor aller Welt nachweisen wird, daß kein Grund zu der Beschuldigung vorliegt. — Die reaktionäre Presse hat weiter behauptet, daß Pastor Schwedel gemißhandelt worden sei. Das ist wiederum frecher Schwindel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Pastor Schwedel nicht ein Haar gekrümmt worden, auch die Tür seines Hauses ist in keiner Weise beschädigt worden. Aber insbesondere die amtlich subventionierten Kreisblätter haben eine

#### wahre Schinderhannesphantasie

in der Schilderung angeleglicher Moabiter Vorfälle entwickelt. Da liest man, wie Herr v. Jagow an der Spitze der Polizeibehörde Sturm geritten habe gegen die aufrührerische Menge und dabei in ein Kreuzfeuer geraten sei. All das ist aufgelegter Schwindel. Es fehlt nur noch, daß auf dem Lande kinematographische Vorstellungen dieser Art verbreitet werden und daß die Erläuterungen dazu Herr v. Oldenburg-Januschan gibt. (Weiterkeit.) Man wollte eben auf diese Weise für die Reichstagswahlen Stimmung machen, die Regierung ausputzen gegen die Arbeiter, sie geneigt machen zu Ausnahmemaßnahmen, wie sie ja auch Herr v. Heydebrand im Reichstage verlangt hat. Die Arbeiter, die die Hauptlasten der Steuern zu tragen haben, die unter dem Brot- und Fleischwucher am schwersten leiden, sollen nicht einmal durch ihre Organisation ihre Klagen verhehren können. Hat doch Herr Bued es offen ausgesprochen: die

#### Gewerkschaften sollen vernichtet und zertrümmert

werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch daran, daß Herr v. Oldenburg verlangt hat, man möge den gordischen Knoten mit dem Schwerte durchschlagen, also auch eine Auf-forderung zur nackten Gewalt. Die Haltung der ganzen Scharfmacherpresse beweist, wie sie förmlich nach Bürgerblut gelehrt hat. (Lachen rechts.) So schrieb die „Deutsche Tageszeitung“, es sei unerhört, daß nicht sofort wirksame Abwendung mit der Waffe erfolgt sei, die Obrigkeit solle das Schwert nicht unumstößlich tragen. Nun, die Prozessverhandlungen haben doch bewiesen, daß von dem Polizeisäbel und Gummistülpel ausgiebig Gebrauch gemacht worden ist und es gehört wirklich eine Scharfrichterphantasie dazu, um noch schärferes Eingreifen zu verlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die „Post“ hat sogar Eröffnung eines Schnellfahrens auf die Menge verlangt, heißt das nicht nach Bürgerblut lechzen? Und die „Germania“ hat rücksichtslosere Einsichten gegen den sozialistisch verfaulenden Mob verlangt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Pappenheim aber hat es fertig gebracht, trotz der Ergebnisse des Prozesses der Polizei das vollste Vertrauen auszusprechen. Er sagte, die Polizei hat ihre Pflicht erfüllt, wie wir es von ihr erwartet haben. Sie haben also gewünscht und erwartet, daß die Polizei mit dem Säbel und Knüttel einhandeln werde, wie sie es getan hat. Dies Zugeständnis des Scharfmachertums genügt uns. Man hat die Moabiter Vorgänge eine Vorübung zur Revolution genannt und hat davon gesprochen, daß die Parteilichkeit die Gewerkschaftsleitung die Drahtzieher seien. Als die Beschuldigungen zusammenbrachen, sprach man von einer moralischen Verantwortung der Partei. Nun, das Urteil der Lieber-

Kammer enthält kein Wort davon, und nachdem von der Staatsanwaltschaft dies Moment in den Prozess hinein gezogen war, wäre es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Gerichts gewesen, in dem Urteil etwas über die moralische Schuld der Sozialdemokratie zu sagen, wenn das Gericht der Meinung gewesen wäre, daß auch nur ein Atom einer solchen moralischen Mitschuld festgestellt worden sei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch das Urteil ist also auch Herr v. Bethmann Hollweg vollständig desaboniert worden.

Der Ministerpräsident hat auch in sich erhebendes Ver-fahren eingegriffen. Vor allem aber bedeutet der nachher erfolgte Erdboden für die Polizei eine Beeinträchtigung der Richter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Verteidiger, der im Prozess davon gesprochen hat, daß die Beamten in den Uniformen der Polizeibeamten durch solche Orden nicht zugehört werden können, hat den Nagel an den Kopf getroffen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Herren scheinen der Ansicht zu sein, daß die Bewohner von Proletarierteilern rechtlos und vogelfrei wären, wenn uniformierte Rowdies ohne Rücksicht auf gerichtliche Feststellungen von dieser Seite ausgezeichnet werden. Wir erheben im Interesse der Ehre und des Ansehens des Staates, das uns vor allem am Herzen liegt, schärfsten Protest gegen ein solches Verfahren. Mit Rücksicht auf unsere Agitation könnte es uns ja nur recht sein. Gerade die Aus-sagen von Königstreuen und gutbürgerlichen Leuten im Moabiter Prozess haben bewiesen, daß die Polizeigenossen auch die loyalsten Leute mit Empörung und Abscheu erfüllt haben. Die Lieber-Kammer hat den Herrn Ministerpräsidenten auch noch darin desavouiert, daß sie festgestellt hat, es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten, sondern solche Ueber-griffe sind in größerer Zahl vorgekommen und besonders viel-fach sind grundlose Verleumdungen und Beschimpfungen seitens der Polizeibeamten verübt worden. Diese Feststellung des Gerichts weigt wohl etwas schmerzlicher als die Ansicht des Herrn v. Pappenheim und des Herrn v. Bethmann. Man müßte Herrn v. Bethmann Hollweg nicht bloß für einen Stoiler, sondern auch für einen Ignoranten halten, wenn man annehmen wollte, daß er jetzt sein Urteil nicht einer Revision unterziehen würde. Ich erwarte, daß der Herr Ministerpräsident an dieser Stelle erklären wird, daß er sich geirrt hat. Die Feststellung des Urteils, daß die Schulleute ihre Ausfahrungen nicht aus Lust an Roheit verübt haben, mag im allgemeinen richtig sein. Wenn es aber im Urteil heißt, die Schulleute hätten Exzesse verübt, weil sie durch die Aufregungen nervös geworden seien, so ist das nicht richtig. Die Hauptschuld trägt die scharfmacherische Presse, durch die sie in einen Zaum finstler Wut geraten sind, in der man ihnen eingeredet hat, es handle sich um eine Revolution. (Sehr wahr! bei den Soz.) An der Scharfmacherpresse von den Konservativen, bis zum Zentrum und den Nationalliberalen haftet also

#### unbillbare Vintzschuld.

Der „Vorwärts“ rechnet es sich zur Ehre an, daß er die einzige Tageszeitung war, die diese Lügen entlarvt hat. Alle seine Aus-fahrungen sind durch Gerichtsverhandlungen glänzend bestätigt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihm gebührt das Verdienst, die Schreckenstaten der Polizei an den Pranger gestellt zu haben.

An den ersten Zusammenstößen in Moabit tragen auch die Arbeitwilligen einen großen Teil der Schuld (Lachen rechts), vor allem die Dinge-Garde, die ja auch das Gerichtsamt als aben-teuerliche Elemente bezeichnet.

Die Anklageschrift des Staatsanwalts ist geradezu klassisch und so abgefaßt, als ob ihr Urheber

#### Herr Stinnes selbst

sei. Es heißt darin, daß die Forderungen der Streikenden nicht hätten bewilligt werden können. Und doch hat gerade ein Mann wie Stinnes sein Vermögen seit 1897 von 9 Millionen auf 30 Millionen erhöht. Und solche Vermögen sind ein politischer Faktor von un-gemeiner Bedeutung. Sie verbinden sich mit der Bureaukratie, mit der Presse, der Kirche und mit den bürgerlichen Parteien, sie handeln mit Baumwolle, Religion und Patriotismus und eben, wie Moabit beweist, einen un-beheimlichen Einfluß aus. Auch die Kirche ist nicht freizusprechen von Schuld; denn sie entartet zur Dienerin der herrschenden Klasse. Auf der Seite der Arbeiter-schaft ist die Kirche nie gestanden. (Hört! hört! links.) Die reaktionäre Kirche leistet dem reaktionären Staat treue Dienste. So schreibt ein Pastor. (Hört! hört! links.) Wir würden auch in Preußen wie in Amerika und England sozialdemokratische Geistliche haben, aber „wer nicht pariert, der fliegt“. Daß aber die Kirche zur Dienerin der herrschenden Klasse geworden und daß die Kirche nicht auf Seiten der Arbeiterschaft steht, beweist ein Ausspruch von autoritativer ultra-montaner Seite, vom Bischof Jenke von Regens-burg, der im Parlament ein Wort des Apostel Paulus zitierte: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben, und die „Historisch-politischen Blätter“, ein ultramontanes Organ, geben dem Bischof recht, indem sie ausführen, daß die soziale Frage im Urchristentum niemals eine Rolle gespielt habe. Das ist ein Eingeständnis, von dem wir mit Vergnügen Notiz nehmen. Und wo sind die Geistlichen der wesen, die Einspruch erhoben haben gegen das Vorgehen der Polizei gegen die wehrlose Bevölkerung in Moabit. (Gelächter rechts.) Die Geistlichen haben sich nicht geirrt. Bei kolonialen Bestialitäten, bei Kriegen erhebt sich kein Geistlicher, auch nicht gegen die Steuerausplünderung in Massen. Sie rühren keinen Finger, um die Lage der Arbeiter verbessern zu helfen. (Widerspruch rechts.) Daß es eine Tatsache ist, daß sich bei den Massen gegen sie gebildet hat, selbst ehrlich verdient hat, und wenn uns vorgeworfen wird, daß wir gegen Kirche und Geistliche gebässig vorgehen, so halten wir dem entgegen, daß wir nur Tatsachen feststellen. Das ist nicht gehässig. Wohl aber wird auf anderer Seite die Sozialdemokratie von der Geistlichkeit und der Kirche naheliegender Seite aufs allerheftigste angegriffen. So schreibt der Pastor v. Bodelschwing in den Blättern des Gustav-Adolf-Vereins von dem „satanischen Treiben der Sozialdemo-kratie“. Und verübt es nicht ungläubliche Stupidität, wenn ein Organ, wie der „Bayerische Bauer“, ein Zentrumsgan, schreibt: Wurschen, die lehren, daß es keinen Gott gibt, und beweisen wollen, daß der Mensch vom Affen abstammt, sollte man überhaupt töpfen. (Zurufe rechts.)

Es ist auch bekundet worden im Moabiter Prozess, daß

#### Lodspiegel

ihre Hände im Werk hatten. Es ist unrichtig, wenn von rechts-stehenden Blättern behauptet wurde, das Gericht hätte dies nicht konstatiert. Das Gericht sagte: Die Frage der Lodspiegel sei nicht hinreichend aufgeklärt worden. Eine Reihe von Zeugen belundete aber, daß tatsächlich polizeiliche Beamte sich in einer Weise benommen haben, die einen Schluss auf Lodspiegel zulassen. Bedauerlich ist nur, daß die polizeilichen Organe in dem Momente, wo ihre Aussage von Wert wäre, nicht auszusagen dürfen. Jedesmal, wenn so ein Lodspiegel entlarvt werden soll, erklärt der Polizeibe-amte: Wir können nicht aussagen. Und so muß ein solcher Prozess als eine Farce bezeichnet werden. (Zurufe: Sind etwa Ihre Zeugen ganz zuverlässig?) Glauben Sie, daß unsere Zeugen Meineide leisten? (Sehr richtig! links.)

Das Zentrum sollte doch wissen, daß das Lodspiegelum bei Unruhen immer eine gewisse Rolle spielt; hat doch Herr Wagem selbst mitgeteilt, daß Lodspiegel unter einer friedlich demonstrierenden Menge sich befunden hätten. Der spätere Ber-liner Polizeidirektor v. Reerscheidt v. Hülfessem ist ja noch Wagem als Lodspiegel bei ähnlichen Anlässen tätig ge-wesen. Die Herren von der Rechten behaupten immer, daß die kirchliche und religiöse Erziehung das beste Mittel gegen die Verrohung der Jugend sei. Die Kriminalstatistik zeigt aber, daß gerade die Katholiken, denen doch eine religiöse Erziehung im hohen Maße zuteil wird, in ihr ganz erheblich vertreten

**Frñd.** Mit welchen Mitteln man gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen sucht, nachdem das Operieren mit dem Roabiter Projekt vorbeigelungen ist, zeigt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die schreibt, die Sozialdemokratie verherlicht den Fürstenmord und die Revolution. Die Sozialdemokratie vertritt den Standpunkt der ruhigen, friedlichen und organischen Entwicklung (Gefährter treibt), solange der vorwärtsstrebende Bevölkerung die Möglichkeit gegeben ist, auf friedlichem Wege ihr Ziel zu erreichen. Das ist ja in Preußen und Deutschland möglich. Wenn es in anderen Staaten nicht möglich war und nicht möglich ist, wie z. B. in Rußland, wenn dort eine Eruption der Gewalt kommt, dann kann man uns nicht zumuten, daß wir die Revolution verurteilen. Die herrschenden Gewalten in Rußland und in all diesen Staaten

ernten nur das, was sie gefäß haben.

Wer mit Gewalt das Volk unterdrückt, muß sich auch gefallen lassen, daß das Volk sich mit Gewalt gegen seine Gewaltthaber und Unterdrücker wendet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann von uns niemals erwarten, daß wir die Revolution verurteilen, wenn das Volk durch die Zustände zur Revolution gezwungen ist. Vergessen Sie nicht, daß auch das Bürgerthum seine Revolution gefäß hat! Vergessen Sie nicht, daß auch das Bürgerthum die Revolution verherlicht hat, wenn die Revolution durch die Verhältnisse geboten war. Denken Sie an das Todesurteil Karls I. (Präsident v. Röcher: Es handelt sich hier um den preußischen Staat) (Heiterkeit.) Hier handelt es sich um die Erörterung der politischen Verhältnisse und auch um die Scharfmacherei gegen die Sozialdemokratie. Deshalb muß ich hier die ganzen politischen Verhältnisse erörtern. (Präsident v. Röcher: Da Sie meine Mahnung nicht verstehen, rufe ich Sie zur Sache!) Dann wird bei anderer Gelegenheit nicht gründlich das gesagt werden, was gesagt werden muß. Der Etat steht, wie ich refümier, leider nicht derartig aus, wie man das von einem wirklichen Kulturstaat erwarten kann. Die berechtigten Wünsche des Volkes werden nicht befriedigt. Die Wahlrechtsvorlage ist ausgeblieben. Bei den Nationalliberalen ist Blodfehnsucht vorhanden nach der Rede des Abg. Friedberg. (Sehr richtig! links.) Es ist deshalb Gefahr vorhanden, daß wir, wenn die Regierung endlich doch mit der Wahlvorlage kommt, ein ganz armeliges Stückwerk erhalten. Kulturelle Forderungen werden nicht befriedigt. Aber Maßnahmen sollen geschaffen werden, um das Volk weiter in Abhängigkeit zu bringen. Namentlich will man der Jugend gewalttham reaktionären Geist einflößen. Aber das geniert uns nicht. Wir werden den Kampf gegen die Reaktion in verstärkterem Maße und noch viel energischer fortführen. Die nächste Abrechnung kommt bei den Reichstagswahlen. Aber damit ist der Kampf nicht zu Ende, das ist nur eine kleine Etappe. Die Anebelung der Massen muß aufhören. Wer gegen Entrechtung und Anechtung ist, muß zu uns kommen. Wenn die Liberalen vertragen werden wir den Kampf allein führen. Wir leben in fröhlicher Siegeszuversicht:

„Wie sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat, die wir von Gottes Jorne sind, bis jetzt das Proletariat.“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Weiterberatung wird hiermit auf Dienstag, 11 Uhr, verlegt. Schluß 5½ Uhr.

## Die Moabiter Vorgänge vor dem Schwurgericht.

**Sechster Tag.**  
Als am Montag die Sitzung eröffnet war, wurde noch eine Zeugin zum **Fall des Angeklagten Schadowski** vernommen. Sie hat bei der Festnahme des Angeklagten mehrere Frauen, die zugegen waren, sagen hören: Jetzt haben sie einen alten Mann festgenommen, aber der hat gar nicht geschmissen. — Schummann Leidiche bleibt dabei, daß er den Angeklagten hat werfen sehen. — Auch zum **Falle des Angeklagten Borowial** werden noch nachträglich einige Zeugen vernommen. Sie erklären mit voller Bestimmtheit, gesehen zu haben, daß nicht Borowial, sondern ein anderer geworfen hat, der sogleich fortlief, während Borowial, der stehen blieb, festgenommen wurde. — Die Beweisnahme wendet sich nun zum

**Fall Orlowski.**  
Ein Schummann gibt an: In der Moskowerstraße wurde eine Menschenmenge zurückgedrängt. Währenddessen fiel eine Flasche vor den Schulenteu nieder. Als die Menge zurückgedrängt war und die Schulenteu umfingerten, habe Orlowski mit erhobener Arm allein auf dem Bürgersteig gestanden. Der Schummann ging an ihn heran, da habe der Angeklagte den Arm sinken lassen und der Schummann habe ihn einen Nozafistflasterstein aus der linken Hand genommen. Der Angeklagte erklärt, er habe allerdings einen Stein in der Hand gehabt. Das habe er dem Schummann gleich gesagt. Mehrere Zeugen bestätigen die Angaben des Angeklagten, daß er nicht zu der vertriebenen Menge gehörte, sondern in dem Augenblick festgenommen wurde, als er in ein Lokal gehen wollte.

**Staatsanwalt über Zeugen:**  
Staatsanwalt Porzeli: Er lege besonderes Gewicht auf einen dieser Zeugen, den Arbeiter Melzer. Dieser habe vor dem Untersuchungsrichter angegeben, es sei ganz unmöglich, daß der Angeklagte einen Stein gehabt haben könne. Damals habe der Zeuge allerdings noch nicht gewußt, daß der Angeklagte selber zugegeben hat, einen Stein in der Hand gehabt zu haben. Hieron — sagt der Staatsanwalt — könne man sehen, wie solche Aussagen zustande kommen. — Der Zeuge Melzer gibt an, der Untersuchungsrichter habe ihn im Laufe der Vernehmung mehrmals gefragt, wie es denn damit wäre, daß der Angeklagte einen Stein in der Hand hatte. Darauf habe er, der Zeuge, wahrheitsgemäß geantwortet, von einem Stein wisse er nichts, er habe nicht gesehen, daß der Angeklagte einen Stein hatte. — Nachdem sich diese Angaben des Zeugen als vollkommen einwandfrei herausgestellt hatten, wandten sich einige der Verteidiger dagegen, daß die Staatsanwaltschaft in solcher Weise versucht, Entlastungszeugen ohne Grund als unglaubwürdig hinzustellen. Rechtsanwalt Heinemann bemerkt: Das Verfahren kennzeichnet sich selbst, wir enthalten uns jeder Kritik.  
Zu dem Vorfall, der zur

**Anklage gegen Lutz**  
führte, gibt Kriminalschummann Kapischke an, er habe genau gesehen, daß der Angeklagte, der vor ihm stand, einen Stein nach den Schulenteu warf. Der Angeklagte gibt zu, einen Stein geworfen zu haben in der Erregung darüber, daß die Schulenteu einen alten Mann mit dem Säbel schlugen. Bei seiner Festnahme — sagt der Angeklagte — wurde er von Schulenteu mit der Faust auf den Kopf und mit dem Säbel auf die Schulter geschlagen. Als wir **auf den Kohlenplatz** kamen, schlugen mich die Arbeitswilligen mit Häuten, Stöcken und Gummischläuchen. Dann brachte mich der Schummann in ein Zimmer, wo mehrere **Schulenteu** waren. Auf deren Verlangen mußte ich mich umdrehen, mit dem Gesicht nach der Wand. Dann **schlugen die Schulenteu von hinten auf mich ein.** Kriminalschummann Schenzel, der den Angeklagten nach dem Kohlenplatz gebracht hat, behauptet, er habe nicht gesehen, daß der

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

Angeklagte geschlagen wurde. Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Heinemann gibt Schummann Schenzel an, daß er einen anderen Fall kennt, wo ein von ihm nach dem Kohlenplatz gebrachter Arrestant namens Jolladow (einer von denen, die vor der Strafkammer angeklagt waren) von den Arbeitswilligen mißhandelt wurde. Als der Schummann mit seinem Arrestanten den Platz betrat, wurde **der Arrestant von 10—15 Arbeitswilligen umringt, die auf ihn losstürzten und ihn schlugen.** Ich habe ihnen das verboten — sagt der Zeuge — dann beschwanden sie. — Rechtsanwalt Heinemann: Wurde Ihr Arrestant nicht außerordentlich heftig geschlagen? — Zeuge Schenzel: Außerordentlich heftig? Ra, Hane hat er ja getriegt. Es folgt der

**Fall des Angeklagten Gieslied.**  
Hierzu macht der Schummann Weste folgende Angaben: Ich halte am 27. September Dienst in Zivilleistung und befand mich mit mehreren Kriminalbeamten in der Menge. Ich habe gesehen, daß der Angeklagte nach den uniformierten Beamten warf und nahm ihn fest. Nun schlugen Leute aus der Menge auf mich ein. Uniformierte Kameraden hieben mich heraus. Ich sprang aus der Menge heraus. Dann brachten zwei Beamte den Angeklagten heraus. Der schlug um sich und da wurden ihm ein paar Säbelhiebe verfeßt. Dann habe ich mit noch vier Kriminalbeamten den Angeklagten nach dem Kohlenplatz gebracht. Der Angeklagte sagt: Ich habe nicht geworfen, ich bin unschuldig festgenommen, und bei der Festnahme habe ich einen Säbelstich von hinten in den Leib bekommen, so daß der Säbel vorn am Bauch wieder herauskam. — Schummann Weste: Der Angeklagte hat ja ein paar Säbelhiebe bekommen, aber daß er gestochen wurde, habe ich nicht gesehen. Rechtsanwalt Heinemann: Das haben Sie nicht gesehen? Tatsächlich hat doch der Angeklagte einen Säbelstich bekommen und wird vielleicht zeitweilig ein Krüppel bleiben. — Schummann Weste: Nein, das habe ich nicht gesehen. — Kriminalschummann Thurow sagt ebenfalls, er habe gesehen, daß der Angeklagte geworfen hat.

**Der Angeklagte Gieslied** macht über die ihm widerfahrenen **Mißhandlungen** folgende Angaben: Dreimal bin ich von den Schulenteu geschlagen worden und hingefallen, und als ich **am Boden lag, haben sie mich noch mit dem Säbel geschlagen.** Das ist zweimal auf der Straße und zum drittenmal auf dem **Kohlenplatz** geschehen. Als wir **auf dem Kohlenplatz**

ankamen, fiel sogleich einer der Arbeitswilligen über mich her und schlug mir ins Gesicht, daß das Blut aus Mund und Nase lief. Dann kamen auch noch **Schulenteu, die schlugen zusammen mit den Arbeitswilligen auf mich ein.** Die Schulenteu brachten mich nach der Wache auf dem Kohlenplatz. Auf dem Flur wollten sie mich auf einen Stuhl setzen, aber ich fiel um. Ich bat einen Schummann um ein Glas Wasser, habe aber nichts bekommen. An der Stelle, wo ich lag, bildete sich eine **große Blutlache.** Die Schulenteu sagten, **ich soll das Blut aufwischen oder auflecken.** Ich war aber so schwach, daß ich mich nicht bücken konnte. Da haben sie **mich an den Beinen gefaßt und mich durch das Blut gezogen.** Mein Anzug ist dadurch ganz mit Blut besudelt worden.

**Polizeileutnant Wöde:** Als der Angeklagte eingeliefert wurde auf dem Kohlenplatz, ist mir sofort Meldung gemacht worden, daß er sehr schwer verletzt ist. Es wurde sogleich nach dem Krankenwagen telephoniert. Ich sah den Angeklagten auf dem Flur in einer Ecke liegen. Er blutete sehr stark. Daß er durch sein Blut gezogen wurde, ist ausgeschlossen. Zehn Minuten nachdem mir Meldung gemacht worden war, kam ja schon der Krankenwagen. — Durch Fragen des Rechtsanwalts Heinemann wird festgestellt, daß **Polizeileutnant Wöde** den Angeklagten nicht schon bei der Einlieferung, sondern erst nach der Meldung gesehen hat, also nicht wissen kann, was in der Zwischenzeit mit dem Angeklagten geschehen ist. — **Angeklagter Gieslied:** Ich habe keinen Leutnant gesehen. — **Polizeileutnant Wöde:** Der Angeklagte war ja fast ohnmächtig, er rührte sich gar nicht mehr. — **Angeklagter:** Aber bestimmungslos war ich nicht, nur schwach durch den Blutverlust.

**Dr. Golze,** Assistenzarzt im Krankenhaus Roabit, hat den Angeklagten Gieslied behandelt und gibt über die Art der Verletzung an: Gieslied hatte an der rechten Seite des Gesäßes eine Stichwunde, die stark blutete und zunächst als nicht gerade gefährlich galt. Aber am nächsten Tage stellte sich eine gefährliche Bauchentzündung ein. Durch einen operativen Eingriff wurde der Leib geöffnet. Jetzt stellte sich heraus, daß der Stich vom Gesäß aus bis in die Bauchhöhle gedrungen war und die Därme verletzt hatte. Die Bauchwand ist unverletzt geblieben. Der Stich ist nicht vorn wieder herausgekommen. Die Heilung nahm einen auffallend günstigen Verlauf. Am 27. Oktober konnte Gieslied in die Charité übergeführt werden. Dauernden Schaden wird die Verletzung nach Ansicht des Sachverständigen nicht nach sich ziehen.

**Der Angeklagte Gieslied** macht den Eindruck eines kranken und leidenden Menschen. Er wird auch gegenwärtig noch in Untersuchungsgang ärztlich behandelt. — Ueber die Behandlung des schwerverwundeten Angeklagten auf der Kohlenplatzwache werden noch einige Zeugen vernommen. Schummann Odyk sagt, er habe sich, als der Angeklagte ein Glas Wasser forderte, ein solches von Frau Lorenz, der Frau des Platzverwalters, geben lassen. Frau Lorenz bestätigt das und gibt an, was mit dem Angeklagten geschah, während er auf dem Flur lag, habe sie nicht gesehen. Nachdem er fortgebracht war, habe sie auf Ersuchen eines Schummanns das Blut vom Boden weggewischt.

**Fall der Angeklagten Kasimir und Jakob Adamski**  
gibt die Zeugin Fräulein Biel an, sie habe gesehen, daß beide Angeklagte mit Steinen nach den Schulenteu warfen, sich dann in ein Haus zurückzogen und immer wieder kamen, wenn die Schulenteu vorbei waren. — Die Zeugin Frau Schmidt und Hausverwalter Paternmann bestätigen diese Angabe. Der letztere sagt, die beiden Angeklagten hätten zwei- bis dreimal nach den Schulenteu geworfen und sich die Steine dazu von einem Neubau in der Nähe geholt. — Die Angeklagten bestreiten, daß sie geworfen haben.

Hierauf werden mehrere Zeugen zum **allgemeinen Teil** vernommen. **Arbeiter Kallies** wiederholt die Angaben, die er an einem der letzten Tage des Strafammerprozesses machte. Die Jungen und Rowdys, welche auf der Straße lärmten und die Polizei verhöhnten, liefen fort, wenn die Schulenteu voringingen. Die Leute, welche nichts getan hatten, aber nicht so schnell laufen konnten, kriegten Prügel von den Schulenteu. — Vor dem Tor des Kohlenplatzes stand ein Schummann und ein Herr in Zivil. Einer von beiden kommandierte: „Raus, los!“

Auf dies Kommando traten aus dem Tor 20 bis 30 Arbeitswillige, stürzten sich auf einige Leute, die in der menschenleeren Straße vorübergingen und schlugen einen derselben, während die anderen forttranteten, fürchterlich mit Gummischläuchen. Der Zeuge wandte sich an den am Eingang des Kohlenplatzes stehenden Schummann mit den Worten: „Sehen Sie denn nicht, was da vorgeht?“ Der Schummann aber antwortete: „Was soll ich machen? Ich bin hier allein.“ Der Zeuge hat gesehen, daß kurz vorher etwa 100 Schulenteu auf dem Kohlenplatz eingezogen waren. Das war am 28. September. Am 27. hat der Zeuge noch eine

Reihe von Ausschreitungen der Polizeibeamten beobachtet. Deshalb ging er am Abend des 28. früher als sonst seinen Geschäften nach, weil er fürchtete, daß er später, wenn er die vielen Schulenteu da find, mißhandelt werden würde. Denn —

sagt der Zeuge — ich habe ja an den vorhergehenden Tagen gesehen, daß jeder, der über die Straße ging, in Gefahr kam, niedergeschlagen zu werden. **Schauspieler Neumann** kam in der Nacht des 27. September in Krak und weißer Weste aus einer Gesellschaft und geriet in die Moskower Straße. Plötzlich standen vor ihm 10 bis 12 Schulenteu und ein Leutnant, alle mit blanken Säbeln. Der Leutnant sprach den Verdacht aus, Herr Neumann habe etwas weggeworfen. Der Verdacht stellte sich als unbegründet heraus, der Leutnant sagte zu den Schulenteu: „Lassen Sie ihn laufen.“ Der Zeuge konnte dann zwar gehen, vorher aber verfehle ihm einer der Schulenteu zwei Säbelhiebe, was nach Ansicht des Zeugen der Leutnant gesehen haben muß. Bald darauf bekam der Zeuge in der Turnstraße von einem Schummann ohne jede Veranlassung nochmal einen Säbelhieb über den Arm. Der Zeuge hat sich wegen dieser Behandlung **beim Polizeipräsidenten beschwert.**

Der aber hat ihm geantwortet, es sei bei solchen Gelegenheiten nicht möglich, zwischen Schulbigen und Unschuldigen zu unterscheiden. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Meine sagt der Zeuge: In beiden Fällen sei er allein und keine Menschenmenge in der Nähe gewesen, so daß in diesen Fällen überhaupt keine Schuldigen vorhanden waren und er als völlig Unschuldiger die Säbelhiebe bekam. **Bädermeister Hennig** stand um Rittersnacht, als er seine Arbeit beginnen wollte, in der Tür seines Ladens in der Grasmühlstraße, die menschenleer war. Ein vorüberkommender Polizeileutnant herrschte ihn an: „Machen Sie, daß Sie hineinkommen, sonst kriegen Sie mit dem Säbel eins über den Kopf.“ — An einem anderen Tage sah der Zeuge, daß ein Mann ohne Ursache von Kriminalbeamten verhauden wurde. Andere Leute, die ruhig über die Straße gingen, wurden von Schulenteu bedroht. Arbeiter, die von der Arbeit kamen, wurden von säbelschwingenden Beamten verfolgt und geschlagen. Ein Junge mit einem Stelzfuß kam mit verbundenem Kopf aus der Unfallstation. Kriminalbeamte lachten über den Verletzten.

**Frau Kunze** ging mit ihren drei kleinen Kindern von der Arbeit nach Hause. Da wurden die Kinder bei einer Attade umgerissen. Später, als die Frau einholen wollte, ging sie mit ausdrücklicher Erlaubnis eines Polizeileutenants über die Straße. Als sie mitten auf dem Damw war, rief ihr ein Schummann zu: „Surt, mach, daß Du fortkommst, sonst kriegst Du eins mit dem Säbel!“ **Kriminalbeamte, die sich hinter einem Gerüst versteckt hatten, schlugen auf die Vorübergehenden ein.** **Kaufmann Jordan** hat mitangesehen, wie der **Arbeiter Hermann,**

der an den Folgen der Säbelhiebe starb, niedergeschlagen wurde. Hermann kam aus einer Bekunde und ging auf die Straße, um seinen jugendlichen Sohn zu suchen. Hermann ging ganz allein über die menschenleere Straße. Da bekam er erst von einem Schummann einen Säbelhieb, dann kam ein zweiter Schummann von der anderen Seite der Straße und schlug ihm mit dem Säbel noch zweimal über den Kopf, daß das Blut spritzte und der Betroffene zusammenbrach. Noch am anderen Tage waren die Blutspuren auf dem Strahenpflaster sichtbar. — **Rechtsanwalt Jacobi** richtet an die Staatsanwaltschaft die Frage,

ob irgendetwas geschehen ist, um die Schulenteu zu ermitteln, welche Hermann niederschlugen? **Ober-Staatsanwalt Preuß:** Wir haben schon einmal gefragt, daß ein Verfahren in dieser Angelegenheit schwebt. Wir werden jedem dankbar sein, der uns Angaben macht, die zur Ermittlung der Täter dieser Missetaten führen können. — **Rechtsanwalt Meine:** Soweit ich aus den Akten sehen konnte, hat die Staatsanwaltschaft nichts zur Ermittlung der Täter getan. — **Oberstaatsanwalt Preuß:** Es ist versucht, aber ohne Erfolg. **Rechtsanwalt Meine:** Bis zu der Zeit, wo ich von den Akten Kenntnis nahm, stand nichts davon drin.

**Schneidermeister Ostath** macht wieder dieselben Befundungen wie in der Verhandlung vor der Strafkammer. Sie gehen im wesentlichen dahin: Der Zeuge hat in mehreren Fällen ganz genau beobachtet, daß Herren in Zivilleistung, die sich unter die Menschenmenge mischten, mit lauter Stimme „Blutunde“, „Haut die Blauen“ riefen. Wenn dann die Schulenteu gegen die Menge voringingen, stellten sich diese Herren an die Wand und wurden von den Schulenteu meist nicht bedrängt. Wenn mal ein Schummann auf einen der Herren losging, dann erhob dieser den Stod und rief: „Halt Kollege!“ Dann geschah ihm nichts. Diese Herren mischten sich immer wieder unter die Menge und setzten dasselbe Spiel fort. Diese Leute müssen also doch — sagt der Zeuge — mit der Polizei in Verbindung gestanden haben. — Ferner hat der Zeuge gesehen, daß ein gebrechlicher alter Mann von Schulenteu niedergeschlagen wurde und wie tot hinfiel. Ein Mann von der Sanitätskolonne, der gerufen wurde, um dem Mißhandelten beizuhelfen, sagte: „Der hat noch lange nicht genug getriegt, der hätte noch mehr kriegen müssen.“ Hunderte sind unter den Augen des Zeugen mißhandelt worden, ohne Unterschied, ob Mann oder Frau, schuldig oder unschuldig. Selbst ein Leutnant hat einen jungen Mann niederschlagen und noch auf ihn eingehauen, als er schon am Boden lag. Als ein Herr und eine Dame allein über die Straße kamen, rief ein Samariter: „Hier her!“ Darauf kamen zwei Schulenteu und schlugen mit Säbeln auf die beiden ein. Der Zeuge sagt, er habe noch viele dergleichen Fälle gesehen, nur seien ihm nicht alle Einzelheiten im Gedächtnis geblieben. **Damit schließt die Sitzung.** Die Verhandlung wird heute um 10 Uhr fortgesetzt.

**Witterungsüberblick vom 16. Januar 1911, morgens 8 Uhr.**

Station	Barometer-Höhe (mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (°C)	Station	Barometer-Höhe (mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (°C)
Stettin	770	SW	3	bedeckt	2	Saparanta	747	S	4
Danzburg	772	SW	5	bedeckt	1	Petersburg	759	SW	1
Berlin	772	SW	3	bedeckt	2	Seife	777	SW	1
Kranz a R	775	RO	1	Dunst	-10	Bereen	771	SW	3
Rindsen	778	SW	molten	-15	Varso	776	R	2	
Wien	776	SW	molten	-11					

**Wetterprognose für Dienstag, den 17. Januar 1911.**  
Bleulich milde, vorherrschend wolfig bei lebhaften westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

**Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstands-Nachrichten**  
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 1.	seit 14. 1. am (10 <sup>1</sup> )	Wasserstand	am 15. 1.	seit 14. 1. am (1)
Remel, Müst	277	-18	Saale, Gochsitz	89	-12
Regel, Zisterburg	207	+44	Oabel, Spandau	104	-2
Weißel, Thoen	156	-4	Waldenow	140	-40
Ober, Rathor	174	-14	Spees, Spremberg	110	-2
Kroffen	192	+1	Bestow	178	0
Frankfurt	192	+5	Weser, Minden	-61	-13
Wartze, Särntum	30	-16	Rindsen	47	-9
Landenberg	57	+3	Rhein, Rarhwillenbau	388	-
Reg., Borsdamm	20	-2	Raub	226	+2
Elde, Leitmeritz	16	-10	Röln	268	-16
Dresden	-106	-22	Rezar, Heilbronn	90	-15
Barbo	201	-10	Rain, Weichsel	-	-
Magdeburg	168	-7	Wosel, Trier	143	-11

1) + bedeutet Sturz. — 2) — heißt — 3) Unterpaet. — 4) Eisstand. — 5) Unterhalb der Ankerbrücke Eisstand. — 6) Eisdecken. — 7) Eisbewegung. — 8) Eisstrecke.

Inseratenteil verantwortl.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

### Groß-Berlins sozialdemokratische Gemeindevertreter über den Zwangs-Zweckverband.

Die sozialdemokratischen Stadt- und Gemeindevertreter aus Groß-Berlin traten am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus zu einer Konferenz zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem von der preussischen Regierung geplanten Zwangs-Zweckverband für Groß-Berlin. Einberufen war die Konferenz vom geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend im Einverständnis mit dem Ausschuss der Stadt- und Gemeindevertreter des Verbandes. An ihr nahmen 128 Stadt- und Gemeindevertreter teil (aus Berlin 20, Teltow-Beeskow 54, Nieder-Varnim 52), außerdem 7 Mitglieder des Aktionsausschusses und 6 Pressevertreter.

Die Verhandlungen eröffnete Basner-Berlin mit einer Begrüßung der Teilnehmer. Die Konferenz sollte dazu dienen, zwischen den sozialdemokratischen Vertretern in den verschiedenen Gemeinden eine Uebereinstimmung in ihrer Stellungnahme zu dem Plan dieses den Gemeinden aufgezwungenen Zweckverbandes herbeizuführen.

In das Bureau wurden gewählt als erster Vorsitzender Basner-Berlin, als zweiter Vorsitzender Taubmann-Weissensee, als Schriftführer Liepmann-Berlin (Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses).

Ueber den einzigen Gegenstand der Tagesordnung, den Zwangszweckverband, referierte Heilmann-Berlin. Da das Referat — nach einem Vorschlag, der gegen Schluß der Konferenz von Eugen Ernst-Berlin im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses gemacht und von der Konferenz gebilligt wurde — in Kürze gedruckt erscheinen wird, so können wir uns hier auf eine gedrängte Wiedergabe der leitenden Gedanken beschränken.

Der Referent führte aus: Ein kunnunales Gebilde, wie Berlin und seine Vororte, existiert wohl kaum zum zweiten Male in der Welt. Längst ist es wirtschaftlich ein Ganzes, aber politisch, postalisch, polizeilich, gerichtlich ist es in die verschiedensten Teile gespalten. In allen Ländern hat man zu allen Zeiten die Hauptstädte zu fördern gesucht, in Preußen aber sucht die Regierung, die gehorsame Dienerin der Junker und des Dreiklassenparlamentes, die Landeshauptstadt Berlin niederkzuhalten. Der Anfang dieser Bemühungen, von denen nur unter dem von den Junkern befehleten Minister des Innern Hertfurth abgewichen wurde, fällt zeitlich zusammen mit dem zu Beginn der vier Jahre einsetzenden Erstarken der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Seit den neunziger Jahren sucht die Regierung nennenswerte Eingemeindungen nach Berlin zu hindern und Berlin mit einem Kranz selbständiger leistungsfähiger Gemeinden zu umgeben, nicht aus Liebe zu den Vororten, sondern aus Haß gegen Berlin. Im eigentlichen Sinne selbständig ist ja in Groß-Berlin keine Gemeinde mehr, weder Berlin allein, noch einer der Vororte. Ein organisches Gebilde ist nur das Ganze, das aus diesen Teilen sich zusammensetzt. Berlin hat seit 1881 keine große Eingemeindung mehr gehabt, während anderen Großstädten Preußens sehr bedeutende Gebietserweiterungen gewährt worden sind.

Die Schäden, die sich für Berlin aus dieser künstlichen Verhinderung seiner Entwicklung herausgebildet haben, werden vom Referenten eingehend dargelegt. Auf dem nicht vergrößerten Gebiet drängt eine immer mehr zunehmende Bevölkerung sich zusammen, wotaus Mängel des Wohnungswesens sich ergeben. Die arbeitende Bevölkerung, zu häufigem Wohnungswechsel innerhalb Groß-Berlins gezwungen, zieht aus einer Gemeinde in die andere, wird dadurch in ihrem Recht zur Teilnahme an den Gemeindegewahlen beeinträchtigt und verliert schließlich auch jedes Interesse für kommunale Angelegenheiten. Die Gesamtheit der einzelnen Gemeinden bietet ein Bild wunderlicher Unübersichtlichkeit, die auf den verschiedensten Gebieten sich zeigt. Die Höhe der Einkommensteuer schwankt zwischen 64 Proz. in Grunewald und 195 Proz. in Köpenick, die Gemeindesteuer beträgt in Berlin 160 Proz. und erreicht ihr Maximum mit 300 Proz. in Wittenau. Grund- und Gebäudesteuer werden nach den verschiedensten Grundätzen erhoben, daselbe gilt von Umsatz- und Wertzuwachssteuer, ebenso von den Kanalisationsabgaben. In der Gas- und Wasserversorgung wie in der Entwässerung ist die selbständige Wirtschaft der einzelnen Gemeinden unrationell. Die Bestimmungen über Sonntagruhe, über Ladenschluß an Wochentagen, über Straßenhandel lassen an Mannigfaltigkeit nichts zu wünschen übrig. An Einheitlichkeit fehlt es auch bei der Konfessionierung von Gastwirtschaften, bei der Festsetzung der Polizeistunde, der Gewährung von Lizenzen. Die Polizeiverwaltung Berlins greift über Berlin hinaus nur auf einen Teil der Vororte über, während andererseits durch die Gerichtsbezirke sogar Berlin in mehrere Teile gerissen wird. Die Frage der Arbeitslosenfürsorge, der Schaffung von Arbeitsnachweisen findet Hindernisse an der Enge der Gemeindegrenzen. Sehr ungleich ist die Ausgestaltung der Volksschulen, weil die ärmeren Gemeinden schwer an den Schullasten zu tragen haben. In den Schullastentraglichkeiten aus § 53 des Kommunalabgabengesetzes, der die schwächeren Gemeinden schützen will, hat die ablehnende Haltung Berlins nicht die Billigung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Auf dem Gebiet der Armenpflege und der Krankenpflege hat gleichfalls die Zersplitterung Groß-Berlins zu schlimmen Zuständen geführt, weil den vorwiegend von Arbeitern bewohnten Orten die Mittel fehlten. Am handgreiflichsten tritt die ganze Widersinnigkeit dieser Zersplitterung hervor bei der Ausgestaltung der Bauungspläne, wobei jede Gemeinde nur an ihre eigenen Interessen, d. h. an die ihrer Grundbesitzer, denkt. Den Angelpunkt für die Frage der Zusammenfassung Groß-Berlins bildet das Verkehrswesen, dessen Entwicklung durch die Zersplitterung gehemmt wird.

Solche Zustände schreiben geradezu nach einer Eingemeindung großen Stils.

nach einem einheitlichen Groß-Berlin, dessen politische Grenzen sich decken mit der wirtschaftlichen Einheit Berlins und seiner Vororte. Obwohl diese Entwicklung vorauszusehen war, hat die Berliner Stadtverwaltung die Gelegenheit, zu einer Gesundung der Verhältnisse zu kommen, kurzfristig verkannt und verpaßt. Bei den Eingemeindungsverhandlungen vom Anfang der neunziger Jahre hat der Magistrat sich unglücklich rüchständig gezeigt, indem er nur da eingemeinden wollte, wo für Berlin was zu holen war, aber die leistungsschwachen Orte drauhen lassen wollte. Des Uebels Wurzel war auch hier wieder das Dreiklassenwahlrecht; die auf Grund dieses Systems gewählte Stadtverordnetenversammlung entscheidet ja auch über die Zusammenfassung

des Magistrats, so daß jede Stadtverordnetenversammlung den Magistrat hat, den sie verdient. Nach 1904 lehnte der Magistrat die Eingemeindung der Hasenheide als zu kostspielig ab, weil die gleichzeitige Eingemeindung des Tempelhofer Feldes verlangt wurde. Von sozialdemokratischer Seite war schon im vorhergehenden Jahre darauf hingewiesen worden, daß auch dieses Terrain in absehbarer Zeit bebaut werden würde, aber der Magistrat glaubte das nicht. Kurzfristige Verblendung des Magistrats, Haß der Junker und der Junkerregierung gegen die Städte, besonders gegen Berlin, haben das Zustandekommen eines Groß-Berlin verhindert. Aber an dieser Forderung halten wir fest, und schließlich werden die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker als Junkerwille sein.

Referent weist dann, wie besonders im Verkehrswesen die Zustände immer unerträglich wurden, wie die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft sich ein Monopol schuf, wie ihr aus dem Ministerium zu ihr herübergehender Mide ihr die Verlängerung der staatlichen Konzession bis 1940 befohle, wie sie von Vororten gegen Gewährung von Sondervorzügen Verträge sich bewilligen ließ, deren Dauer über 1919 hinaus gegen den Vertrag mit Berlin verstoß und die Vertragstreue verlehrt. Die einzelnen Gemeinden waren gegenüber dieser mächtigen Gesellschaft ohnmächtig. Der Gedanke eines Zusammenschlusses ging 1908 von Nixdorf aus, das eine Konferenz der Magistrate Berlins und der Vororte anregte. Aus ihr entwickelte sich der Plan eines freiwilligen Verkehrs-zweckverbandes, aber trotz aller Beratungen und Beschlüsse hat er bisher nicht in Tätigkeit treten können, weil er infolge der passiven Resistenz der meisten Vororte auf den toten Strang geraten ist. Referent sagt das Ergebnis dieses Versuches dahin zusammen: Mit dem freiwilligen Zweckverband auf dem Gebiet des Verkehrswesens wird nichts zu erreichen sein. Nach den Verhandlungen über den Verkehrszweckverband tauchte die Frage auf, Berlin habe für die Vororte nichts getan. (Zuruf: So ist es!) Nein, so ist es nicht! (Zuruf: Jawohl! Sehr richtig!) In dieser Allgemeinheit wird man den von anderen Gemeinden gegen Berlin erhobenen Vorwurf nicht als berechtigt ansehen dürfen. Berlin hat doch auch manches für die Vororte geleistet. Ranche seiner Parlamlagen kommen auch den Vororten zugute, seine Krankenhäuser haben lange auch den Kranken der Vororte als Heilstätte gedient. (Zuruf: Abgelehnt wurden sie!) Vor allem aber hat Berlin die Straßenbahngesellschaft zur Einführung des Zehn-pfennigtarifs genötigt, ohne den doch das Aufblähen der Vororte nicht möglich war. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Wir wollen ihn nicht opfern, aber er hat doch mit zu den Schwierigkeiten geführt, die die Straßenbahngesellschaft der Stadt macht.

Das Referat wendet sich dann dem Plan des Zwangszweckverbandes

zu, der plötzlich aufgetaucht ist. Durch ihn will die Regierung zwangsweise Berlin und die Vororte zu drei Zwecken unter einen Hut bringen: zur Regelung des Verkehrswesens, zur Aufstellung gemeinsamer Bauungspläne, zur Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels. Zu der Konferenz, die im Ministerium über diesen Zweckverband stattfand, waren Personen aus Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen hinzugezogen worden, aber nicht als offizielle Vertreter, sondern nur zur Information. Es wurde ihnen auch verweigert, den Gesehentwurf zunächst den in Frage kommenden Gemeinden mitzuteilen, damit diese ihre Wünsche äußern könnten. Referent bezeichnet eine solche Behandlung als unerhört, keinem Dorfschulzen werde man das zu bieten wagen. Aber der Berliner Stadtfreiwinn, dem es an aufrechten Männern fehle, habe es sich selber und seinem widerwärtigen Organismus zuguschreiben, daß er jetzt wie ein Hofsalet behandelt werde. Dennoch dürfe die Empörung über die Art des Zustandekommens des Gesehentwurfes nicht den Miß gegenüber der Sache trüben. Ja selber, sagt Heilmann, kann in das Jetermordio über die Schaffung eines Zwangszweckverbandes nicht einstimmen. (Sehr richtig!) Gewiß, ein einheitliches Groß-Berlin auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechts und mit zweckentsprechender Verwaltung wäre unendlich besser. Besser wäre auch ein freiwilliger Zweckverband, aber an dessen Zustandekommen wage ich nicht mehr zu glauben. Der jetzige Zustand ist anarchisch, unter ihm leidet die ganze Bevölkerung, besonders aber das Proletariat. Da ziehe ich den Zwangszweckverband vor, nur müssen wir ihn zu verbessern suchen. In der Konferenz beim Minister kam es unter den Gemeindevorständen zu einem Krieg aller gegen alle. Groß-Berlins sozialdemokratische Vertreter werden dieses Schauspiel nicht bieten, werden nicht Sonderinteressen verfolgen, sondern das Wohl des Ganzen im Auge behalten. Unsere Genossen werden auch in den Gemeinden in dieser Richtung zu arbeiten haben, damit zu der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlins sich endlich auch die politische Einheit gestellt. Dabei müssen, um die schwachen Orte zu schonen, die starken mehr belastet werden. Selbstverständlich sind die Aufgaben des Verbandes auch auf Schulwesen sowie auf Kranken- und Armenpflege auszubehnen. Als Muster könnte der Groß-Londoner Grafschaftsrat dienen, aber unserem Groß-Berliner Zweckverband wird leider nur die freie Selbstverwaltung fehlen. Die Thronrede hat sie versprochen, doch weiß man ja, daß Behrmann Hollwegsche „freie Selbstverwaltung“ Einschränkung bis zur Erdrösselung bedeutet. Dennoch wird der Verband ein Schritt vorwärts sein, er ist ein Vorläufer zur Eingemeindung, die kommen muß. Der Höhepunkt der geschilderten trostlosen Zustände ist das preussische Dreiklassenwahlrecht. So führt auch diese Betrachtung uns wieder zu der Forderung der Beseitigung dieses Systems und der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag.

Auf den Gesehentwurf, der am Vorabend dieser Gemeindevertreterkonferenz endlich bekannt geworden ist, geht Referent nicht näher ein. Im Augenblick sei es wichtiger,

#### große Richtlinien

festzulegen, nach denen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, losgelöst von allen lokalen Sonderinteressen, zu wirken haben. Zweck der Konferenz sei es, eine einheitliche Kundgebung zustande zu bringen. Für die in den Gemeinden zu erwartenden Beratungen über den Verband und für die spätere Arbeit in ihm müsse das Dichterwort gelten:

„Stell Dich in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken, Mag auch, wer's Ganze sieht, Dich nicht darin bemerken; Das Ganze wirkt, und Du bist dein mit Deinen Werken.“

Auf das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat folgte eine Diskussion. Zur Debatte wurde auch die folgende vom Referenten vorgelegte

#### Resolution

„Die Konferenz erklärt eine Beseitigung der aus der Zersplitterung Groß-Berlins entstehenden wirtschaftlichen Schäden

nur in der Vereinigung sämtlicher Gemeinden zu einer einheitlichen Verwaltung.

Solange eine solche allgemeine Zusammenfassung nicht zu erreichen ist, haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Errichtung freiwilliger Zweckverbände anzustreben. Lassen die in den verschiedenen Gemeindeverwaltungen vorhandenen einander widersprechenden bürgerlichen Klasseninteressen die Gründung freiwilliger Zweckverbände nicht zustande kommen, so erscheint der gesetzliche Zweckverband als ein Mittel, die nachteiligen Folgen der kommunalen Zersplitterung einzuschränken. Ein derartiger Zweckverband darf allerdings nicht nur auf wenige Gebiete kommunaler Verwaltung beschränkt werden. Er muß vielmehr, um den Gemeinden die Lösung ihrer sozialen Aufgabe zu erleichtern und einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlich starken und den wirtschaftlich schwachen Gemeinden zu schaffen, möglichst weite Gebiete kommunaler Tätigkeit umfassen. Nur in enger Fühlung mit den beteiligten Gemeinden kann ein solcher Verband in erspriehlicher Weise vorbereitet werden, wie seine gedeihliche Tätigkeit und Fortentwicklung nur auf der Grundlage freier Selbstverwaltung möglich ist.

Die Konferenz erhebt daher schärfsten Protest gegen die Art und Weise, wie die preussische Regierung ohne jedes Befragen der beteiligten Gemeinden den Entwurf vorbereitet und in selbstherrlicher Weise in die wichtigsten Rechte der Gemeinden eingegriffen hat. Die Konferenz erblickt auch in dieser Handlung der Regierung und in der Engbrigkeit des vorgeseigten Entwurfes eine der verderblichen Folgen des Dreiklassenwahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus, dessen Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung auch für die Gesundung der kommunalpolitischen Verhältnisse Groß-Berlins bildet.“

#### In der Diskussion

Carow-Treptow schildert, welche Schwierigkeiten Treptow bei der Beschaffung von Friedhofsland hat, das es von Berlin kaufen muß. Er berührt dann den Plan einer Eingemeindung Treptows nach Nixdorf, erklärt aber Eingemeindung nach Berlin für wünschenswert. Zur Frage des Zweckverbandes führt er aus: Selbstverständlich werden wir für den Zweckverband schließlich sein, es bleibt uns ja weiter nichts übrig. Die Interessen des größten Teils der Bevölkerung neigen nach Berlin.

Conrad-Nixdorf: Wir haben vor vier Jahren die Anregung zu einem Zusammengehen Groß-Berlins, weil wir sahen, wie verschieden in den Gemeinden gearbeitet wurde. Die Einnahmen waren verschieden, aber keiner wollte gern mit der Einkommensteuer die 100 Proz. überschreiten. Wir forderten, daß der Zweckverband auch auf die Schul- und Armenlasten ausgedehnt werde. In der Verkehrfrage scheiterte die Sache an der Starkeifigkeit Berlins. Wenn die meisten Gemeinden auch über ihre Stellung zum Verkehrszweckverbande sich entschieden haben, so ist der Grund der, daß Berlin die Schnellbahnfrage ausschließen wollte. Diese Frage, auf die wir gerade besonderen Wert legen, ist auch bei den im Ministerium geführten Verhandlungen über den Zwangszweckverband gestreift worden, und auch da soll Berlin seinen Widerstand nicht ausgehen lassen. Ein großer Teil meiner Freunde vor anfangs der Meinung, man solle das Projekt der Regierung zurückweisen. Aber durch die bürgerlichen Mehrheiten in den Gemeinden würde niemals ein freiwilliger Zweckverband auf freieren Basis zustande kommen. Der Regierungsentwurf geht uns allen nicht weit genug, aber ein Anfang muß gemacht werden. Zur Frage der Eingemeindung Treptow-Nixdorf führt Conrad aus: Eingemeindungsfragen müssen immer großzügig behandelt werden. Wir können Berlin nicht gestatten, wohlhabende Gemeinden auszusuchen und ärmere sich selber zu überlassen. Wir Nixdorfer würden uns dagegen wehren, daß Treptow zu Berlin kommt, oder Berlin möchte Nixdorf mitnehmen. Treptow allein an Berlin gelangen zu lassen, verbietet uns der Selbsthaltungsdriek.

Schröder-Wilmersdorf: Wir dürfen den Eindruck von Heilmanns vorzüglichem Referat in keiner Weise verwischen, daher wollen wir möglichst wenig hinzusetzen. Aus Wilmersdorf könnte ich viel erzählen von Schlägen und Kniffen, die dort versucht wurden, um den freiwilligen Verband nicht zustande kommen zu lassen. Es kommt uns aber hier auf eine möglichst imposante Kundgebung an, nicht auf Klagen einzelner Vororte.

Ohl-Reinickendorf: Wir haben dem freiwilligen Verband zugestimmt und Reinickendorf hat dann seinen Beitritt erklärt. In Reinickendorf erschien vor einigen Jahren, weil über die Straßenbahngesellschaft geklagt wurde, Direktor Mide selber in der Gemeindevorstellung. Er versprach alles mögliche, forderte aber Zinsgarantie und neunzigjährigen Vertrag. Es wäre heimtückisch gewesen, wenn wir solche Vorschläge angenommen hätten, wo die Zweckverbandsfrage schon im Gange war. Mit dem Zwangszweckverband sind wir einverstanden, wenn uns auch manches daran nicht behagt.

Wolfsbahr-Schöneberg: In Schöneberg ist Neigung vorhanden, die Gelegenheit zu benutzen, auf eine Eingemeindung sämtlicher Vororte nach Berlin hinzuwirken. Das ist auch die einzig praktische Lösung der Frage des Zusammenschlusses aller Gemeinden Groß-Berlins; die Zweckverbände sind doch immer nur ein Surrogat. Die Zersplitterung in Einzelgemeinden ermöglicht es den Kapitalisten, ihren Wohnsitz in besseren Gegenden zu wählen, wo keine Arbeiter wohnen, und so sich von den Kosten zu drücken, die durch Arbeiterbevölkerung entstehen. Der Zwangszweckverband wird vielleicht der Regierung noch materielle Vorteile bringen und ihr die Möglichkeit geben, ihm Lasten aufzubürden, die der Staat zu tragen hat. Schon munkelt man, der Zweckverband solle auch den Tiergarten ankaufen, wodurch einige hundert Millionen Staatsschulden auf den Zweckverband abgeladen würden. Dennoch sind wir einverstanden mit dem Zweckverband, da wir ja stets einen Zusammenschluß gefordert haben. Nur müssen wir die Erregung ausnützen, den Zusammenschluß zu einer Gemeinde zu fordern.

Silberstein-Nixdorf: Wir haben eigentlich keinen Anlaß, in großer Begeisterung mit beiden Fäden in diesen Zwangszweckverband hineinzuführen. Es scheint doch hauptsächlich darauf hinausgelaufen, Groß-Berlin zu schröpfen und vielleicht auch der Straßenbahngesellschaft Vorteile zu schaffen. Berlin wird in dem Verband majorisiert werden können, und das ist es interessant, daß im Ministerium gerade auf die Sozialdemokraten die Hoffnung gesetzt wird, daß mit ihrer Hilfe eine Mehrheit gegen Berlin zustande kommen werde. Die ärmeren Gemeinden geraten immer wieder mit Berlin in Konflikt, und sogar sozialdemokratische Vertreter saamen nicht darüber hinweg und arbeiten gegen Berlin. Mit dem Zweckverband ist außerordentlich wenig zu erreichen, nur eine großzügige Eingemeindung kann ausheilen. Der Gedanke, Treptow nach Nixdorf einzugemeinden, geht aus von der Sorge, daß Nixdorf einmal eine sozialdemokratische Mehrheit haben könnte, Kommt

**Krepleh** dazu, so wird es uns schwerer, in die zweite Klasse hineinzugelangen. Der Zweckverband ist ganz unzureichend, wenn er nicht auch die Schul- und Armenlasten und die Steuerverhältnisse regelt. Jede Gemeinde sucht die andere zu unterdrücken, sucht mit 100 Proz. auszuwimmeln und läßt darunter die Kulturaufgaben leiden. Nicht vom Zweckverband, sondern von der Eingemeindung aller Vororte nach Berlin erwarten wir Besserung.

**Hirsch-Charlottenburg** erklärt als Mitglied der Landtagsfraktion: Heimann ist wohl von einigen Genossen, besonders von Silberstein, mißverstanden worden. Dem Gesetzentwurf stimmt Heimann noch nicht zu, wenn er einen Zweckverband empfiehlt. Wir im Landtag treten grundsätzlich dafür ein, daß sämtliche Gemeinden Groß-Berlins zu einer Gemeinde zusammengeschlossen werden. Gelingt das nicht, so treten wir für Zweckverbände ein. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir diesen nehmen. Wir wollen vollkommen freie Hand behalten und werden prüfen, was wir zu tun haben. Auch Heimanns Resolution sagt ja, daß der Gesetzentwurf nicht weit genug geht. Wir werden nötigenfalls mit den Genossen in den Gemeindevertretungen noch einmal Rücksprache nehmen, aber von vornherein lehnen wir ab, Kirchtrumsinteressen zu vertreten.

**Wurm-Berlin**: Weniger begeistert als das Referat äußert sich die Resolution gegenüber der Tatsache, daß der Verband das kleinere Übel ist, von dem man noch nicht mal weiß, ob es nicht so groß ist, daß man es ablehnen muß. Der Zweckverband ist nicht eine Vorstufe zur Eingemeindung. Auf dem Wege über den Zweckverband, der ein überaus großes Gebiet umfassen soll, wird man auf dieses Gebiet die für eine Provinz geltenden Bestimmungen anwenden, die so gut wie gar kein Selbstverwaltungsrecht mehr übrig lassen. Wenn es wahr ist, daß politische Interessen dahinter lauern, dann haben wir den Gedanken der Zustimmung zum Zweckverband ganz zurücktreten zu lassen hinter der Forderung der Eingemeindung, für die eine große öffentliche Agitation entfaltet werden muß. Die Begeisterung für den Zweckverband, die aus Heimanns Referat sprach, kann ich nicht teilen. (Sehr richtig!)

**Bruno-Berlin**: Begeisterung für den Gesetzentwurf habe ich nicht herausgehört. (Sehr richtig!) Heimann hat zum Gesetzentwurf noch gar nicht Stellung genommen. Begeistert hat er sich dafür, daß einmal überhaupt etwas geschieht, um uns aus der jetzigen Verfaßtheit herauszubringen. Unsere Berliner Fraktion hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß sie in dieser Frage den Blick auf das große Ganze richten muß. Wegen dem Entwurf wird unsere Landtagsfraktion sicherlich in vielen Punkten sehr erhebliche Einwendungen machen.

Der Referent Heimann-Berlin beschränkt sich im Schlußwort auf die Bitte, der Resolution zuzustimmen. Die Annahme werde eine wirkungsvolle Kundgebung sein.

Auch die meisten der Diskussionsredner haben die Resolution empfohlen. Sie wird einstimmig angenommen.

Hierauf scheidet der Vorsitzende **Wagner-Berlin** die Konferenz.

## Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin.

Die offiziöse Darlegung über die dem Zweckverbandsgesetz zugrunde liegenden Richtlinien haben wir in der Sonntagnummer wiedergegeben. Heute wollen wir die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes folgen lassen:

### § 1.

Die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Spandau, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Tegel sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim werden zu einem Zweckverbande vereinigt, dem die Wahrnehmung der unter Ziffer 1 bis 3 bezeichneten kommunalen Zuständigkeiten obliegt:

1. Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten (§ 4);
2. Beteiligung an der Feststellung der Baufluchtpläne für das Verbandsgebiet und gutachtliche Mitwirkung an dem Erlaß von Bauordnungen (§§ 5 bis 8);
3. Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bewahrung freizuhaltender Flächen (Wälder, Parks, Biefsen, Schmuß-, Spiel-, Sportplätze (§ 9)).

Gemeinden, welche den Landkreisen Teltow oder Niederbarnim angehören und nach der letzten Personenstandaufnahme mehr als 60 000 Einwohner haben, können auf ihren Antrag durch Beschluß der Zweckversammlung als selbständige Glieder des Verbandes zugelassen werden. Beim Ausscheiden einer Gemeinde aus einem der genannten Landkreise tritt sie ohne weiteres als selbständiges Glied dem Verbands bei. Der Landkreis Osthavelland kann auf seinen Antrag durch Beschluß der Zweckversammlung, der zugleich die Bedingungen des Beitritts festzusetzen hat, als Glied des Verbandes zugelassen werden.

In der Begründung zu diesem Paragraphen heißt es:

„Was die Stadtkreise anbelangt, so bedarf nur die Hinzunahme der Stadt Spandau der Begründung. Für diese Hinzunahme spricht, daß für Spandau die Nachbarschaft Charlottenburgs die Frage einer Schnellbahnverbindung entstehen lassen kann, daß der große Verkehrsweg der Döberitzer Heerstraße bereits an das Gebiet von Spandau heranreicht, und daß die Lage dieser Stadt ihre Einbeziehung in die Wahlzugsinteressenzone nahelegt. Die Angliederung der Kreisgemeinden Teltow und Niederbarnim an den Verband will zunächst eine Wirkungsfläche verthäten, die durch die Vereinigung der den Kreisen angehörenden Gemeinden oder Gutsbezirke mit den Stadtkreisen entstehen würde; außerdem aber kann nur auf diesem Wege für die erforderliche Ausdehnung der Verbandswirksamkeit Sorge getragen werden, insofern die gewaltige Bodenreife in diesen Landkreisen das gegebene Feld der Bau- und Verkehrsentwicklung von Groß-Berlin zu werden bestimmt ist. Die Einbeziehung auch des Landkreises Osthavelland wäre verfehlt, da nur die an der Havel gelegenen Teile dieses Kreises ein in der Beziehung Spandaus zum Verbands vergleichbares Interesse haben. Gleichwohl kann die Entwicklung schon einer nahen Zukunft zu einer derartigen Steigerung der Kreisinteressen an dem Verbands führen, daß eine Zulassung des Kreises vorgesehen werden mußte.“

### § 2.

Die Landkreise übernehmen die aus den vorstehenden Paragraphen sich ergebenden Aufgaben in Wahrnehmung der Interessen ihrer nicht als selbständige Glieder dem Verbands beigetretenen Gemeinden (§ 1 Abs. 2) sowie ihrer Gutsbezirke als Kreisangelegenheiten.

### § 3.

Der Zweckverband bildet einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Korporation. Er erhält die Bezeichnung: „Verband Groß-Berlin“. Sein Sitz ist die Stadt Berlin.

### § 4.

Die Zweckversammlung kann beschließen, daß Bahnen der in § 1 Abs. 1 Ziff. 1 bezeichneten Art vom Verbands selbst gebaut, betrieben oder erworben, insbesondere Bahnen der Verbandsglieder oder der zu den beteiligten Landkreisen gehörigen Gemeinden mit allen Rechten und Pflichten vom Verbands übernommen, oder daß Bahnen des Verbandes durch andere betrieben werden sollen.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gehen die gegenüber privaten Bahnunternehmungen, insbesondere durch Straßenbahnverkehrsverträge begründeten Rechte und Pflichten der Verbands-

glieder oder Gemeinden (Abs. 1) auf den Verband über. Die Zweckversammlung kann beschließen, daß die beteiligten Verbandsglieder oder Gemeinden sich der Erfüllung einzelner dieser Pflichten für den Verband zu unterziehen haben. Soweit der Verband eigene Bahnen herstellt, ändert oder erweitert, ist er berechtigt, die hierzu erforderlichen öffentlichen Wege, die von den Verbandsgliedern oder Gemeinden (Abs. 1) zu unterhalten sind oder ihnen gehören, zu benutzen.

Privaten Bahnunternehmern gegenüber, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß § 6 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 (Gesetzsamml. S. 225) wegen der Benutzung öffentlicher Wege im Verbandsgebiete die Zustimmung der Wegeunterhaltungspflichtigen beizubringen haben, stehen dem Verbands die den Wegeunterhaltungspflichtigen eingeräumten Rechte zu. Zur Ergänzung der mangelnden Zustimmung des Verbandes (§ 7 a. a. O.) ist der Oberpräsident zuständig; gegen seinen Bescheid findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten statt.

Für die Uebernahme von Bahnen der Verbandsglieder oder der in Abs. 1 bezeichneten Gemeinden sowie für die Eingriffe in deren Rechte nach Abs. 1 bis 4 hat der Verband angemessene Entschädigung zu leisten; diese Verpflichtung fällt fort, wenn die Rechte gegenüber privaten Unternehmern erst nach dem 1. Dezember 1910 erworben sind. Ueber die Entschädigungsleistung beschließt, sofern keine Einigung unter den Beteiligten erzielt wird, die in § 35 bezeichnete Behörde; gegen ihren Beschluß ist binnen zwei Wochen die Klage beim Oberverwaltungsgericht zulässig.

Ob und unter welchen Bedingungen einem Verbandsgliede oder einer Gemeinde (Abs. 1) die Anlage, der Ausbau oder der Betrieb einer noch nicht genehmigten eigenen Bahn überlassen werden soll, bestimmt die Zweckversammlung. Die Ueberlassung darf nur abgelehnt werden, wenn das Unternehmen den Interessen des Verbandes zuwiderläuft. Gegen den Beschluß der Zweckversammlung ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die in § 35 bezeichnete Behörde und gegen deren Bescheid binnen der gleichen Frist die weitere Beschwerde an die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern zulässig.

### § 5.

Der Verband kann mittels Beschlusses der Zweckversammlung Bewohnungspläne für Teile des Verbandsgebietes entwerfen, insofern ihm dies für die Zwecke der Bahnunternehmungen (§ 1 Abs. 1 Ziff. 3, § 4), für die Schaffung oder Ausgestaltung von Durchgangs-, einschließlich der Anschließstragen oder für die Ausgestaltung der Umgebung von Freizeitanlagen, die der Verband erworben hat (§ 1 Abs. 1 Ziff. 3, § 9 Abs. 1), erforderlich erscheint. Solange und insofern Bewohnungspläne durch den Verband nicht endgültig festgesetzt sind, bleibt das Straßen- und Baufluchtlinienwesen Sache der Einzelgemeinden nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen mit der Maßgabe, daß neue oder abgeänderte Baufluchtlinienpläne der Einzelgemeinden dem Verbandsausschusse zur Begutachtung vorzulegen sind; der Vorlegung bedarf es nicht, wenn die Pläne nur die Aufstellung einzelner Baufluchtlinien oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen.

### § 6.

Die Entwürfe der Bewohnungspläne des Verbandes (§ 5 Abs. 1) sind mit der Angabe über die durch sie bedingten Abänderungen der bestehenden Baufluchtlinienpläne zunächst den beteiligten Gemeinden und Kreisen zur Aeußerung und sodann dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Genehmigung vorzulegen. Einer Zustimmung der Ortspolizeibehörde bedarf es nicht.

Zur Festsetzung der Bewohnungspläne bedarf es königlicher Genehmigung.

### § 7.

Die Durchführung der Bewohnungspläne (§ 5 Abs. 1) liegt mit Ausnahme der in Abs. 3 bezeichneten Fälle den Einzelgemeinden ob. Der Verband hat jedoch den Einzelgemeinden zu den Kosten, die sich aus der Herstellung und Unterhaltung der in § 5 Abs. 1 bezeichneten Anlagen ergeben, einen von der Zweckversammlung festzusetzenden einmaligen oder laufenden Zuschuß zu leisten, bei dessen Bemessung die Vorteile der Anlagen für den Gesamtverband sowie für die Einzelgemeinden (Gutsbezirke) entsprechend zu berücksichtigen sind.

Der Verband kann derartige Anlagen mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden auch selbst herstellen und unterhalten.

### § 8.

Vor Erlaß neuer oder Abänderung bestehender Baupolizeiverordnungen hat die zuständige Behörde den Verbandsausschuß unter Zustimmung einer der Lage des Einzelfalles entsprechenden Frist gutachtlich zu hören.

### § 9.

Die Zweckversammlung beschließt über die Erwerbung, Erhaltung, Ausgestaltung, Benutzung und Unterhaltung größerer von der Bewohnung ganz oder teilweise freizuhaltender Flächen (Wälder, Parks, Biefsen, Schmuß-, Spiel-, Sportplätze — § 1 Abs. 1 Ziffer 3 —); der Erwerbung ist die Wahrung oder die Sicherung von Rechten an den Flächen gleichzusetzen.

Der Beschlußfassung der Zweckversammlung bleibt ferner überlassen, von dem Verbands erworbenem Freiland einzelnen Verbandsgliedern zur Unterhaltung gegen angemessene Entschädigungen im Vertragswesen zu übertragen.

### § 10.

Zum Zwecke der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel ist der Verband berechtigt, die Verbandsglieder mit Beiträgen heranzuziehen.

Bei der Regelung des Verhältnisses zu den Transportanstalten (§ 1 Abs. 1 Ziffer 1) ist der Geldbedarf für jede einzelne Bahnunternehmung in dem Betrage festzustellen, um welchen die Ausgaben eines Betriebsjahres die Einnahmen übersteigen, bei Betrieben, die für Rechnung des Verbandes geführt werden, in dem Betrage, um welchen die Ausgaben für Betrieb und Unterhaltung, für Rücklagen in den Reserve- und Erneuerungsfonds, für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals einschließlich der etwa gezahlten Entschädigung (§ 4 Abs. 5) in einem Betriebsjahre die Einnahmen übersteigen. Der sich hieraus für die einzelnen Bahnunternehmungen ergebende Beitragsbedarf wird auf alle oder einzelne Verbandsglieder nach Maßgabe ihres Interesses verteilt. Ueber Verwendungs der Reinerlöse beschließt die Zweckversammlung mit der Maßgabe, daß solche Reinerlöse zunächst den einzelnen Verbandsgliedern in dem Verhältnis und bis zu dem Betrage zu überweisen sind, in denen von ihnen in früheren Betriebsjahren für dieselbe Bahnunternehmung ein Geldbedarf gebildet worden ist. Gegen den Beschluß der Zweckversammlung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an die in § 35 bezeichnete Behörde und gegen deren Beschluß binnen der gleichen Frist die Beschwerde an die Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten statt.

Im übrigen werden die Beiträge zu den Kosten des Verbandes auf die einzelnen Verbandsglieder nach dem Verhältnisse der gemäß §§ 25 und 26 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Gesetzsamml. S. 159) berechneten Steuersolls, einschließlich der auf Einkommen von nicht mehr als 900 M. entfallenden Steuerbeträge, verteilt. Dabei werden kreisangehörige Gemeinden, die dem Verbands als selbständige Glieder beigetreten sind (§ 1 Abs. 2) als Stadtkreise angesehen.

### § 11.

Den Verbandsgliedern bleibt überlassen, den auf sie entfallenden Teil des Beitragsbedarfs gleich den übrigen Gemeinde-(Kreis-)bedürfnissen aufzubringen. Kreisangehörige Gemeinden, die dem Verbands als selbständige Glieder beigetreten sind (§ 1 Abs. 2), können jedoch von den Landkreisen zu den auf diesen aufzubringenden Verbandsbeiträgen nicht herangezogen werden. Die Unterverteilung des Beitragsbedarfs kann im übrigen auch im Wege der Kreis- und Winderlassung bezw. der ausschließlichen Belastung von Gemeinde- oder Kreisanteilen gemäß § 20 Abs. 3 des

Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, § 10 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 erfolgen.

### § 12.

Die Organe des Verbandes sind die Zweckversammlung, der Verbandsausschuß und der Verbandsdirektor.

### § 13.

Die Zweckversammlung besteht aus dem ersten Bürgermeister der Stadt Berlin als Vorsitzenden und aus neunundneunzig, erstmalig von dem Minister des Innern, später vom Verbandsausschuß auf die Verbandsglieder nach dem Verhältnisse der Einwohnerzahl zu verteilenden Vertretern. Die Einwohnerzahl bemisst sich nach der letzten Personenstandaufnahme. Jedes Verbandsglied muß mindestens einen Vertreter haben. Kein Verbandsglied darf mehr als ein Drittel der Gesamtvertreterzahl erhalten.

Die Zweckversammlung kann eine Vermehrung oder Verminderung der in Abs. 1 bezeichneten Vertreterzahl beschließen; auf die veränderte Vertreterzahl findet Abs. 1 Anwendung.

### § 14.

In Gemeinden werden die Vertreter durch die Gemeindevertretungen, in Städten unter Zutritt des Magistrats, in den Landkreisen durch die Kreisstände gewählt. Für jeden Vertreter wird ein Ersatzmann gewählt, der im Falle der Behinderung des ersteren auch ohne besondere Einladung besetzt ist, für ihn einzutreten.

### § 15.

Die Vertreter und ihre Ersatzmänner werden auf drei Jahre gewählt. Jede Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Wirkung mit dem gänzlichen oder zeitweisen Ausbleiben einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen. Die Zweckversammlung beschließt, ob einer dieser Fälle eingetreten ist.

### § 16.

Vor jeder Neuwahl der Gesamtvertretung wird das Verhältnis der Verbandsglieder an dieser Versammlung durch Beschluß des Verbandsausschusses nach Maßgabe des § 13 neu festgestellt.

### § 17.

Der Zweckversammlung liegt ob:

1. die Beschlußfassung über den Verbandshaushalt;
2. die Entlastung der Verbandsrechnung;
3. die Feststellung des von den Verbandsgliedern insgesamt aufzubringenden Beitragsbedarfs;
4. die Beschlußfassung über die Aufnahme von Anleihen;
5. die Aufstellung von Grundbüchern für die Tätigkeit des Verbandes und über die Verwaltung seines Vermögens;
6. die Festimmung über Aufnahme selbständiger Verbandsglieder (§ 1 Abs. 2 und 3) und die Regelung der sonstigen in diesem Gesetze der Zweckversammlung überwiesenen Angelegenheiten, insbesondere den Erlaß von Statuten (§ 7 Abs. 5);
7. die Beschlußfassung über die Errichtung von Verbandsämtern sowie über die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Verbandsbeamten;
8. die Entschädigung über eine anderweitige Zusammensetzung der Zweckversammlung (§ 13 Abs. 2);
9. die Wahl des Verbandsdirektors, der ihm zugeordneten oberen Beamten und der zu wählenden Mitglieder des Verbandsausschusses;
10. die Prüfung der Gültigkeit oder der fortdauernden Wirkung (§ 15 Abs. 1) der Wahlen zur Zweckversammlung.

Die Zweckversammlung ist berechtigt, sich ihre Geschäftsordnung selbst zu geben.

### § 18.

Die Festsetzung des Beitragsbedarfs (§ 17 Ziffer 3), sofern er höher als 25 Proz. des umlagefähigen Gesamtsteuersolls (§ 10 Abs. 3) ist, und die Aufnahme von Anleihen (§ 17 Ziffer 4) bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (§ 34).

### § 19.

Die Beschlüsse der Zweckversammlung werden, vorbehaltlich der Bestimmung des zweiten Absatzes, nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Beschlüsse, welche den Bau, die Uebernahme des Betriebs oder den Erwerb von Bahnen durch den Verband, insbesondere die Uebernahme von Bahnen der Verbandsglieder oder der zu den beteiligten Landkreisen gehörigen Gemeinden auf den Verband betreffen, bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

### § 20.

Der Verbandsausschuß besteht aus dem ersten Bürgermeister der Stadt Berlin als Vorsitzenden, den ersten Bürgermeistern bezw. Vorsitzenden der Kreisräte der dem Verbands angehöriger Gemeinden und Kreise, einem von dem ersten Bürgermeister der Stadt Berlin zu bezeichnenden Magistratsmitgliede dieser Stadt und zurzeit acht von der Zweckversammlung aus dem im § 14 Abs. 1 bezeichneten Personenkreise gewählten Mitgliedern.

Weitere Bestimmungen behandeln das Tätigkeitsgebiet des Verbandsausschusses, das im wesentlichen verwaltungstechnischer Art ist. Der Verbandsdirektor muß vom Könige bestätigt werden. Wichtig sind noch die letzten beiden Paragraphen:

### § 21.

Die Aufsicht des Staates und die Verwaltung der Verbandsangelegenheiten wird in erster Instanz von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, in höherer Instanz von dem Minister des Innern im Benehmen mit den Ministern der öffentlichen Arbeiten bezw. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Finanzminister geübt.

Die Beschwerde an die höhere Instanz ist innerhalb zwei Wochen zulässig.

Auf die Handhabung der Aufsicht und die Rechtsmittel gegen Akte der Aufsicht finden neben den Vorschriften dieses Gesetzes die Bestimmungen in §§ 115 bis 118, 121 und 122 der Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29. Juni 1875/22. März 1881 entsprechende Anwendung.

### § 22.

Die zur Beschlußfassung über Entschädigungen, Zuschüßleistungen, Beschwerden, sonstige Streitigkeiten und Einwendungen berufene Behörde (§ 4 Abs. 5 und 6, § 6 Abs. 3, § 7 Abs. 4, § 10 Abs. 2, § 30 Abs. 3) besteht aus dem Oberpräsidenten oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, aus den Verwaltungsgerichtsdirektoren der Bezirksausschüsse für den Stadtkreis Berlin und zu Potsdam oder deren Stellvertretern sowie aus vier auf sechs Jahre gewählten Mitgliedern. Von den letzteren werden zwei von der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat zu Berlin und zwei vom Provinzialausschuß der Provinz Brandenburg gewählt. Für die gewählten Mitglieder werden in gleicher Weise vier Stellvertreter gewählt. Für die Wählbarkeit gilt § 14 Abs. 2. Die Mitglieder der Zweckversammlung oder des Verbandsausschusses können nicht Mitglieder der Beschlußbehörde sein.

Die Behörde hat ihren Sitz in Berlin; auf sie finden §§ 14 und 15 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 195) Anwendung.

## Die Wedding-Ereignisse vor Gericht.

Wegen der Unruhen auf dem Wedding, die Ende Oktober 1910 im Anschluß an den Streik bei dem Schlächtermeister Ernst Wargenstein in der Schererstraße durch das Daszowischen der Polizei hervorgerufen wurden, begann gestern am Landgericht III vor der Strafkammer I ein großer „Aufruhr- und Landfriedensbruch“-Prozeß.

Folgende 18 Personen sind angeklagt: 1. Bauhilfsarbeiter Hartmann, 37 Jahre alt, 2. Bauarbeiter Herzig, 44 Jahre alt,

**B. Mischhändler Bagel, 35 Jahre alt, 4. Dreher Friedner, 10 Jahre alt, 5. Arbeiter Lube, 36 Jahre alt, 6. Tischler Schulz, 17 Jahre alt, 7. Fahrstuhlarbeiter Rehaab, 20 Jahre alt, 8. Arbeiter Brandt, 31 Jahre alt, 9. Arbeiter Wolter, 24 Jahre alt, 10. dessen Ehefrau Wolter, 27 Jahre alt, 11. Arbeiter Ties, 30 Jahre alt, 12. Aufwärtlerin Rohloff, 30 Jahre alt, 13. Zimmermannsfrau Haupt, 27 Jahre alt, 14. Frau Platow, 27 Jahre alt, 15. Hilfsmonteur Rudolph, 20 Jahre alt, Maurer Kupper, 34 Jahre alt, 17. Schmied Sähling, 34 Jahre alt, 18. Hausdiener Hellwig, 19 Jahre alt.** Teilnehmer am Streik befinden sich nicht unter den Angeklagten; fast durchweg sind es Bewohner der Umgebung der Schererstraße, die Gelegenheit gehabt haben, dem Warten der Polizei aus nächster Nähe zuzusehen, und aus Verdruss über die beobachteten Polizeimethoden oder auch nur aus törichtem Übermut sich der ihnen zur Last gelegten strafbaren Handlungen schuldig gemacht haben sollen. Die ersten sechs Angeklagten werden des Aufruhrs und Landfriedensbruchs, des Widerstands und der Polizeibeleidigung beschuldigt, die übrigen Angeklagten der Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, der Bedrohung mit einem Verbrechen, des Widerstands, der Polizeibeleidigung, der Sachbeschädigung.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Vahr, die Anklage wird vertreten durch die Staatsanwälte Brünning und Dr. Linde, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Heine, Feinmann, Oskar Cohn, Karl Liebnacht, Puppe, von denen einige einstweilen noch durch den Schwurgerichtspräsidenten wegen der Roabiter Vorgänge in Anspruch genommen sind.

#### Bernehmung der Angeklagten

Werden von den meisten die ihnen zur Last gelegten Straftaten bestritten.

Hartmann soll am 20. Oktober abends in der Gegend der Anton- und Magistraße sich in einer zusammengewürfelten Menschenmenge befunden haben, die der Polizei mit vereinten Kräften Widerstand geleistet haben soll. Er soll trotz dreimaliger Aufforderung der Polizei sich nicht aus dieser Menschenmenge entfernt haben, soll geschimpft haben: „Kommt doch her! Was wollen die Kerls? Hund, ich steche dich tot!“ und soll seiner Arrivierung Widerstand entgegengesetzt haben. Der Angeklagte versichert, er sei auf dem Heimwege ohne eigene Schuld in die Menge hineingeraten, habe keine Steinwürfe oder sonstige Gewalttätigkeiten bemerkt, keine Aufforderung gehört und sei pöbellich festgenommen worden. Möglich sei, daß er geschimpft habe, doch wisse er von den Vorgängen bei seiner Arrivierung nichts, da er sinnlos betrunken gewesen sei.

Der Angeklagte Gierisch wird beschuldigt, am demselben Abend an der Scherer- und Magistraße sich gleichfalls in einer Menschenmenge, wie oben geschildert, befunden zu haben. Auch er sagt, er habe keine Steinwürfe bemerkt und keine Aufforderung gehört. Er sei so fest eingeklinkt gewesen, daß er nicht vorwärts und nicht rückwärts konnte. Seiner Festnahme habe er keinen Widerstand entgegengesetzt. Er gibt zu, daß er in seiner Aufregung einen Schuhmann, weil der nach den Leuten mit dem Fuß gestossen habe, einen „Aushopp“ genannt habe, doch habe er nicht „Bluthund“ geschimpft. Rechtsanwalt Cohn bietet Beweis dafür an, daß Gierisch im Kreise seiner Bekannten das Wort „Aushopp“ oft und harmlos gebraucht.

Auch Bagel soll am Abend des 20. Oktober Aufreubr dadurch begangen haben, daß er in einer „zusammengewürfelten Menge“ war. Er behauptet, daß er einen Besuch in der Urechter Straße habe machen wollen. In der Ecke Magistraße habe er mit ansehen müssen, wie bei dem Transport des stürzten Gierisch Schulleute eine Frau mit ihrem Kinde beiseite stießen. Bei diesem Anblick habe er nicht, wie die Anklage behauptet, „Bluthunde“ gerufen, sondern nur sein Bedauern geäußert: „Die Frau mit dem Kinde kann mir leid tun!“ Im nächsten Augenblick habe ihm — der Angeklagte bricht bei dieser Schilderung in Tränen aus — ein Kriminalschutzmann einen Stock über den Kopf gegeben, und als er (Bagel) nach seiner Mühe sagte, habe der Beamte ihn festgenommen unter der Beschuldigung, die Hand zum Schlagen erhoben zu haben. — Rechtsanwalt Cohn: Wie wurde Bagel im Hausflur der Wache behandelt? — Vorl.: Was soll daraus folgen? — Rechtsanwalt Cohn: Die meisten der Angeklagten sagen, sie seien dort schwer mißhandelt worden. — Vorsitzender zu Bagel: Wollen Sie behaupten, daß Sie mißhandelt worden sind? — Angekl.: Ja, auf der Straße wurde ich von dem Kriminalschutzmann geschlagen, und auf der Treppe schlug ein uniformierter Schutzmann mich mit dem Säbel. In der Wache wurde ich anständig behandelt.

Am Abend des 20. Oktober hat, nach der Anklage, auch Friedner an der Ecke der Reinholdsdorfer- und Wiesenstraße „Aufreubr“ begangen. Die Menge, in der er verhaftet wurde, hatte ihn aufgehalten, so daß er stehen bleiben mußte. Er habe nicht, wie ihm vorgeworfen wird, „Bluthund“ gerufen, das sei neben ihm gerufen worden. — Vorl.: Wukten Sie, daß bei Morgenstern gestreift wurde? — Angekl.: Das hatte ich erfahren, aber meinen Kindern und meiner Frau hatte ich verboten, auf die Straße zu gehen. Der Vorsitzende befragt nachträglich auch die übrigen Angeklagten noch, ob sie von dem Streik wukten. Als Gierisch das verneint, fragt er: Lesen Sie nicht Zeitungen? Den „Vorwärts“ halten Sie doch wohl? Stand da etwas drin? — Angekl. Gierisch: Das las ich nicht. Ich bin abends müde, da lese ich nicht alles. — Staatsanw. Brünning: Ist Gierisch in einer gewerkschaftlichen Organisation? — Angekl. Gierisch: Ja. — Staatsanw. Brünning: Ebenso nehme ich es von Hartmann an. — Angekl. Hartmann: Ja. — Vorl. zu Bagel: Wukten Sie vom Streik? — Angekl. Bagel: Ja. — Rechtsanwalt Cohn hebt hervor, daß auch Hartmann über den Streik nicht unterrichtet war, weil er, abends müde von der Arbeit heimkehrend, die Zeitung nicht vollständig lesen kann. — Staatsanw. Linde: Er hält sie sich doch aber nicht zum Lügen. — Rechtsanwalt Cohn fragt nach dem

#### Zweck dieser ganzen Befragung über die Organisationszugehörigkeit und die „Vorwärts“-Lektüre.

— Staatsanw. Brünning meint, ein Organisiertes werde im „Vorwärts“ wohl besonders das Gewerkschaftliche lesen und müsse dann auch die Notiz über den Streik bei Morgenstern bemerkt haben. — Rechtsanwalt Cohn: Nicht jeder Organisierte liest alles Gewerkschaftliche. — Der Vorsitzende stellt dann auch bei Friedner nach fest, daß dieser nicht mehr in einer Gewerkschaft ist, den „Vorwärts“ nicht hält und vom Streik nichts wukte.

Lube soll in der Nacht zum 20. Oktober vor dem Hause Schererstraße 12 gestanden und mehrfach beim Herannahen der Polizei mittels seines Hauschlüssels sich und andere in den Hausflur hineingerettet haben. Wieder auf die Straße tretend, soll er „Bluthunde“ geschimpft haben. Er sagt, daß er von nachmittags 4 Uhr an gekneipt habe und sich daher nicht erinnern könne, geschimpft zu haben, auch nichts davon wisse, daß die Menge mit Steinen geworfen habe. Er gibt an, in vier Kneipen zusammen 20 Glas Bier und 10 Roggalk getrunken zu haben. Vom Streik habe er gewußt; von einem Flugblatt gegen Morgenstern und einer Aufforderung zum Boykott habe er erst am nächsten Tage erfahren. Er sei im Zentralverband der Schmiede, gehöre zum sozialdemokratischen Wahlverein und habe das zur Ruhe mahnende Extrablatt des „Vorwärts“ mit ausgelesen. Der Vorsitzende fragte ihm alle diese Einzelheiten ab.

Der noch jugendliche Schulz wird beschuldigt, am 20. Oktober gegen Mitternacht an der Ecke der Reinholdsdorfer- und Wiesenstraße aus einer Menschenmenge heraus nach Schulleuten mit einem Stein geworfen zu haben. Er versichert, das habe ein neben ihm stehender junger Mann getan, der gleich ihm eine graue Mütze trug. Verhaftet wurde er erst später und in der Nähe der Gottschalkstraße. — Vorl.: Weshalb liefen Sie denn? — Angekl.: Weil die anderen auch liefen. — Vorl.: Sie sollen bei der Verhaftung sofort gesagt haben: „Ich war es nicht!“ — Angekl.: Ich fragte: „Was soll ich gemacht haben?“ Er sagte: „Sie haben mit Steinen geworfen!“ Da sagte ich: „Sie irren sich.“ Auch dieser Angeklagte wird gewissenhaft befragt, ob er vom Streik wukte.

#### Mißhandlungen auf der Wache

erzählt zu haben, gibt auch Schulz an. Es handelt sich um die Wache Ede Urechter und Magistraße. Auf nachträglichen Befragen klagt Gierisch über ähnliche Geschehnisse, die er dort gehabt habe;

Auf der Wache gab man mir einen Fußtritt, mit einem Fußtritt brachte man mich auch in die Zelle. Wenn meine Frau nicht dabei gewesen wäre, hätte ich jodeln Heile bekommen. . . . — Vorl.: Wenn sie nicht dabei gewesen wäre! — Rechtsanwalt Cohn: Der Angeklagte Rehaab wird sagen, daß er die ganze Nacht hindurch gehört habe, wie nach jeder Einlieferung Wehgeschrei ertönte. — Angeklagter Gierisch: Auch ich war bis 1/2 Uhr auf der Wache. In der Zeit wurden nacheinander etwa 8 Mann gebracht. Immer wieder hörte ich schreien. — Vorl.: Wie denn? — Angeklagter „Hilse! Ich habe doch nichts gemacht!“ — Vorl.: Wenn einer sagt: „Ich habe nichts gemacht!“ Dann . . . — Angeklagter: Geschrien haben sie. — Vorl.: Ja, was? — Angeklagter: Au, au, au! — Vorl.: „Ich habe nichts gemacht!“ würde nicht ohne weiteres darauf schließen lassen, daß geprügelt wurde. — Staatsanw. Brünning findet, daß das nichts mit den Straftaten der Angeklagten zu tun hat. Er beanstandet auch, daß die Angeklagten weiter hierüber befragt werden.

#### Sind die Mißhandlungen gleichgültig?

Staatsanw. Linde: Die Glaubwürdigkeit der Beamten, die die Angeklagten auf der Straße festnahmen, könnte nicht durch Mißhandlungen, die etwa auf der Wache von anderen Beamten begangen worden wären, beeinträchtigt werden. — Rechtsanwalt Cohn: Einige der Stürzten wurden auch schon auf der Straße mißhandelt. Die Zulassung dieser Frage ist wichtig noch aus einem anderen Gesichtspunkt. Die Polizei nimmt ein disziplinares Sühnungsrecht in Anspruch. Es ist möglich, daß das Gericht bei der Festsetzung des Strafmaßes das berücksichtigt. — Rechtsanwalt Puppe: Werden die Angaben über Mißhandlungen erwiesen, so spricht das für die Glaubwürdigkeit der Angeklagten. — Rechtsanwalt Karl Liebnacht: Wenn der allgemeine Teil der Anklage überhaupt einen Sinn hat, so muß, um die Situation sozugenau bei den beiden Parteien und ihre Stimmung zu beleuchten, auch die Frage der Mißhandlungen erörtert werden. Können die Objekte der polizeilichen Erziehungsmethode die Mißhandlungen auf der Wache nachweisen, so läßt sich daraus auch auf das frühere Verhalten der Schulleute schließen. — Staatsanw. Brünning beanstandet den Ausdruck „polizeiliche Erziehungsmethode“ und bleibt dabei, das Verhalten der Schulleute nach der Festnahme sei unerheblich für die Beurteilung der Angeklagten. — Das Gericht beschließt, Fragen nach Mißhandlungen zuzulassen. — Auf Befragen gibt dann noch Angeklagter Schulz an, nach seiner Festnahme sei er von 4 Kriminalbeamten mit Stöcken und Gummifingerringen auf dem Wege zur Wache und auch auf der Wache geschlagen worden.

Der Angeklagte Rehaab wird beschuldigt, in der Reinholdsdorfer Straße am Abend des 20. Oktober aus einer Menge heraus „Bluthunde“ gerufen zu haben. Bei seiner Festnahme fand man in seiner Hand ein geschlossenes Taschenmesser. Er sagt, er habe kurz vorher Wurst geschnitten, das Messer in den Saletot gesteckt und es unbenutzt ergriffen. Dieser Angeklagte war auf der Wache etwa von abends 1/2 Uhr bis nachts 3 Uhr. Er gibt an, von zwei Uniformierten sei er mit einem Stoß ins Genick hineingefördert worden, und eine Gruppe von 8 bis 10 Säugleuten habe dann auf ihn eingeschlagen. Schläge und Hülserufe habe er später wiederholt gehört. — Staatsanw. Brünning: Wie kommt es, daß die Angeklagten erst jetzt hiermit hervortreten? — Angeklagter Gierisch: Ich habe früher nicht daran gedacht. — Angeklagter Bagel: Auf dem Alexanderplatz habe ich es gesagt, es muß doch dabei stehen. — Vorl.: Beim Untersuchungsrichter haben Sie nichts gesagt. — Angeklagter: Jawohl, da habe ich es gesagt. — Vorl.: Es steht aber nichts im Protokoll. — Angeklagter Friedner: Ich hielt das beim Untersuchungsrichter für wertlos. — Angeklagter Schulz: Ich war damals zu ängstlich. — Angeklagter Rehaab: Mir sagte der Untersuchungsrichter: „Ich werde Ihnen schon zeigen!“

Brandt ist nur der Beleidigung angeklagt. Aus einem Lokal heraus tretend, soll er Schulleute beschimpft haben: „Mäuerbandel Räuber, Halunken! Spießhaken!“ Er gibt nur zu, im Scherz gerufen zu haben: „Zum Schluss die Räuber!“, ohne jemand damit gemeint zu haben. Auf Befragen gibt er an, er habe nichts vom Streik gewußt, sei nicht gewerkschaftlich organisiert, gehöre nicht zum Wahlverein, lese nicht den „Vorwärts“. Bei seiner Verhaftung aus dem Lokal heraus habe man ihm einen Genickstoß und einen Fußtritt gegeben und ihm die Sachen total zerrissen. Auf der Wache sei er nicht mehr mißhandelt worden.

Wolter wird der Polizeibeleidigung und der an eine Menge gerichteten Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen beschuldigt. Er war in der Nacht des 20. Oktober mit seiner Frau spät nach seiner Wohnung im Hause Reinholdsdorfer Straße 36 heimgekehrt und beobachtete vom Fenster aus die Vorgänge auf der Straße. Er gibt an, gesehen zu haben, wie ein aus einer Bedürfnisanstalt tretender Herr auf fast menschenleerer Straße von Kriminalschutzleuten geschlagen wurde. In der Erregung habe Wolter gerufen: „Psui! Schämt Euch was! Der Mann hat ja nichts getan!“ Die Anklage behauptet Ausdrücke wie: „Bluthund! Spießhaken! Verbrecher! usw.“, aber Wolter bestritt sie. Er bestritt auch, eine Menge durch Rufe aufgereizt zu haben, sich das nicht gefallen zu lassen.

Frau Wolter ist der Polizeibeleidigung angeklagt. Sie gibt nur zu, aus dem Fenster „Psui!“ gerufen zu haben, weil ein Polizist mit dem Revolver drohte. Sie bestritt Rufe wie: „Ihr blauen Hunde, Ihr kriegt was auf den Kopf!“

Ties soll aus seinem Fenster heraus, in eine Menge hineingeschrien haben: „Bluthund! Strolche!“ usw., er bestritt das aber.

„Bluthund!“ Rufe aus dem Fenster waren auch der Frau Rohloff zur Last gelegt. Sie gibt sie zu, entschuldigt sich mit Erregung und sagt, sie wisse nicht, wen sie damit meinte.

Frau Haupt soll auf der Straße, weil man sie nicht durchließ, „Bluthund!“ geschimpft haben. Sie bestritt das und gibt an, ein Schutzmann habe ihr gesagt: „Gehen Sie, sonst haue ich Ihnen eins in die Schnauze!“ worauf sie nur geantwortet habe: „Na, Sie werden uns doch nicht gleich in die Schnauze haue!“ Der Frau Platow wird zur Last gelegt, auf der Straße beim Anblick eines Gefangenentransports „Bluthunde!“ gerufen zu haben. Sie bestritt das. Auch das bestritt sie, bei ihrer Festnahme von der Seite ihrer Freundin weg sich verteidigt zu haben: „Nicht ich war es, die war!“ — Angekl. Brandt gibt an, er selber sei damals vorbeisturmiert worden, habe aber von den beiden Frauen kein Schimpfwort gehört.

Rudolph ist angeklagt der Sachbeschädigung. Er soll in der Nacht zum 20. Oktober gegen 2 Uhr an der Ecke der Reinholdsdorfer- und Wiesenstraße Laternen vorsätzlich zertrümmert haben. Er sagt: Vorsätzlich? Ich bin aufgeregter worden, meiner Ansicht nach von einem Kopfschlag, und nahm dann einen Stein. Ich warf auch, traf aber nicht. Unterwegs wurde ich von dem angehenden Kriminalbeamten in Rücken und Nacken geschlagen, von dem angehenden Kriminalbeamten! Auf der Wache wurde ich an den Ofen gestossen und mit Knüppeln bearbeitet. Angeklagter gibt auf Befragen an, daß in jener Nacht ein Zeuge, der gegen ihn auftrat, sich als Kriminalbeamter bezeugt habe.

Beleidigung und Widerstand wird dem Angeklagten Kupper vorgeworfen, der vor Schulleuten mit einem „Psui!“ ausgespuckt und bei seiner Festnahme sich gegen den Boden gestemmt haben soll. In der Voruntersuchung hat er es als möglich zugegeben, er kann sich aber nicht erinnern, weil er bei seiner Festnahme angegriffen war. Die übliche, an alle Angeklagten gerichtete Frage, ob er was vom Streik gewußt habe, beantwortet Kupper mit Nein. — Vorl.: Dann ist es ja noch weniger zu entschuldigen, daß Sie „Psui!“ riefen.

Sähling soll „Bluthunde!“ gerufen haben. Er bestritt es; der Vorsitzende hält ihm aber vor, die eigene Frau des Angeklagten habe angegeben, ihn wegen des Rufes „Bluthund!“ vom Fenster weggezogen zu haben.

Der Angeklagte Hellwig wird beschuldigt, gegenüber einem Gefangenentransport durch ein „Psui! Haut ihn!“ die Polizei beleidigt und eine Menge zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert zu haben. Er bestritt das. Vor den angreifenden Schulleuten sei mit anderen auch er getroffen; in einem Hause habe ein Kriminalbeamter ihn ergriffen, und der habe ihm sofort einen Stock über den Kopf gegeben.

Nach Schluß der Vernehmung beantragt Rechtsanwalt Cohn,

die Angeklagten Hartmann, Bagel, Friedner, Lube nunmehr aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Das fürmliche Tempo, mit dem hier wie in den anderen Prozessen die Staatsanwaltschaft die Angeklagten habe festhalten lassen, sei durch nichts gerechtfertigt, da die zu erwartende nicht hohe Strafe nicht fluchtverdächtig begründe. Der Staatsanwalt Brünning widerspricht. Das Gericht beschließt hierüber erst am Ende der Sitzung und kommt zu einer

#### Abwahnung des Haftentlassungsantrages,

der jetzt noch nicht am Platze sei.

Die

#### Beweiserhebung

beginnt mit der Vernehmung von Zeugen, die dem Gericht ein Bild von der

#### Entstehung des Streiks bei Morgenstern

geben sollen.

Schlächtermeister Morgenstern hat den Vortritt. Er bekundet, mit dem Zentralverband der Fleischer habe er einen Tarifvertrag abgeschlossen, durch den er sich verpflichtete, Leute vom Verband einzustellen. Zu Differenzen sei es gekommen wegen eines von ihm eingestellten Erstgehilfen, eines Bekannten von ihm, des früheren Schlächtermeisters Kuppert, der nicht im Verband war. Der Verband habe zunächst sich einverstanden erklärt, hinterher aber sei gefordert worden, daß er ihn entlasse, weil er für seinen Posten nicht geeignet sei. Morgenstern nahm ihn dann aus dem Geschäft Schererstraße hinter dem Kaiser-Wilhelm-Straße. Zum Streik kam es nachher wegen der Entlassung zweier dem Verband angehörenden Gesellen Giers und Henke. Diese beiden seien ihm als erbitterte Gegner bekannt gewesen, die dafür — so behauptet Morgenstern — gesorgt hätten, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Gesellen unerträglich wurde. Daß er sie entlassen werde, habe er vorher dem Verbandsmitglied, auch habe er gefordert, ihm zwei andere Gesellen zu schicken, was freilich nicht geschehen sei. Dem Gesellen Giers war auch für einen Monat, an dem er nicht gearbeitet hatte, der Lohn gefügt worden, um 3 Mark für ein paar Montagstunden. Das hatte zu einer Differenz mit dem Geschäftsführer Stiller geführt, doch erfuhr Morgenstern hiervon, sagt er, erst nach der Kündigung. Zeuge gibt auf eine Frage des Rechtsanwalts Cohn nach der im Morgensternschen Betrieb üblichen Leberstundenwirtschaft noch an, früher sei bei ihm so lange gearbeitet worden, wie zu tun war. Giers sei „ein guter Mensch“ gewesen, ehe er dem Verband beitrug, und von da an erst seien von ihm und anderen die Leberstunden verweigert worden. — Rechtsanwalt Cohn: Weshalb verweigerten sie denn Leberstunden? — Zeuge: Sie sagten, ich solle mehr Leute einstellen. — Auf Befragen sagt Zeuge, daß bei ihm in der Woche täglich 10 1/2 Stunden, am Sonntag drei Stunden gearbeitet worden sei.

Sein Geschäftsführer Stiller äußert sich ähnlich über die Ursache des Streiks. Die beiden Gesellen Giers und Henke habe er auf Veranlassung Morgensterns gekündigt. Giers sei seit seinem Eintritt in den Verband nicht mehr zu brauchen gewesen. Vor allem sei er gegenüber ihm, dem Geschäftsführer frech gewesen, und das könne er sich doch nicht gefallen lassen. Nach Ausbruch des Streiks sei am 27. Oktober ein Schaufenster im Morgensternschen Laden in der Schererstraße zertrümmert worden. Die Arbeitswilligen seien durch Polizei zur Straßenbahn gebracht worden, einmal habe man sie auch über Nacht im Geschäft behalten. Die Kundschäft habe sofort sich vermindert.

Als Beauftragter des Verbandes hat Böhlmann mit Morgenstern und Stiller verhandelt. Zeuge ist am Berichterstatterisch noch weniger als die beiden vor ihm vernommenen Zeugen zu verstehen. Er bekundet, der Einstellung Kupperts zugestimmt, aber sogleich Bedenken gegen dessen Leistungsfähigkeit geäußert zu haben. Tatsächlich habe dann Kuppert nicht verstanden, die Arbeit so einzurichten, daß sie rechtzeitig fertig wurde, darum hätten die Gesellen nicht mehr mit ihm arbeiten wollen. Giers habe am Sonntag nicht gearbeitet, sich aber mit Krankheit entschuldigt. Daß ihm dann für die paar Stunden ein so erheblicher Betrag abgezogen worden sei, habe man um so mehr für unrecht gehalten, da doch am Sonntag ohnedies nicht gearbeitet werden sollte. Zeuge widerspricht der Behauptung Stillers, daß wegen dieses Abzuges eine Arbeitsniederlegung in Aussicht gestellt worden sei. Er widerspricht auch der Behauptung Morgensterns, daß dieser die Entlassung der beiden Gesellen dem Verband vorher angemeldet habe. Diese Entlassung habe dann den Streik der anderen Gesellen veranlaßt, da diese sich solidarisch mit ihnen erklärten. Gegen eine Frage des Vorsitzenden, wer für ein vom Verband unterzeichnetes Flugblatt gegen Morgenstern verantwortlich sei, wendet Rechtsanwalt Cohn ein, es gehe doch nicht an, den Zeugen so über die Angelegenheiten seiner Organisation auszufragen. Zeuge gibt an, er sei nur aus Hilfsweg beim Verband tätig gewesen und habe am Tage des Erscheinens des Flugblattes schon wieder in seinem Beruf als Geselle gearbeitet.

Durch dieses Flugblatt und ein zweites, das gleichfalls vom Verband unterzeichnet war, soll eine Erregung in die Bevölkerung hineingetragen worden sein. Sie werden verlesen. Das erste äußert sich über die Ursachen des Streiks, über Meister Morgensterns Haß gegen die Organisation, seinen „Herr im Hause“-Standpunkt. Es fordert die Arbeiterhaft zur Unterstützung der Streikenden auf. Ein zweites Flugblatt, das mehrere Wochen später erschienen ist, sagt, es werde dafür gesorgt werden, daß man Herrn Morgenstern das nicht so bald vergessen werde. Streikende habe er als „Verbrecher“ bezeichnet. Verbrecher seien ihm organisierte Arbeiter, aber als Kunden seien ihm die Arbeiter annehmlich.

Der Vorsitzende verlegt dann die Sitzung auf heute 9 Uhr.

## Gerichts-Zeitung.

#### Esmerfert wider Breitscheid.

Im „Freien Volk“ veröffentlicht der Beklagte Breitscheid folgende Erklärung, der wir ebenso wie der neulich vom Kläger abgegebenen Raum geben. Unsere Bemerkungen zu dem Ausschluß der Oeffentlichkeit in dem Prozeß werden hierdurch nicht geändert. Die Erklärung geht dahin:

Da in verschiedenen Blättern der Ausschluß der Oeffentlichkeit während der Vergleichsverhandlungen bemängelt worden ist, sei hier folgendes festgesetzt: 1. Als ich den Gerichtssaal (ber-spödet) betrat war niemand im Zuscherraum anwesend. Es ist mir unbekannt, ob zuvor Zuhörer entfernt worden sind. 2. Erst im Verlauf der Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß es seine Gewohnheit sei, während der Vergleichsverhandlungen die Oeffentlichkeit auszuschließen. Ich erbot dagegen ebensowenig wie die Gegenpartei ausdrückliche Einspruch, zumal da das Gericht es ablehnte, auf die materiellen Grundlagen des Prozesses zurückzugehen. Wäre der Vergleich nicht zustande gekommen, so wäre die Sache, wie der Vorsitzende andeutete, ohnedies aufs neue verlag worden, da der Zeuge Igenstein verweist war. 3. Hätte ich gewußt, daß zahlreiche Pressevertreter vor der Tür auf Einlass warteten, würde ich natürlich die Herstellung der Oeffentlichkeit ausdrücklich gewünscht haben. Die Herren Vertreter der Presse aber waren nicht von uns, sondern von der Gegenseite geladen worden. Daß ich nichts zu verbergen hatte, ergibt sich aus dem Vergleich.

#### Oeffentliche Langstbarkeit.

Genosse Pollak und der Gastwirt Schirner in Bries waren wegen Abhaltens einer nicht genehmigten öffentlichen Langstbarkeit im Lokal Tischerers von der Strafkammer zu Geldstrafen verurteilt worden. Der Gastwirt sollte außerdem die Polizeistunde übertreten haben. Und Pollak hatte wegen Beleidigung eines Polizeisergeanten noch eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen erhalten. In dem Urteil hieß es: Die vom sozialdemokratischen Ortsverein in Bries veranstaltete Maifest sei zweifellos eine öffentliche gewesen. Die Frage könne nur sein, ob die abends im Saal abgehaltene Langstbarkeit ebenfalls den Charakter einer öffentlichen Veranstaltung gehabt habe. Das sei anzunehmen. Allerdings seien zum Lang nur solche männlichen Personen zugelassen worden, welche Mitglieder des veranstaltenden Ortsvereins





Großkesselung von Zwergerl in der Döblichstr. 54, in der er eine Stunde gewerkt hatte, plötzlich zusammen und verschied alsbald. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen, den wahrscheinlich ein Herzschlag herbeigeführt hat.

Ueberschreien und getödet wurde Montagmorgens in der Genthiner Straße die sieben Jahre alte Schülerin Elsa Taubert, die einzige Tochter einer Arbeiterwitwe aus der Probenstraße Nr. 30. Frau Taubert locht in Speisewirtschaften und ist deshalb häufig nicht zu Hause. Ihre Tochter war viel selbst überlassen und ein ziemlich lebhaftes Kind. Sonntagmorgens gegen drei Uhr spielte der kleine Wildfang mit anderen Kindern in der Genthiner Straße, geriet hier vor dem Hause Nr. 11 unter die Krastdrose Nr. 9610, wurde über den Leib gefahren und so schwer verletzt, daß sie auf der Hülfsstraße in der Steglitzer Straße, wohin der Wagenführer sie brachte, nach kurzer Zeit unter den Händen des Arztes starb. — Ein gleicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabendmorgens in der Döblichstraße. Dort wurde der 47 Jahre alte Wäschereiarbeiter Wilhelm Grawunder aus der Bahnstraße Nr. 15 zu Köpenick von einer Krastdrose überfahren und getödet. Der Mann wurde von seinem Arbeitgeber, der auf der anderen Straßenseite mit dem Wagen hielt, mit einem Bündel Wäsche nach der Döblichstraße herauf, wurde umgestoßen und geriet unter die Räder, die ihm über den Leib gingen. Der Droschkenführer brachte den Verunglückten mit seinem Wagen nach der Rettungswache in der Steglitzer Straße, wo er schon bei der Ankunft starb.

Zwei schwere Zusammenstöße, bei denen zwei Personen verletzt wurden, ereigneten sich in der Sonntagnacht kurz hintereinander in der Lühnowstraße, nahe dem Magdeburger Platz. Zuerst karambolierte vor dem Hause Nr. 48 ein Straßenbahnwagen der Linie 83 mit einem Geschäftswagen der Firma Hilberich. Bei der Kollision wurde der vierjährige Knabe Hermann Bogelgang vom Bod geschleudert, so daß er unter sein eigenes Führer geriet. Der Verunglückte erlitt erhebliche Quetschungen am rechten Oberarm. Der zweite Zusammenstoß erfolgte wenige Häuser weiter, an der Kreuzung der Genthiner Straße. Hier kollidierte ein Straßenbahnwagen der Linie 93 mit einer Automobildroste, wobei die Insassin der Drosche, die 58 jährige Rentiere Anna Simon, mit dem Kopf gegen die Vorderwand des Autos geschleudert wurde. Die Verunglückte zog sich eine schmerzhafteste Nasenbeinverletzung zu und fand auf der Unfallstation in der Steglitzer Straße die erste Hilfe. Dann wurde sie nach ihrer Wohnung in der Rathenower Straße 5 geschafft.

Zusammenbruch einer Aufschubbahn bei einer Ballschicht. Durch einen bedauerlichen Unfall wurde am Sonntagabend in Reßlers Neuer Philharmonie eine Ballschicht gestört, die von einer Schlächtermeistervereinigung veranstaltet worden war. Infolge Ueberlastung brach dort eine im Saal aufgestellte Aufschubbahn in sich zusammen, wobei acht Personen, vier Damen und vier Herren, verunglückten. Zwei von ihnen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben, während sich die anderen sechs bald wieder von dem Schreck erholten. Die Aufschubbahn sollte laut Vorschrift jedesmal nur von drei Personen benutzt werden. Da der Ansturm auf die Bahn aber immer stärker wurde, gab die aufsichtführende Person schließlich zu, daß auch mehr als drei Personen zu gleicher Zeit die Bahn benutzen. Als dann gar acht Personen die Aufschubbahn bestiegen, trat die Katastrophe ein. Die ganze Gesellschaft stürzte schreiend mit den Trümmern der geräuschvollen Bahn in den Saal hinab. Glücklicherweise waren aber die Verletzungen nicht sehr gefährlich.

Wegen Kindesmordes verhaftet wurde ein Dienstmädchen Hedwig K. aus der Verlichtingstraße 20. Sie hatte am vergangenen Dienstag abend heimlich geboren, das Kind erdrosselt und in ihren Wäschekorb gesteckt. Dort wurde die Leiche gestern gefunden. Die Verhaftete legte ein Geständnis ab.

Ein alter Kinderschaukel erhängt hat sich gestern abend der 35 Jahre alte Tischlergeselle Wilhelm Krimmel aus der Hollmannstraße 11. Unerwartete Ereignisse haben zu der Tat geführt.

Die Arbeiter-Bildungsschule beging ihr 20. Stiftungsfest unter Darbietung von „Altsächsischer Kunst in Wort und Lied“. Genosse Franz Diederich, Dresden, zum Festredner bestellt, betonte in seiner Ansprache die inneren Zusammenhänge zwischen der Volksbildung früherer Jahrhunderte und den im sozialistischen Proletariat von heute immer lauter werdenden Wünschen nach jener einfachen gesunden Poesie, die sich im Zeitalter der Renaissance zum Gipfel ihrer reichen Kraft und unverfälschten Lebensfülle emporschwang. Diesmal galt es vornehmlich Hans Sachs zu Ehren zu bringen, wobei auch einige anderer altsächsischer Dichter, wie Walther von der Vogelweide, des größten obdänischen Minnesängers und der Satiriker Sebastian Brant und Johannes Waul gedacht wurde. Auf den Nürnbergers Dichter und Meisterfinger war indessen das Programm festgelegt. Zwar hätte sich hier manches Vortragsstoff finden lassen, das ihn auch als Zeitsatiriker besser charakterisiert, wie z. B. sein satirisches Flugblatt auf den „frommen“ Adel, „der allein das Recht auf Straßenraub haben“ wollte und wobei der Vergleich mit den ostelbischen Krautjüngern von heute unwillkürlich sich einstellt. Dennoch war eine glückliche Wahl getroffen, insofern der gemüthliche Serpenter der Moral des damaligen Bürger- und Bauernstands reichlich zu Wort gebracht wurde. Hauptächlich erbrachten zwei seiner humorvollen Fastnachtspiele („Das heiße Eisen“ und „Das Räuberbrüder“) den untrüglichen Beweis von seiner lebensvollen Wirkung auch noch in unseren Tagen. Und den Vorlesern dieser Schwänke: Eugenie Berner, Mara Oberländer, Vergen, sowie Hans Werber und Artur Vergen gebührt hierfür alle Anerkennung, die ihnen denn auch einmüthig gezollt wurde.

Als Lautenspielerin hörten wir Frau Käthe Han. Sie hat sich ein äußerst dankbares Gebiet erworben. Sie will den Typus des „fahrenden“ oder „gelüftigen Fräuleins“, das ja im größten Aufschwung der Vaganten, Spielleute und Söldnerden vom frühesten Mittelalter her eine bemerkenswerte Rolle gespielt hat, wieder lebendig machen. Es läßt sich so darüber streiten, ob es nicht weit charakteristischer wäre, das „fahrende Fräulein“ getreu im modernen Hintersitzmännchen jener Zeit zu verkörpern, statt in einem mehr dem Kabarettgeschmack unserer Tage huldigenden Phantastelium. Auch ist die Sängerin in einleitenden Erklärungen des Guten zu viel. Indessen gelingt es ihr doch gut, uns eine Vorstellung von jenem weiblichen Streunerwolf zu vermitteln. Sie wird an Arbeit gewinnen, je entschiedener sie dem modernen Varietéstil Valet sagt. Sie kann das Wagnis tun, denn sie zeigt originale Begabung, die weiter hinanzieht.

In Zukunft dürfte es sich empfehlen, solche Abendprogramme stärker und zwar auf die soziale Kunst hin zu konzentrieren. Schließlich möchten wir auch auf die zum Teil prachtvoll vollstimmigen Poesien und ungemünzten scharfsinnigen Satiren kirchlichen wie weltlichen Charakters der „Söldner“ oder wandernden Merker zwischen dem 11. bis 13. Jahrhundert hinweisen.

In der juristischen Sprechstunde ist am Mittwoch ein Gut vertauscht worden. Es wird gebeten, denselben im Sekretariat des „Vorwärts“ abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmerdorf-Galensee.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung einen Regimentsvorlage zugestimmt, wonach am Ort eine Mädchen-Mittelschule gegründet werden soll. In fremden Sprachen sieht Englisch auf dem Lehrplan, doch finden die Schülerinnen in den höheren Klassen auch Gelegenheit zur Erlernung der französischen Sprache. Von sozialdemokratischer Seite wurde bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die organische Angliederung des höheren Schulwesens an die Volksschule eine Notwendigkeit sei; auch möchte unser Redner auf die Rückständigkeit des Volksschulwesens im Allgemeinen aufmerksam. Erfreulicherweise konnte er sich bei seinen Ausführungen auf ein Gut

stücken stützen, daß der Direktor Weuber von der Victoria-Luisen-Schule am Ort in der vorliegenden Angelegenheit erstattet hat. Es heißt darin nämlich: „Als Mittelschule vermochte die Volksschule schon seit geraumer Zeit nicht mehr die geeignete Vorbereitung für die verschiedenen Zweige des Handwerks, des Kunstgewerbes, des Handels und der Industrie, die eine außerordentliche Erweiterung durchgemacht hatten, zu bieten.“ Und an einer anderen Stelle tritt das Gutachten der in Volksschulkreisen vertretenen Ansicht, daß die Mittelschule die Volksschule zur Armen-Schule herabdrücken werde, mit dem Argument entgegen, daß „die Volksschule eben nicht die Aufgaben zu erfüllen vermag, die die verschiedenen Berufe an die Volksschule stellen.“ Für die Engfertigkeit gewisser Kommunalpolitiker und für die Widerstände, denen gewissenhafte Schulmänner in Wilmerdorf entgegenzusetzen zu müssen glauben, ist es bezeichnend, daß das Gutachten sich auch gegen die „ganz vereinzelt Stimmen“ wendet, die dahin gehen, daß durch die Errichtung der Mittelschule eine weniger steuerkräftige Bevölkerung herangezogen werden könnte.

Es ist bei der Zusammenziehung der Stadtverordnetenversammlung begreiflich, daß die sozialdemokratischen Anregungen auf ziemlich feinen Boden fielen, wenn auch ein bürgerlicher Redner, der selber Schulmann ist, die Versicherung abgab, daß er im Prinzip für die Einheitschule sei.

Ermahnt sei noch, daß die Schule zu Ostern dieses Jahres in den Räumen der Victoria-Luisenschule eröffnet wird. Die Mädchen-Mittelschule ist neunklassig; das Schulgeld beträgt für Einheimische in den drei unteren Klassen 60, in den folgenden Klassen 72 M. jährlich. Für auswärtige Schülerinnen sind 100 und 120 M. zu zahlen.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Sonntagmorgens an der Ecke der Berliner und Ullandstraße. Als der Straßenbahnführer Conrad den Motorwagen 2743 der Linie 81 an der Haltestelle verließ, wurde er beim Ueberschreiten des Fahrdammes von der Autobroste 9004 zu Boden gerissen und überfahren. Der Verunglückte, der einen doppelten Bruch des rechten Oberarmes und eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus in Lichterfelde überführt.

### Schöneberg.

Die Wahl des ersten Bürgermeisters dürfte, so wird und berichtet, wahrscheinlich noch in diesem Monat erfolgen. Von 65 eingegangenen Bewerbungen sind 23 zur engeren Wahl gestellt, von denen wiederum elf ausscheiden. Die günstigsten Chancen haben die Herren Dominicus, Straßburg und Stadtschultheiß Meyer-Charlottenburg. Im letzten Augenblick ist auch Bürgermeister Blankenstein genannt worden. Gleichzeitig soll auch die Wahl eines Stadtrats für das Tiefbauamt erfolgen. Bewerbungen für dieses Amt sind 61 eingegangen; hier hat man sich auf vier Herren geeinigt, die zur engeren Wahl gestellt werden sollen. In günstigster Position stehen Bauinspektor Rißch-Berlin und Schmidt-Charlottenburg. Da wichtige Arbeiten zu erledigen sind und die Verhätigungen häufig recht lange auf sich warten lassen, so drängen die Wahlen.

Ein Ueberfall wurde gestern morgen gegen 4½ Uhr in dem Grand Café in der Hauptstraße 28/24 verübt. Der 32 Jahre alte Geschäftsführer Artur Leopold hatte vor längerer Zeit den 28 Jahre alten Küchenchef Kuhnmann entlassen. Dieser war seit dem stellungslos. Als gestern morgen Leopold mit einer Kaffette, die die Tageslösung enthielt, nach Geschäftsschluss vom Erdgeschoß nach seiner im ersten Stock neben dem Billardzimmer und einem kleinen Raum gelegenen Wohnung ging und im Billardzimmer eine elektrische Lampe andrehte, sah er sich plötzlich dem Kuhnmann gegenüber, der auf ihn einbrach. Der Hausdiener Erdmann, der Leopold begleitete, ergriff einen Stuhl und schlug damit auf Kuhnmann ein. In dem Ringkampf blieb Kuhnmann seiner ehemaligen Arbeitgeberin in den Haaren. Dann machte sich Kuhnmann frei und suchte zu entkommen. Der Hausdiener, andere Angestellte des Cafés und Leute aus dem Hause verfolgten ihn aber, holten ihn im dritten Stock ein, nahmen ihn fest und übergaben ihn der Revierpolizei. Kuhnmann behauptet, er habe sich wegen schlechter Behandlung und ungerechtfertigter Entlassung rächen und dem Geschäftsführer einen Denkzettel geben wollen. Die Absicht, die Kaffette zu rauben, bestreitet er.

### Steglitz.

Die erste Gemeindevertreterversammlung im neuen Jahre wurde mit den üblichen Hochs eröffnet; hierbei zeigte sich, daß diese Augenblicke offenbar zu ersten geübt sind, denn verschiedene Gemeindeglieder klappten bedenklich nach. Der Wunsch des Bürgermeisters, daß im neuen Jahre Frieden in der Versammlung herrschen möge und Meinungsverschiedenheiten sachlich ausgesprochen werden möchten, erfüllte sich bis Punkt 8 der Tagesordnung. Bis dahin bewilligte die Versammlung ohne Debatte in holler Eintracht Beiträge an die Zentralstelle für Volkshilfe und an den Verein für die Berliner Arbeiterkolonie, sowie 127,50 M. als Entschädigung für einigen Schülern der Oberrealschule in Schulkasse gestohlene Ueberzieher und sonstige Sachen. In Zukunft soll durch bessere Aufsicht den Paletotwärtern ihr Handwerk erschwert werden. Einstimmig wurde ferner die Errichtung einer Steglitzer Sparkasse beschlossen, um dem Mittelstand und den kleinen Leuten das Sparen zu erleichtern. Damit allein wurde der Antrag vom Gemeindevorstand begründet. Der Antrag des Gemeindevorstandes auf Erlass eines Ortsstatuts und einer Polizeiverordnung über die Befreiung der Bürgersteige von Eis und Schnee und das Streuen bei Glätte durch die Grundeigentümer war der Janapsel, der den halbständigen tiefen Frieden sah löste. In zweifelhafte Rede schloß wurde für und gegen gekämpft, oft mit gebärgigen persönlichen Ausfällen der bürgerlichen Gemeindevertreter gegeneinander. Schließlich kam ein Antrag des Gemeindevorstandes zur Annahme, die Sache zu vertagen und am kommenden Freitag einer außerordentlichen Sitzung zur endgültigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Der Aufstufminister hat unserer Gemeinde eine Bronzefigur als Geschenk angeboten. Die Schenkung wurde angenommen und 500 M. zur Aufstellung der Figur (vorausichtlich im „Stadt-park“) bewilligt. Jeweils Erörterung der Schaffung eines Zweigverbandes Groß-Berlin wurde eine gemischte Kommission eingesetzt, desgleichen eine solche zur Ausarbeitung eines Ortsstatuts betr. Benutzung von Straßenland zur Lagerung von Baumaterialien. Schließlich wurde noch das Bauprogramm und das Vorprojekt für die höhere Mädchenschule auf dem sogenannten Rudenader genehmigt.

### Rixdorf.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr in dem Hause Bahmannsdorfer Straße 62. Dort war die 42jährige Wollstrau Hauzer damit beschäftigt, in der Wäsche einen Kessel mit kochendem Wasser in einen Wottich zu schütten. Neben ihr spielte ihr fünfjähriger Sohn Willi mit einem sechs-jährigen fremden Knaben. Als sich die Wollstrau für einige Augenblicke aus dem Raum entfernte, ergriff der ältere Knabe seinen Spielgefährten, rang mit ihm und schleuderte ihn schließlich kopfüber in den Kessel mit kochendem Wasser. In demselben Augenblick kam die Mutter des unglücklichen Kindes hinzu und zog den bewußtlosen Knaben, dessen Körper aber und über mit Brandwunden bedeckt war, heraus. Der Kleine, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, erhielt die erste Hilfe in der Unfallstation in der Steinmeyerstraße und wurde dann in hoffnungslosem Zustande nach dem Rixdorfer Krankenhaus in Budow geschafft.

### Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Herr Bankier Grund, der bisherige Vertreter der ersten Wählerklasse, wurde zunächst als

Schöffe eingeführt. Schon am Sonntagabend konnten die Herren der ersten Klasse einen neuen Vertreter ernennen. Nicht so schnell geht dies bei den Erwählten der dritten Klasse, zumal wenn diese Sozialdemokraten sind. Rahezu ein Jahr warten unsere Vertreter auf Erledigung ihrer Sache, ja dem Genossen W. Müller ist bis heute noch dreizehnwöchiger Frist noch nicht einmal der Urteilspruch seiner abgehenden Klasse beim Kreisgericht zugestellt worden! Hat denn die Gemeindevertretung wirklich kein Interesse daran, die große Mehrzahl der Einwohner-schaft rechtmäßig vertreten zu wissen? Bei der Errichtung einer Heiz- und einer Schulbienerstelle am Realgymnasium wurde betont, daß sich der Schuldiener, dessen pensioniertes Einkommen auf 1800 M. erhöht wurde, aus den zur Verfügung stehenden 1200—1400 M. noch „Ruhe“ ziehen könnte. Es wird nämlich für jede über sein bestimmtes Pensum hinausgehende Arbeit für die Reinigung pro Klasse und Tag 25 Pf. bezahlt. Kein Vertreter hatte dagegen etwas einzunehmen, daß ein von der Gemeinde beschaffter Angestellter auf diese Weise sein Einkommen erhöhen kann. — Da die Räume in den Gemeindegebäude nicht mehr zureichen, wurde in dem Böllerschen Hause in der Vorussstraße eine zweite Wohnung zum Preise von 750 M. gemietet. — Neben den hier stationierten 4 Gendarmen sind 2 Kriminalbeamte und 6 Polizeibeamte tätig. Es wurde ein 7. Polizeibeamter bewilligt. Ebenso wurden zwei Bureau-assistentenstellen errichtet, und so wird ein Wächtermeister und ein Zollmeisterassistent, der die Armenlisten zu bearbeiten hat, zum 1. April angestellt werden. — Nachdem die Vertretung sich zu der „allerneuesten Regelung“ der Beamtengehälter geäußert, die von dem Besoldungsplan des Gemeindevorstandes äußerst geringfügig abweicht, wurde von dem Erlass der neuen Dienstverordnungen Kenntnis genommen. Die Steuer für Dünnbier beträgt nicht mehr 65 Pf., sondern 80 Pf. pro Hektoliter, ebenso soll die Steuer nicht mehr vom Brauer, sondern vom Konsumenten aufgebracht werden. Die Hundsteuer soll fortan statt 15 M. 20 M. betragen. Einigen Herren war diese Erhöhung noch zu gering. — Um in Zukunft das Wahlgeld der dritten Klasse besser abzuwickeln zu können, ist der Ort in vier Bezirke eingeteilt worden. Die Berliner- und Albrechtstraße bilden die Grenzen. Es werden also in Zukunft Bezirkswahlen stattfinden. — Nach längerem Ausführen über Änderungen und Ergänzungen des Bauplanes trat die Vertretung, wie üblich, in eine nichtöffentliche Sitzung ein.

### Nowawes.

Die Gemeindegärtnerei, bei deren Ankauf sowohl die Gemeindeverwaltung wie einzelne Gemeindevereiter vielen Anfeindungen namentlich der Gärtnerbesitzer ausgegesetzt waren, hat allen üblen Prophezeungen zum Trost in ihrem ersten Geschäftsjahr einen Ueberfluß von 730,03 M. ergeben. Die unter der Leitung des Friedhofinspektors stehende Gärtnerei dient insbesondere der Anzucht der für die Schmuckanlagen und Friedhöfe benötigten Pflanzen und Blumen. Ferner betreibt sie die als Spezialität übernommene Kultur der seltenen *Crassula coccinea*, die nicht eine einzige Gärtnerei in der Mark in diesem Umfange und in dieser Vollendung führt und somit ein äußerst hochwertiges Erzeugnis bildet, weiter. Auf Wunsch übernimmt sie auch die Bepflanzung der Gräber auf den Gemeindefriedhöfen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Frauenkonferenz.

Die Genossinnen Währens hielten am 8. Januar in Berlin ihre zweite Landeskonferenz ab. Vor fünfzehn Monaten haben wir hier berichtet, daß dieses Kronland Oesterreich 265 politisch organisierte Frauen zähle, heute sind es 677. Die Zahl der Organisationen ist von neun auf zwölf gestiegen. Der Vertreter der Landesparteivertretung konnte ausprechen, daß die Parteigenossen mit Reiz auf die Erfolge der Genossinnen blickten. In einem Lande wie Währens, wo es nur wenige geschlossene deutsche Sprachgebiete gibt, und wo der ungeliebte Streit der deutschen und tschechischen Genossinnen die Form der Organisation seinen Anfang genommen hat, ist's schon ein ganz beträchtlicher organisatorischer Erfolg, der da erzielt wurde.

Die Konferenz debattierte ausführlich über den Ausbau der Organisation, und auch der von der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen beschlossene Praetax wurde eingehend besprochen. Auch über bürgerliche und proletarische Frauenbewegung wurde ein Referat erstattet und aller Nachdruck darauf gelegt, daß die proletarischen Frauen nur in die sozialistischen vom Geist der Internationalität getragenen Organisationen gehören.

So wie die Merkerinnen immer mit besonderer Vorliebe unter den Frauen ihre Agitation entfalten, so machen's auch die Deutschnationalen. Beide sind sie gegen Frauenrechte, aber als Werkzeuge müßten sie beide benötigen. Als im vorigen Jahre ein österreichischer katholischer Frauentag in Wien tagte, da wurde offen erklärt: „Das Wahlrecht wollen wir nicht für die Frauen, aber ausgestellt sollen sie werden, damit sie ihre Männer beeinflussen können, bei Wahlen für die Kandidaten der Kirche zu stimmen.“ Und die Deutschnationalen? Einige Monate ist es her, da hat einer ihrer Wortführer erklärt, er könne sich nicht Schaulicher's vorstellen als die Frauenbewegung. Und doch überall das Liebeswerben, um die Arbeitermädchen in die nationalen Turnvereine zu bekommen und sie dort gegen ihre Klassenossen zu beeinflussen. Ueber die Motive dieses Treibens hat die Frauenkonferenz den Genossinnen Aufklärung gegeben und sie ermahnt, in diesem Sinne zu agitieren.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und laufen Nr. 8 des 21. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Emma Herber, — Die Beschäfte der Reichsversicherungscommission in der ersten Sitzung, — Ein Wort über die wichtigsten Rechte der Arbeiter, — Von der Folgen der Arbeitslosigkeit, — Von Ernst Oberholzer, — Der Textarbeiterverband im Jahre 1910, — Von P. Jädel, — Das Frauenwahlrecht, — Von Otto Lang, — Eine Dienstfrauenbewegung in Wien, — Von A. P.

Mit den Bellagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ ist ferner die 2. Nummer des 23. Jahrganges im Umfange von 16 Seiten erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Leit- und Tituliertab. „Wilhelm Liebknecht“, Deutsche, Dienstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Dausiger Str. 3, Vortrag. Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Gedächtnisrede über Lindenstraße Nr. 69, born vier Treppen — nach unten, — wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonntagabend von 4½ bis 6 Uhr nachmittags hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Aufsatz und eine Karte als Beleg beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Einige Anfragen tragen wir in der Gedächtnisrede vor.

N. S. 27. Kommen Sie in den Reichstag. Teilen Sie aber vorher mit, wann.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Delegation über den Großhandel in den Zentral-Markthallen, Markttag: Freitag: Zufuhr stark, Beschäftigung lebhaft, Preise wenig verändert. Wild: Zufuhr reichlich, Beschäftigung lebhaft, Preise bedauerlich. Schweine: Zufuhr mäßig, Beschäftigung mäßig, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr mäßig, Beschäftigung mäßig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäftigung mäßig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Obstzweige: Zufuhr genügend, Beschäftigung ganz flau, Preise fast unverändert.

*Joseph*

**VERA**

FEINSTE 3 Pfg LIGARETTE

**Theater und Vergnügungen**

Dienstag, 17. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Die Reifersinger von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr.)  
**Königl. Schauspielhaus.** Iphigenie auf Tauris.

**Neues königl. Operntheater.** Geschlossen.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.  
**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Leffing.** Die Katten.

**Klein.** Studentenliebe.  
**Neues. Cyrenen.** Die Hüne.

**Romische Oper.** Das vergessene Kind.  
**Neues Schauspielhaus.** Wilhelm.

**Berliner. Singschüler.** Die Hüne.

**Deutsches. Orffella.** Kammerstücke. Kometen. (Anfang 8 Uhr.)

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:

Direktor **Franz Goerke:**  
**Märkische Landschafts- und Garten-Poesie.**

Hörsaal 8 Uhr:  
Professor **Dr. B. Donath:**  
**Wellenlehre und Schall.**

**Kaiser-Panorama.**

Die Schwala. Winter u. Sport i. Oberengadin. L. W. H. Interess. Reise in Indien. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

**Luisen-Theater.**

Madisches Reise nach Indien. Ein Ausstellungsst. in Bezug u. Tanz. Mittwoch u. Donnerst. Madisches Reise.

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurt. Str. 122. Anf. 8 Uhr. Ende nach 11.  
**Der Müller und sein Kind.**

Volksdrama in 5 Akten von Hauptmann. Mittwoch. Freitag. Sonntag. Don Carlos. Donnerstag. Ein Sündenregister. Sonnab. 3. 1. R.: Der Glöckschmied.

**Apollo Theater**

Ein Erfolg ohne Gleichen  
**Otto Reutters**  
neueste Schlager sowie das große Sensations-Programm.

**Metropol-Theater.**

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.  
**Surra!**  
Wir leben noch!

Große Aufführungsszene in 7 Akten v. A. Grund. Musik v. S. Goldänder. In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz.

**WINTERGARTEN**

Januar Spielplan  
**ETHEL LEVEY**  
Amerikas Favorit.

**La belle Leonora**  
Spaniens Stolz.  
Mlle. Desarbors

**Luftballonfahrt**  
über den Köpfen des Publikums sowie weitere

**12 Star-Attraktionen 12**  
Rauchen gestattet!

**Herrnfeld Theater**

Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
**Zwei Schlager:**  
**Eine verlorene Nacht.**  
Er, Sie und Er mit Anton und Donat Derschel in den Hauptrollen.

**Theater des Weddings**  
Müllerstr. 162/163 - Sallerstr. 35.  
Täglich vor ausverkauftem Hause:  
**Abgründe**  
Drama in zwei Akten von Urban Gad. Außerdem das neue großartige Programm.

**Reichshallen-Theater.**

Stettiner Sänger.  
Neu!  
**Musikanten-Weihnacht**  
Gesellschaft von Musik.

Anfang  
mehrfach  
8 Uhr  
Sonntag  
7 Uhr.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Husarenlieber.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg u. Richard Stowronski. Ende 10 1/2, U.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Husarenlieber.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Himmel auf Erden.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, nachm. 3 Uhr:  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**  
Schauspiel in 5 Akten von Leo R. Kojstel. Uebersetzt von R. Löwenfeld. Ende 10 1/2, Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Himmel auf Erden.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Das Urbild des Tartuff.**

**„CLOU“**

BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstr. 22. Zimmerstr. 90-91  
!!! Heute !!!  
Gastspiel-Konzert der  
„Diavoli rossi di Pianella“  
Original Italien. Harmonic-Orchester.  
Dir. **Giovanino Baldini.**  
Eintritt 50 Pf.  
An allen Wechtagen Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Entree.

**Arnold Scholz**

**Neue Welt**  
Heute Dienstag, den 17. Januar 1911:  
**Bockbier-Fest**  
in sämtlichen Fest-Sälen (7000 Personen fassend).  
Anfang 7 Uhr. Großes Haberfeldtreiben. Entree 30 Pf.  
Voranzeige: Donnerstag, den 19. Januar: Prämierung des engsten tragbaren Humpelrockes.

Einen wirklichen Genoss bietet eine Vorstellung im  
**Excelsior-Lichtspielhaus**  
Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)  
Wie stets, allen voran:  
Der Verzweiflungskampf der Anarchisten in London.  
Dazu:  
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.  
Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

**Sport-Palast**  
Entree 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entree 1 M.  
Morgen Mittwoch, den 18. Januar:  
**Premiere**  
der Ferie  
„Karneval am Nordpol“  
200 Eisläufer, Zwei Musikkapellen.

**Brauerei Friedrichshain.**  
Am Königst. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
Heute sowie folgende Tage:  
Das größte und amüsanteste  
**Bock-Bier-Fest.**  
Der berühmteste Festwirt  
**Schorsch Schrengruber**  
mit seiner Truppe (50 Personen) aus München.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Passierkarten haben volle Gültigkeit.  
Morgen Mittwoch: Elite-Tag.

**Casino-Theater**  
Unter den Eichen 37. Täglich 8 Uhr:  
Das Original Berliner Volksstück  
**Julie Wippen.**  
Urbildlicher Humor! Urbildliche Typen!  
Am Stille der edem. Wallner-Döhne.  
Vordererklassiger dauter Teil.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachts.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 19. Januar 1911:  
**Die Waise aus Lowood**  
Schauspiel in zwei Abteilungen u. vier Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Leid. Hochfeier. . . Dir. Hans Reich.  
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2, Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

**Passage-Theater.**

Abends 8 Uhr.  
**Affe Consul**  
Menschendarsteller.  
**P. Schneider-Duncker.**  
**Lina Loos**  
u. d. großartige Januar-Prog.

**Zirkus A. Schumann.**

Berlins größtes  
Vergnügungs-Etablissement.  
Dienstag, den 17. Januar, abends 7 1/2, Uhr:  
**Briff-Bruff-Broff.**  
**Arconi-Truppe,** oder  
**Foot-Ball - Push-Ball**  
**Polo-Ball**  
**Freiwill-Globus,**  
neueste Revillon des Dilettants  
u. f. b. Schumann sowie die  
übrigen Attraktionen.  
**Der große Coup**  
8 1/2 Uhr. der 9 1/2, Uhr.  
**Schmuggler.**

**Königstadt-Kasino.**

Polymarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich: Elmanoff-Truppe, russ. Sänger, Franz Sobanski, Pulwars, Musikant, Gebrüder Kühn, Th. Murnelles, Festspringer usw.  
**Die Erbtante.**  
Voll mit Gesang von Edg. Sobanski.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2, Uhr.

**Theater Sanssouci**

Hochbahnstation Rotbuser Tor.  
8 1/2, Uhr:  
**Wie werde ich reich?**  
Amerikanische Einlagenstücke.  
**Lotte Sebus**  
**R. Neemann**  
Berlins Lieblinge.

**Passage-Panoptikum.**

Lebend! Das blinde  
**Weib:**  
Ein Opfer wilder Barbaren.  
**Prinz Atom:**  
der kleinste Mensch aller Zeiten.  
Der Mann mit dem elektrischen Schloß.  
Suddhas Wunderfest.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Burgtheater-**

Festsäle und Kinematograph  
vom. Graterjan, Inhab.: Rud. Morz.  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353  
Lebende Photographien.  
Anfang 8 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Wagen. Stets wech. Programm.

**Trianon-Theater.**

Anfang 8 Uhr.  
**Der heilige Gai.**

**Folies Caprice.**

Täglich 8 1/2, Uhr:  
**Die abgetretene Frau.**  
Neuer dauter Teil.  
**Feldweibelhügel.**

**Walhalla-Theater.**

Mosentor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2, Uhr:  
**Januar-Allernewestes**  
in  
**Bravo! Da Capo!**  
Eine Allerschöne - Revue in  
5 Akten mit vielen neuen  
Einlagen, Gesangs- und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2, Uhr:  
**Unsere Don Juans.**  
Voll mit Gesang u. Tanz.  
kleine Preise.

**Zirkus Busch.**

Dienstag, 17. Januar, abds. 7 1/2, Uhr:  
**Große Gala-Vorstellung.**  
Gastsp. d. ber. Dressieurs Hrn.  
Direkt. Pierre Althoff in sein. ca.  
90 dress. Pferd. u. Frau Direktor  
Adole Althoff in ihren eleganten  
Freiheitsdressen. Fr. Martha  
Kohnke, Schulmeisterin.  
Die Auras, kom. Trapezkünstler. —  
Friedrich, ber. Reiterfamilie. —  
**5 Cliftons 5.**  
**3 Gebrüder Fratellini,**  
urkom. italienische Clowns.  
Um 9 Uhr ca. zum 26. Male:  
**„Armin“!**

**Karl Haverland-**

Theater Kommandanten-  
platz, 7 1/2, U.  
Januar  
Spezialitäten-Programm  
1911.  
Das Tagesgespräch im  
neuen Jahre.

**Voigt-Theater**

Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Schauspiel in Fuhlmanns Theater,  
Schönhauser Allee 148.  
Dienstag, den 17. Januar 1911:  
**Der Erbförster**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Otto Ludwig.  
Aufführung 7, Anfang 8 Uhr.

**Bosphorus**

am Moritzplatz.  
Heute 6 Uhr:  
**Das wunderbare**  
**Variété-Programm.**  
Kasseneröffnung 4 Uhr.  
Nach Schluß der Vorstellung:  
Großer  
**Bockbier-Jubel Trubel**  
Festzug, Tanz, Vergnügungspark  
2 Kapellen bis 2 Uhr nachts.

**Mila-Säle**

Schönhauser Allee 130, Milastr. 3  
Heute **Groß Bockbier-Ball.**  
**Gr. Orchester**  
bei Jubel und Trubel mit Mützen  
und Nasen.  
Anfang: 8 Uhr.  
Entree Herrn 50, Damen 30 Pf.  
Carl Eisner.

**Terrassen am Halensee**

**(Luna-Park).**

Heute  
und die folgenden Tage:  
**Bockbier-Saison.**  
Zum Ausschank gelangt nur  
echtes Münchener Vollbräu.  
Großer  
**Bock-Jubel u. Trubel**  
3 bayrische Kapellen  
Sänger - Schuhplattler.  
Der neue Wintergarten ist mit  
Zentralheizung sowie Ventilation  
eingerichtet.  
Anf.: Sonnt. 3 1/2, wochent. 7 1/2, Uhr.

Bar den Jubel der Interare  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

